

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Erwin K. Scheuch

Soziologische Aspekte  
der Unruhe  
unter den Studenten

Walter Euchner

Marxistische Positionen und  
linke Studentenopposition  
in der Bundesrepublik

B 36/68

4. September 1968

Erwin Kurt Scheuch, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, B. A., Professor für Soziologie der Universität zu Köln und Direktor des Instituts für vergleichende Sozialforschung, geb. 9. Juni 1928 in Köln; Studium der Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Statistik in Köln, der Soziologie und Psychologie in den USA (University of Connecticut), 1961 Privatdozent für Soziologie in Köln, 1962—1964 Dozent für Sozialpsychologie an der Harvard University in Cambridge (Mass.).

Walter Euchner, geb. 31. Oktober 1933 in Stuttgart, Studium der Rechtswissenschaften (erste jur. Staatsprüfung), Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft, 1967 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über „Naturrecht und Politik bei John Locke“ (erscheint 1969 in Buchform), arbeitet als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Frankfurt/M.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,31 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Soziologische Aspekte der Unruhe unter den Studenten

## 1. Gibt es eine „Revolte der Studenten“?

Die Soziologen hatten bisher nicht sehr viel Erfolg mit Erklärungen einer Protestbewegung, die sich wesentlich als eine Art von angewandter Soziologie versteht. Prognosen einer solchen Bewegung sucht man vergeblich in der sozialwissenschaftlichen Literatur über Studenten und Hochschulen, selbst wenn die entsprechenden Veröffentlichungen das Erscheinungsdatum 1965 oder 1966 tragen. Noch Anfang 1967 herrschte die These von der politischen Uninteressiertheit und Passivität der Studenten vor <sup>1)</sup>.

Inzwischen sind in denjenigen Ländern, die in erster Linie Schauplatz von Protestbewegungen im Namen der Studenten waren, zahlreiche Analysen erschienen, die den Vorteil rückschauender Betrachtungen haben. Sozialwissenschaftler in der Bundesrepublik und in Frankreich betonen in ihren Erklärungen den Zustand der Universitäten, das Ungenügen politischer Instanzen und vor allem die von Studenten vorgetragenen Ideen als ursächlich für den sogenannten studentischen Protest <sup>2)</sup>. Demgegenüber untersuchen amerikanische und englische Sozialwissenschaftler eher die soziale Herkunft der in den Protestbewegungen aktivsten Studenten und deren Persönlichkeitsstruktur <sup>3)</sup>. In dieser Unterschiedlichkeit des

Ansatzes spiegelt sich teilweise die verschiedene Ausprägung des „studentischen Protests“: Dieser ist in England und in den USA weniger als in Frankreich oder der Bundesrepublik mit der Berufung auf marxistische Theoreme verbunden. Zum Teil werden in dieser unterschiedlichen Akzentuierung von Erklärungen jedoch lediglich verschiedene intellektuelle Traditionen fortgesetzt. Der in der Öffentlichkeit Deutschlands und Frankreichs beachtete Teil der Soziologie verstand sich als

**Walter Euchner:**

**Marxistische Positionen und linke Studentenopposition in der Bundesrepublik S. 27**

eine Geisteswissenschaft, die ideellen Phänomenen immer schon eine größere Beachtung schenkte <sup>4)</sup>.

In allen westlichen Ländern, in denen der „studentische“ Protest nahezu institutionalisiert scheint, ist auffällig, daß die Analysen ungewöhnlich engagiert zu sein pflegen und nicht dasjenige Maß an Distanz gegenüber dem Erklärungsobjekt besitzen, das die Soziologie sonst ihren Gegenständen entgegenbringt. Da Soziologen in ihrem Lebensbereich durch diese Bewegungen unmittelbar tangiert zu sein pflegen, ist dieses Engagement verständlich. Zudem beruft sich diese Bewegung auf die Soziologie, verwendet einen Ausschnitt aus deren Fachsprache (allerdings in oft veränderter Bedeutung) und stellt selbst Ansprüche an die Soziologie als eine wissenschaftliche Disziplin

<sup>1)</sup> Apathie und Konformität verbunden mit politischem Desinteresse war der Befund über die Bewußtseinshaltung der Studenten in der bisher bekanntesten empirischen Untersuchung: Habermas, v. Friedeburg, Oehler u. Weltz, *Student und Politik*, Neuwied 1961. Eine entsprechende Schlußfolgerung bringt auch „Der Spiegel“ in einer Titelgeschichte vom 19. Juni 1967; in dieser Titelgeschichte werden die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie „Der deutsche Student“ verwertet.

<sup>2)</sup> Das trifft insbesondere für die Literatur der „Linken“ selbst zu, welche Einsichten der Studenten analog einem religiösen Konversionserlebnis als kausal für den Protest betont. Siehe u. a. die Zeitschrift „Neue Kritik“ oder Hager, *Die Rebellen von Berlin*, Köln 1967.

<sup>3)</sup> Vgl. Lipset/Wolin, *The Berkeley Student Revolt*, Garden City 1965; Lipset, *Students and Politics in a Comparative Perspective*, in: *Daedalus*, Winter 1968; Gales, *A Campus Revolution*, in: *The British Journal of Sociology*, März 1966; Sonderheft des „Journal of Social Issues“, Juli 1967.

<sup>4)</sup> Dies gilt insbesondere für die beiden in der deutschen Öffentlichkeit erfolgreichsten „Schulen“ der Soziologie: einer eher phänomenologisch-philosophischen Richtung um Schelsky und den Neomarxismus um Adorno. Es ist fraglich, ob es sich hier um Soziologie im Sinne einer Einzelwissenschaft oder um eine Fortsetzung des Erkenntnisprogramms von Theologie und Philosophie mit anderen Worten handelt; vgl. Scheuch, *Produziert die Soziologie Revolutionäre?*, in: *Der Volkswirt* Nr. 18, 1968. Allerdings erscheint auch in den Schriften von Dahrendorf die Gesellschaft wesentlich als ein Geflecht von Normen, und Konflikt ist Konflikt über ideelle Ausrichtungen. Die angelsächsische Soziologie bevorzugt demgegenüber eine materialistisch-deterministische Betrachtungsweise.

bis hin zu der Forderung, diese möge sich als Hilfswissenschaft für Revolutionäre verstehen.

Die Protestbewegung unter den Studenten ist nicht die einzige Bewegung, die für Sozialwissenschaftler überraschend kam. Weder in den USA noch in der Bundesrepublik wurde der relative Erfolg solcher rechten Bewegungen wie der NPD oder der „dritten Partei“ um den Ex-Gouverneur Wallace vorausgesehen. Rechte Gruppierungen gab es selbstverständlich in beiden Gesellschaften immer, aber in ihren sektiererischen Ausprägungen gingen diese in den letzten Jahren eher zurück<sup>5)</sup>. Dagegen gewannen rechte politische Parteien mit einem viel diffuseren Programm als die eigentlichen Kerngruppen der Rechten überraschend schnell einen erheblichen Zulauf. Dabei ist bemerkenswert und für die spätere Analyse des „studentischen“ Protests wichtig, daß die Mehrzahl aller Wähler oder Anhänger dieser Rechtsparteien mit deren politischen Programm nur teilweise übereinstimmt und/oder in diese Parteien die eigenen Wünsche hineinliest. Diese Rechtsbewegungen haben nicht sehr viele Menschen zu neuer Denkweise konvertiert, sondern ein vorhandenes Potential an Unzufriedenheit mobilisieren können<sup>6)</sup>.

In allen hochentwickelten Industriestaaten des Westens ist seit einigen Jahren eine rasche Zunahme von Protestbewegungen zu registrieren. In der Bevölkerung allgemein, insbesondere aber bei unteren Schichten, drückt sich dieses als „Unbehagen“ apostrophierte Gefühl vornehmlich in politisch „rechten“ Bewegungen aus: neben der NPD in der Bundesrepublik und der heterogenen Partei von Wallace in den USA sind hier die Wahlerfolge der partikularistischen Parteien in England und Kanada (z. B. „Scottish Nationalists“) zu erwähnen, aber auch der letzte Wahlerfolg der Gaulisten. Hauptleidtragende dieser Erfolge von Rechtsbewegungen, die von ihren Wählern als Parteien des „Volkes“ gegen Institutionen und

Funktionäre wahrgenommen werden, sind gewöhnlich die demokratischen Linksparteien. Die jeweils von den Rechtsparteien hervorgehobenen Themen sind national spezifisch, aber ihre Anhängerschaft scheint nach sozialer Lage und dem Typ der Erwartungen an die politischen Instanzen sehr ähnlich zu sein.

„Linke“ Bewegungen, insbesondere dann, wenn sie sich als außerhalb des politischen Systems stehend verstehen, sind in Thematik und in der Weise ihres Vorgehens einander, wie schon immer international manifest, sehr viel ähnlicher. In der „studentischen“ Protestbewegung wurden die extremen Gruppen der Bundesrepublik unmittelbar durch die von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entwickelten Techniken des Widerstandes beeinflusst. Teile des SDS versuchten ihrerseits, englische und französische Studenten zu aktivem Widerstand in ihren Gesellschaften zu ermuntern. Dennoch dürfen über den dominanten Gemeinsamkeiten dieser extremistischen Gruppen wichtige nationale Verschiedenheiten nicht übersehen werden.

Von den verschiedenen Ausdrucksformen des Unbehagens an der Politik in den Gesellschaften, die einen durchschnittlichen Lebensstandard und ein Maß an sozialer Sicherheit erreichten wie auch nicht annähernd irgendeine andere Gesellschaftsform der Gegenwart oder Vergangenheit, sind die von Gruppen der Studenten getragenen Proteste die spektakulärsten. Es sind zugleich aber auch Ausdrucksformen von Unbehagen, die für die Soziologie am schwierigsten zu erklären sind. Dies ergibt sich aus einer differenzierteren Bestimmung dessen, was Erklärungsgegenstand sein muß.

Träger des permanenten Protests unter den Studenten sind — auf die Gesamtzahl der Studenten bezogen — extrem kleine Gruppen. Der SDS dürfte heute in der Bundesrepublik nicht mehr als etwa 2500 Mitglieder haben — also weniger als traditionelle Studentenverbindungen. In den USA wird die Zahl derjenigen Studenten, die Mitglieder von vergleichbaren extremistischen Studentengruppen sind, auf etwa 6000 bis 8000 Mitglieder geschätzt. Die in der Öffentlichkeit stark beachteten Proteste wurden durchweg von sehr kleinen Gruppen organisiert. Dies gilt sowohl für die Unruhen der Ostertage in der Bundesrepublik wie für die Besetzung der Columbia University in New York wie auch für die Unruhen in Nanterre bei Paris, aus denen sich die allgemeine Revolte in Frankreich entwickelte.

<sup>5)</sup> Siehe hierzu: Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1965 und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1967, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/66 v. 16. 3. 1966 und B 15/68 v. 10. 4. 1968.

<sup>6)</sup> Siehe hierzu Scheuch u. Klingemann (Hrsg.), Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Köln 1966; Scheuch, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967; Converse, The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York 1964.

Revoluten werden immer von kleinen Minderheiten organisiert. Insofern ist die Feststellung, die Aktivisten des „studentischen“ Protests seien sehr kleine Gruppen, noch keine ungewöhnliche Diagnose. Ungewöhnlich ist jedoch die insgesamt geringe Zahl und die mindestens ebenso wichtige Tatsache, daß sich diese Extremgruppen nicht erst der Solidarität größerer Gruppen versichern, sondern ihr Vertrauen darauf setzen, im Akt der Konfrontation mit Autoritäten würden sich die Anhänger schon einstellen. Daß diese Taktik zum Teil erfolgreich war, ist der zweite erklärungsbedürftige Sachverhalt. Nach neueren Untersuchungen ist der Personenkreis, der sich bisher für verschiedene Anlässe von Protesten vorübergehend mobilisieren ließ, auf ca. 36 % der Studenten der Bundesrepublik anzusetzen — also auf etwa 90 000 Studenten<sup>7)</sup>. Hinzu kommen noch Jugendliche in anderen Soziallagen: an erster Stelle Oberschüler und an zweiter Stelle junge unverheiratete Arbeiter. Bei einigen Anlässen — insbesondere während der Unruhen der Ostertage 1968 — bestand ein erheblicher Teil der protestierenden Personen nicht aus Studenten. Gleiches wird auch aus den USA berichtet — etwa für die späteren Abschnitte des Bürgerkriegs auf dem Gelände der Columbia University in New York. Dennoch bleibt die Wirksamkeit der Proteste im Namen der Studenten davon abhängig, daß Studenten ein wesentlicher Teil desjenigen Personenkreises sind, der sich in Situationen der Konfrontation mit Autoritäten begibt.

Ein wesentlicher Aspekt des Phänomens, das als Protest der Studenten registriert wird, ist die Ausrichtung erheblicher Teile der in anderen politischen Gruppen organisierten Studenten an den Verhaltensweisen der extremsten Minderheit. Offizielle Vertreter solcher Studentengruppen wie des „Sozialdemokratischen Hochschulbundes“ (SHB), der „Humanistischen Studentenunion“ (HSU) oder des „Liberalen Studentenbundes“ (LSD) bedienen sich heute — ohne unter den Mitgliedern ihrer Gruppen nennenswerten Widerstand zu finden — der Sprache, der Theoreme und einiger Aktionsformen des SDS<sup>8)</sup>. Die Tendenz zur Polarisie-

rung der politischen Minderheiten unter den Studenten ist ein dritter erklärungsbedürftiger Sachverhalt. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, warum diese anderen Studentengruppen ein so geringes Gefühl für eigene Identität entwickeln, daß sie sich nun wesentlich in differenziellen Reaktionen auf den SDS selbst definieren.

Der wichtigste Teil desjenigen Komplexes, der als „studentischer Protest“ gilt, ist jedoch die unterschiedliche Reaktion der Erwachsenen. Hier verstellt die Lehre der protestierenden Gruppen diesen selbst und auch deren Kritikern den Blick für die tatsächlichen Reaktionen. Der SDS und die mit ihm Sympathisierenden fühlen sich als eine zugleich mißverständene und verfolgte Minderheit, denen es aber irgendwann einmal gelingen muß, die auf Miß-

## INHALT

1. Gibt es eine „Revolte der Studenten“?
2. Situation und Charakter der extremistischen Minoritäten
  - a) Der personelle Wandel in den Kerngruppen des Protests
  - b) Charakter der Aktivisten in der gegenwärtigen Phase des Protests
  - c) Der Protest als eine Spiegelung von Strukturproblemen des Bürgertums
  - d) Zum Charakter der Subkultur des Protests
3. Die Mobilisierbarkeit von Jugendlichen für den „studentischen“ Protest
4. Die Reaktion der Bevölkerung
5. Der Protest als Kulturrevolution

verständnis oder falschem Bewußtsein beruhende Feindschaft der Arbeiter in Freundschaft zu überführen. Vom Selbstverständnis her muß die Reaktion der Arbeiter zu der wichtigsten Frage werden. Für eine Erklärung des Protests als einer sozialen Bewegung ist jedoch die Reaktion des „gebildeten Bürgertums“ — also von Menschen in qualifizierten Berufen mit akademischer Bildung — sehr viel aufschlußreicher. Gerade in Bevölkerungs-

recht fordert und mit Ausnahme von unverständenen Teilen der Lehre Freuds („Primat der Genitalität über Partialtriebe“) ein wirres Konglomerat kommunistischer Lehren bringt. Der jetzige Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaft, Ehmann, bezeichnete die DDR als einen Staat, der bessere Vorbedingungen für eine Verwirklichung menschlicher Freiheit geschaffen habe als die Bundesrepublik.

<sup>7)</sup> Diese Angaben gehen zurück auf eine Umfrage von INFRATEST im Dezember 1967, die im Auftrage von Prof. Wildenmann (Mannheim) durchgeführt wurde.

<sup>8)</sup> Siehe hierzu das von der Humanistischen Studentenunion auf der 4. Delegiertenversammlung am 9./10. Dez. 1967 verabschiedete „Gesamtprogramm“, das Pluralismus ablehnt, ein nur am gesellschaftlichen Schaden einer Handlung orientiertes Straf-

gruppen mit überdurchschnittlich hoher Information und mit vorwiegend konservativem Wählerverhalten ist die Deutung dieses Protestes besonders umstritten und sind die Reaktionen gegensätzlicher als in der Bevölkerung allgemein. Und gerade hier finden die extremistischen Studentengruppen ihre wirksamsten Verbündeten.

Die Zahl der Beteiligten macht die sich als „Protest der Studenten“ verstehende Bewegung noch nicht zu einem gesellschaftlich belangvollen Vorgang — die Mai-Unruhen in Frankreich teilweise ausgenommen. Belangvoll wird diese Bewegung durch die Formen ihres Kampfes (oder besser: die Technik ihrer Konfrontation!) und durch die Konzentration in einigen Gruppen und an einigen Orten. 100 000 Rechtsextreme über ein Land wie die Bundesrepublik verstreut sind zunächst eine bloße quantité négligeable; 10 000 zur direkten Konfrontation bereite Studenten<sup>9)</sup>, in vier großen Städten (vornehmlich Berlin, Hamburg, München und Frankfurt) konzentriert, sind ein beachtenswertes Phänomen. Sie werden zu einem politischen Faktum von einiger Bedeutung, wenn Massenmedien und politische Instanzen sich mit diesen Bewegungen so ausführlich wie mit anderen politischen Streitfragen auseinandersetzen. Verfügen diese extremen Gruppen über legitime Apparate — wie die Sach- und Geldmittel der Allgemeinen Studentenausschüsse — und werden sie von Erwachsenen als Diskussionspartner in Situationen mit hohem Prestige akzeptiert (wie Akademien und Podiumsgespräche) sowie durch Rat und mit Geld gegen einen Teil der Folgen ihrer Handlungen abgesichert, so kann ein numerisch wenig bedeutsamer Protest als soziales Phänomen wichtig werden.

Die extremistischen Studentengruppen selbst führen ihre relative Bedeutung nicht auf ihren sozialen Standort zurück, sondern auf die Wirksamkeit ihrer Demonstrationsformen und die Kraft ihrer Ideen. Tatsächlich sind die Formen der Demonstration, und nicht zuletzt der Aufbau einer ganzen Subkultur des Protests als Protest, wichtig für die Kontinuität von Gruppen, die weder organisatorisch noch ideologisch ausreichende Voraussetzungen für kontinuierliche Aktionen besitzen. Form und Ausmaß der Protestaktionen werden entsprechend durch Reaktionen anderer Studenten,

<sup>9)</sup> Dies ergibt sich aus zwei Umfragen des EMNID-Instituts unmittelbar vor und unmittelbar nach den Ostertagen 1968. Die Ergebnisse sind zum Teil in den „EMNID-Informationen“ abgedruckt.

der Behörden und der allgemeineren Öffentlichkeit stärker beeinflusst als durch irgendwelche Deduktionen aus Theoriensystemen. Zwar verstehen sich die extremistischen Studentengruppen als eine aufgeklärte Minderheit, die eine theoretisch begründete Einheit von Theorie und Praxis verwirklicht. In der Thematik und in der sozialen Zusammensetzung der vorwiegend aufeinander reagierenden Gruppen handelt es sich jedoch um einen Dialog des humanistisch gebildeten Bürgertums mit sich selbst und nicht um neue Ideen einer um Emanzipation kämpfenden sozialen Gruppe.

Es ist in der Bundesrepublik und Frankreich üblich, den Inhalt der von extremistischen Gruppen vertretenen Vorstellungen als Ausgangspunkt von Analysen zu wählen<sup>10)</sup>. Ich selbst neige dazu, in Ideen Epiphänomene zu sehen — also Inhalte, die sich dann einstellen, wenn die strukturellen Vorbedingungen gegeben sind. Im vorliegenden Fall muß den Ideen eine etwas größere Bedeutung für den Ablauf der Bewegung eingeräumt werden. Dennoch ist es für die Erklärung des sogenannten studentischen Protests unsinnig, die vom SDS vorgebrachten Argumente ernsthaft als Aussagen über die Gesellschaft zu diskutieren. Insofern diese Ideen überhaupt „wahrheitsfähig“ sind, also durch Konfrontation mit Fakten als richtig oder falsch beurteilt werden können, handelt es sich um alte Bekannte aus der Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die zum großen Teil für andere gesellschaftliche Situationen formuliert wurde. Diese Gedanken sind ganz überwiegend längst ausdiskutiert und erscheinen den jetzigen Studenten nur aus biologischen Gründen als neuartig. Nach dem eigenen Selbstverständnis des SDS sind dessen Ideensysteme auf unmittelbares Umsetzen in Handlungen ausgerichtet. In der Kombination von Aussagen über eine vorgebliche Wirklichkeit und von (zum Teil nur latenten) Wertungen und Elementen eines provokatorisch gemeinten modernen Kunstgewerbes (Pop-Art) entsteht jedoch ein synkretistisches Ideengebäude, dessen latente Funktion die Absicherung gegen die Kritik von „Außen-seitern“ ist.

<sup>10)</sup> Als Quelle vergleiche Ahlberg, Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/68 v. 15. 5. 1968, und in: Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1968; Schönbohm, Runge und Radunski, Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968.

Erklärungsobjekt für das Phänomen, das als „Revolte der Studenten“ bezeichnet wird, ist zunächst die Minorität der sich zu extremistischen Gruppen bekennenden Studenten. Ein zweites Erklärungsobjekt ist die Bereitschaft erheblicher Teile der Studenten verschiedener Länder — auf dem europäischen Kontinent umfangreichere Gruppen als in England oder den USA —, sich mit dem Protest der extremistischen Gruppen vorübergehend auch dann zu identifizieren, wenn die Ziele dieser extremistischen Gruppen nur zum Teil oder gar nicht bejaht werden. Das wichtigste Erklärungsobjekt ist jedoch die Reaktion der interessierten Teile der Bevölkerung. Die beiden letzteren Erklärungsobjekte können überwiegend mit den Theoremen und Techniken analysiert werden, die sich bei der Erklärung des Wählerverhaltens als eines politischen Verhaltens aus nicht-politischen Gründen bewährt haben. Das erste Erklärungsobjekt ist selbst mit Kombination von Theoremen und Techniken der Soziologie und der Sozialpsychologie nur teilweise erfassbar, die sich eben zur Erklärung von diffusen Massenbewegungen besser eignen als zur Analyse qualifizierter Minoritäten.

Notwendig ist hier insbesondere die gemeinsame Anwendung von Erkenntnissen aus der Soziologie der Jugend und der Soziologie von Sekten.

Was sich selbst als „Revolte der Studenten“ versteht und auch so in der Öffentlichkeit verstanden wird, ist bei genauerer Betrachtung ein Phänomen, in dem sich indirekt und unter spezifischen politischen Bedingungen einige Spannungen in Industriegesellschaften ausdrücken. Wie auch sonst bei der Analyse von Bewegungen besteht dabei kein Grund, die Akteure einfach beim Worte zu nehmen und ihr eigenes Selbstverständnis für eine Analyse von Gründen zu halten. Protestverhalten und dessen Deutung sie wie auch sonst bei der Analyse sozialer Phänomene zunächst nur Rohmaterial, dessen symptomatische Bedeutung zu erschließen ist. Für die jeweiligen Akteure — seien es nun die Gläubigen einer Kirche oder die Mitglieder einer Familie — ist diese Distanz der Betrachtung beleidigend. Es besteht aber kein Grund, warum nicht auch gegenüber der „studentischen“ Protestbewegung eine solche distanzierte Perspektive gewählt werden sollte.

## 2. Situation und Charakter der extremistischen Minoritäten

### a) Der personelle Wandel in den Kerngruppen des Protests

In den ersten Aktionen verstanden sich die extremistischen Gruppen der Studenten in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern als Reformer des Erziehungswesens, speziell als Reformer der Universität. Hierzu wurden Anfang des sechziger Jahre eine Anzahl Schriften des SDS und ihm nahe stehender Personen veröffentlicht, in denen verschiedene tiefgreifende Reformen der Struktur der Universität gefordert wurden<sup>11)</sup>. Daß die Universitäten zu reformieren waren, ist nun keine ganz neue Einsicht<sup>12)</sup>. Zum damaligen Zeit-

punkt wurden auch schon eine Anzahl Strukturreformen eingeleitet oder begannen sich allmählich auszuwirken (wie Parallellehrstühle und Pauschalierung des Hörgeldes). Die Forderungen des SDS waren jedoch anderer Art: Die Universität sollte nicht reformiert werden, um ihre Funktionen effizienter zu erfüllen, sondern sollte eine von vielen denkbaren Funktionen als die oberste Funktion anerkennen: Ausbildung der Studenten in dem, was der SDS unter kritischer Schauweise versteht, nämlich Neomarxismus. Effizienz der Ausbildung oder Steigerung in der Produktion neuen Wissens sollten sich diesem Ziel unterordnen, was sich organisatorisch in der Ablehnung solcher Reformen wie Zwischenprüfung und befristetem Studium ausdrückte. Mit der um 1965

<sup>11)</sup> Die wichtigste der Selbstdarstellungen ist Leibfried (Hrsg.), *Wider die Untertanenfabrik*, Köln 1967.

<sup>12)</sup> Daß die deutsche Universität reformbedürftig sei, fand schon mit der Wiedereröffnung der Universitäten seinen Niederschlag in verschiedenen Hochschulplänen, wie etwa den Wilhelmshavener Reformvorschlägen von 1948. Diesen Reformbemühungen nach Kriegsende ist auch die auf dem Papier der Verfassungen recht weitgehende Mitwirkung der Organe der Studentenschaft an der hochschulinternen Willensbildung zu verdanken. Die Verfassungswirklichkeit auch der Hochschulen wird selbstverständlich nur teilweise durch geschriebene Dokumente bestimmt. Die wichtigsten Veränderungen

ereigneten sich wohl nach dem raschen Anwachsen der Studentenzahlen ab Anfang 1960, durch die praktisch den Assistenten der Massenfächer ein erheblicher Teil an Macht über Studenten zuwuchs. Praktisch wurde auch an deutschen Universitäten ein breiter Mittelbau mit wichtigen Funktionen betraut; allerdings ist die Institutionalisierung sehr unvollkommen. Jedenfalls ist die Forderung nach Reform von Universitäten zunächst nicht kontroverser als die Forderung nach mehr Tugend.

endlich weithin akzeptierten Forderung nach Universitätsreform verband der SDS also andere Inhalte, welche die bis dahin als Reformen geltenden Veränderungen als „Instrumente der Repression“ bestimmten.

Die anfängliche Konzentration des SDS auf Fragen der Hochschulreform ist wichtig für die Reaktion der Bevölkerung und größerer Teile der Studentenschaft auf den SDS. Mit der Forderung nach Reform befand sich der SDS in Übereinstimmung mit verbreiteten Meinungen und wurde auch dann nicht als revolutionäre Bewegung wahrgenommen, als in Wahrheit seine Ziele mit den üblicherweise mit Reform verbundenen Vorstellungen wenig gemein hatten. Damit war eine der Vorbedingungen für einen Anfangserfolg von revolutionären Bewegungen gegeben: die angegriffenen Institutionen haben sich selbst bereits in Frage gestellt und werden nur mit Selbstzweifeln verteidigt.

Inzwischen war der SDS ideologisch schon längst zu weiteren Forderungen übergegangen und hatte als Vorbedingung für eine wirkliche Universitätsreform die Zerstörung der herrschenden Gesellschaftsordnung gefordert. Da dies mit den Worten, eine wirklich demokratische Universität könne nur in einer wirklich demokratischen Gesellschaft existieren, ausgedrückt wurde, waren diese Forderungen nicht manifest kontrovers. Wer ist schon gegen Mutterschaft, Tugend oder Demokratisierung? Nur wurde auch hier wieder übersehen, daß der SDS mit dem allgemein akzeptierten Wort „Demokratisierung“ einen spezifischen und abweichenden Inhalt meinte: die Einführung irgendeiner Form eines sozialistischen Systems, mit dem Endziel einer kommunistischen Gesellschaft. Die Wahl der Worte gab jedoch vielen Studenten und Gesellschaftskritikern die Möglichkeit, mit den Zielen des SDS zu sympathisieren, auch wenn in den inhaltlichen Vorstellungen eigentlich Dissens bestand.

Und noch ein drittes Element ist für die anfängliche Sympathie gegenüber dem SDS hervorzuheben: die Forderung nach „Drittelparität“ als Instrument der Demokratisierung. Über diese Forderung wurde in der Folgezeit oft ernsthaft diskutiert, obgleich sie vom SDS nur als Mittel, nicht aber als Inhalt der Reformbemühungen verstanden wurde. Drittelparität ist in der Bundesrepublik in der Form des Betriebsverfassungsgesetzes („Mitbestimmung“) als eine Form der Kooperation zwischen Ungleichen eingeführt und stößt inzwischen nicht mehr auf sehr viel Kritik; warum

sollte dies nicht auch für die Universitäten eine praktikable Form sein, Spannungen zu bewältigen? Diese Forderung nach Drittelparität ist ein deutsches Spezifikum und wurde, da diese Formulierung an bereits bekannten Regeln orientiert war, zu einer populären Forderung: Drittelparität = progressiv. Mit dieser Forderung war dem SDS ein wichtiges Instrument für jede erfolgreiche Revolte zugefallen, eine plausibel klingende Formulierung („Alle Macht den Räten“), die sich gegenüber Inhalten und Zwecken in Diskussionen als zum Fetisch verselbständigt Wort benutzen läßt.

Wirklichen Erfolg bei Studenten und Linksinstruktuellen hatte der SDS jedoch erst, als er eine Anzahl kontroverser Entscheidungen von Behörden zum Anlaß für die Anwendung moderner Formen des zivilen Widerstandes wählte. Entscheidungen der Art wie die Verweigerung eines Hörsaales für den Journalisten Kuby oder die vorübergehende Verwandlung der Bundesrepublik in einen Duodezstaat anläßlich des Schahbesuchs im Sommer 1967 hatten auch früher schon heftige Kritik gefunden. Der SDS gab jedoch diesen kritischen Einstellungen sozial wirksame Ausdrucksformen. Sit-in, teach-in und Formen der Demonstration wie die „Spaziergangdemonstration“ vermochten in ganz anderem Ausmaß Personen zu mobilisieren als die intellektuelle Kritik an anstößigen Vorgängen.

Bei den Demonstrationen anläßlich des Schahbesuchs wurde der Student Benno Ohnesorg unter Umständen erschossen, die praktisch von keiner ernst zu nehmenden Person des öffentlichen Lebens außerhalb Berlins für gerechtfertigt gehalten wurden. Niemals vorher und niemals seither kam es zu einer so umfangreichen spontanen Solidarisierung weiter Gruppen mit protestierenden politischen Gruppen der Studenten. Die Protestbewegung der politischen Studentengruppen hatte einen Märtyrer erhalten, obgleich Ohnesorg diesen Gruppen nicht angehörte. Diesen Vorfall nutzte der SDS in der Folgezeit, um in Konfrontationen mit der Polizei deren Härte aufzuzeigen und damit einer manifest friedfertigen Gesellschaft deren „latenten Faschismus“ nachzuweisen. Es wurde zur expliziten Taktik, kontroverse Objekte (wie den Springer-Verlag) oder kontroverse Situationen zu finden, für noch nicht im Sinne der extremistischen Gruppen „politisierte“ Studenten und Jugendliche mobilisiert werden konnten. Führt die Mobilisierung zum gewaltsamen Konflikt mit der Polizei, so konnte dann anschließend den Objekten polizeilichen

Einschreitens dieses Einschreitens im Sinne des SDS als Bestätigung politischer Theorien gedeutet werden. Indem der SDS bewußt Regeln verletzte, sollte die möglichst gewaltsame Gegenreaktion der Polizei provoziert werden. Gegenüber dieser Art von Demonstrations-Jiu-Jitsu erwiesen sich in voraussagbarer Weise die Behörden als wenig flexibel.

Zugunsten dieser Art der Selbstdarstellung, die vornehmlich in Berlin ausgebildet und dann erst auf andere Universitätsstädte übertragen wurde, verringerte sich der Akzent auf der Art von Tätigkeit, die nach der eigenen Ideologie an sich im Vordergrund stehen mußte: die sogenannte Basisarbeit mit Arbeitern, also den Versuch der Bekehrung von Arbeitern zu einem kämpferischen Marxismus. An sich hätte in langer „Aufklärungsarbeit“ hier ein Konsens hergestellt werden müssen, der sich dann in späteren gemeinsamen Aktionen zu bewähren hatte. In dieser Weise hatte sich der SDS nach seiner Trennung von der SPD jahrelang ohne besonderen Erfolg bemüht und bemühen sich einige SDS-Gruppen (wie die der Kölner Universität) auch heute noch. Der Aktivismus des Berliner SDS erwies sich jedoch als sozial erfolgreicher, und dieser Erfolg (oder genauer: Anfangserfolg) war als Argument stärker als theoretische Erwägungen oder Bezugnahmen auf Lehren des Leninismus oder des Neomarxismus der Version Adornos. Durch Fortsetzung der direkten Aktionen sorgt jetzt jedoch der SDS dafür, daß Mißverständnisse unter den Studenten und in der Öffentlichkeit über die Ziele seiner Aktionen verringert werden. Dies hat — wie noch zu zeigen sein wird — eine Polarisierung der Einstellungen zum SDS mit einer überproportionalen Zunahme negativer Einstellungen zur Folge. Der latente Dissens wird durch fortgesetzte Aktionen jetzt teilweise manifest, und es wird deutlich, daß es sich beim SDS nicht um die reformfreudigste Gruppe innerhalb der reformbedürftigen Institution Hochschule handelt, sondern um eine antiparlamentarische und quasi-revolutionäre Gruppe.

Analoge Mißverständnisse über den Charakter extremistischer Studentengruppen sind auch für die frühen Phasen dessen, was als studentischer Protest gilt, in anderen Gesellschaften ebenfalls charakteristisch. Zu Beginn konzentrierten sich die extremen Studentengruppen in den USA (SDS, du Bois Club) auf Fragen der Gleichberechtigung der Negerbevölkerung

und auf die Redefreiheit an Universitäten<sup>13)</sup>. In diesen Fragen konnten die protestierenden Studenten der Solidarität der amerikanischen Intellektuellen und weiter Teile des Bürgertums sicher sein. Inzwischen ist deutlich geworden, daß die unterschiedlichsten Themen als Ansatzpunkte für Proteste gewählt werden, vom Widerstand gegen die Wehrpflicht und gegen den Krieg in Vietnam bis zu den Preisen für Mensa-Essen, der Rekrutierung von Nachwuchs für bestimmte Firmen (wie der des Napalm-Produzenten Dow Chemicals) und zu den Bauplänen der Universitäten (wie in Columbia). Auch in den USA ist damit der Widerstand gegen Proteste gewachsen. Zugleich entstand aber eine jugendliche Subkultur des permanenten Protests, die zum erheblichen Teil den Zielen des amerikanischen SDS und anderer marxistischer Gruppen gleichgültig gegenüber steht.

Am dramatischsten war der Umschwung in der Definition dessen, was als Protest der Studenten begann, in Frankreich. Zu Beginn der Unruhen in Nanterre und an der Sorbonne wurden die Demonstrationen als Widerstand gegen ein äußerst reformbedürftiges Universitäts-System verstanden. Mit Fortschreiten der Revolte änderte sich die Definition: Der Protest wurde zunehmend als Umsturzversuch einer extrem linken Minderheit gesehen und deshalb zunehmend abgelehnt<sup>14)</sup>.

Politisch extreme Studentengruppen befanden sich noch vor wenigen Jahren in allen westlichen Ländern in der Situation von Sekten. Die Erfolge verschiedener Aktionen in der Öffentlichkeit wurden dann charakteristischerweise durch Personen und Gruppen erzielt, die gegenüber den um theoretische Begründung einer extremen Position bemühten Personengruppen eine periphere Stellung hatten<sup>15)</sup>. Solche Personen benutzten zwar die Deutungssysteme der extremen Gruppen, waren aber nicht primär an weiterer Erkenntnis als vielmehr an Experimenten mit den bereit-

<sup>13)</sup> Siehe hierzu Lipset und Wolin, a. a. O.

<sup>14)</sup> Nach Umfragen des Instituts IFOP zu Beginn und nach den Mai-Revoluten in Frankreich.

<sup>15)</sup> Rudi Dutschke stieß bekanntlich erst spät zum SDS und funktionierte diesen in einen anarchistischen Konfrontationsverband um. Cohn-Bendit war nur wenige Monate vor seiner wichtigen Rolle in den Mai-Revoluten Frankreichs an marxistischen Ideen nicht besonders interessiert. M. Savio als entscheidender Führer des Protestes in Berkeley ist sicherlich kein sozialistischer Theoretiker, sondern ein begabter Demagoge. Das gleiche gilt für die führende Figur des Bürgerkriegs um die Columbia University, M. Rudd.

liegenden Ideen interessiert. Mit dieser Hinwendung zur Aktion änderte sich die Zusammensetzung der extremen Studentengruppen, der Typ der für die Außenwelt erkennbaren Führer und der Typus der Mitläufer. Ebenso schnell vollzog sich bei politischen Studentengruppen mit ursprünglich parlamentarisch-demokratischer Ausrichtung die Hinwendung zu den von Aktivisten vertretenen Auffassungen. In diesen Studentengruppen, zu denen in der Bundesrepublik vor allem der SHB, der LSD und die HSU gehören, erfolgte wirklich eine Konversion der theoretischen Orientierung. Für eine Analyse der Protestbewegungen können die hier erwähnten Gruppen alle als „Aktivisten des Protests“ zusammengefaßt betrachtet werden.

#### b) Charakter der Aktivisten in der gegenwärtigen Phase des Protests

Die aus verschiedenen Ländern vorliegenden Informationen, die allerdings nur für die USA den Charakter systematisch gesammelter Daten haben, stimmen in der Charakterisierung der Aktivisten weitgehend überein. Unter ihnen sind Jugendliche aus Familien mit wirtschaftlich und sozial überdurchschnittlichem Status der Normalfall von Anhängern und die Regel als Organisatoren von Konfrontationen. Ein Jugendlicher fühlt sich dann am stärksten zu Protestbewegungen hingezogen, wenn er in Familien mit „progressivem“ Erziehungsstil aufwuchs. In solchen Familien wird das Kind sehr früh ermutigt, eigene Wünsche vorzubringen, einen eigenen Ausdrucksstil zu entwickeln und eigene Ansichten zu vertreten. Der Protest ist am wahrscheinlichsten, wenn dieser Erziehungsstil verbunden ist mit einer starken Betonung universalistischer Werte im Elternhaus: etwa Pietismus oder „idealistischer“ Nationalsozialismus oder Trotzismus. Die konkret von den Eltern als idealistische Prinzipien geglaubten Werte scheinen für die spätere Entwicklung zum Aktivisten — wie zu erwarten — relativ belanglos, vorausgesetzt, es wird eine kritische Distanz zur Industriegesellschaft des westlichen Typs trainiert. Wichtig scheint ferner die Kombination: erfolgreicher Vater mit Selbstzweifeln und energische bis dominierende Mutter. Die relative Stärke der vier hier erwähnten Faktoren, welche die Chance eines radikalen Protests weitgehend bestimmen, ist noch nicht bekannt<sup>16)</sup>.

<sup>16)</sup> Siehe hierzu insbesondere die Untersuchungen von Flacks in „Journal of Social Issues“, a. a. O.

Eine solche Familienkonstellation wie die oben durch vier Faktoren umschriebene scheint charakteristische Probleme bei der Ablösung vom Elternhaus und bei der Entwicklung der Person zur Folge zu haben. Eine Ablösung des Jugendlichen, die einer vorübergehenden Vereinzelung gleichkäme, wird als schwerer erträglich empfunden. Bei Familien mit geringerem sozialen Status werden entsprechend heute schon sehr frühzeitig sehr enge Paarbeziehungen als Ersatz für die „Nestwärme“ der Familie aufgebaut. Speziell für Studenten bieten sich Gruppen mit intensiven Beziehungen zwischen den Mitgliedern und gemeinsamer ideeller Ausrichtung als ein Gemeinschaftsersatz für die Familie an. Früher pflegten traditionelle Studentenverbindungen mit ihrem Bruderschaftsritual diese Funktion einer Ersatz-Familie zu übernehmen; heute finden sich weitgehend die nach sozialer Herkunft gleichen Kreise in politischen Studentengruppen mit aktivistischer Zielsetzung zusammen. Nicht die Bereitschaft, sich extremen Gruppen (extrem in Gesinnung oder extrem in den Ritualien) anzuschließen, ist ein zu erklärendes Spezifikum, sondern die Wahl linksextremer Erklärungsschemata für die Welt.

Vor dem Versuch einer Antwort ist noch eine Schwierigkeit der Persönlichkeitsentwicklung zu erwähnen, die heute ausgeprägter als früher ist. Die erwähnte Familienkonstellation prämiert eine frühe Ausbildung des „Ich“ (im Sinne der Tiefenpsychologie), bietet aber in einer Hinsicht dafür schlechte Vorbedingungen. Diese Ausbildung des Ichs erfolgt eher in der Form der Indoktrination und anschließend der Selbstindoktrination, nicht aber in dem Sinne der am Widerstand der Umwelt über sich selbst gewonnenen Erfahrungen. Gerade in Familien mit „progressivem“ Erziehungsstil wird das Testen der Realität als ein Aspekt der Entwicklung des Ichs auf die Zeit nach der Ablösung aus der Familie verschoben. An sich bietet das Studium als Existenzform für einen vielseitigen Test der eigenen Möglichkeiten schlechtere Bedingungen als die Berufswelt. Die Konfrontation mit dem, was die Aktivisten selbst (eigentlich paradoxerweise) als Autoritäten verstehen, kann als funktionales Äquivalent — wenngleich ein nur ziemlich begrenzt taugliches — zu den Situationen der Bewährung im Berufsleben verstanden werden. Nicht zuletzt ist Furchtlosigkeit vor dem Polizeiknüppel eine Art Fortführung der Pflichtmensur.

Nach Forschungsergebnissen aus den USA sind für die hier umschriebenen Kreise von

Jugendlichen die Formen und Inhalte des Protests teilweise austauschbar. In den Vereinigten Staaten ist eine bewußte Zurückweisung der dort fetischartigen Maßstäbe für körperliche Reinlichkeit ein ebensolcher Affront der Gesellschaft wie das Verbrennen eines Stellungsbefehls oder der Gebrauch kommunistischer Redewendungen. Für Eltern der oberen Mittelschicht ist es genauso schockierend, wenn sich die Tochter als Negativ-Ideal, das heißt als bloße Umkehrung des positiven Ideals, mit einem möglichst negroid aussehenden Neger verbindet, als wenn sie in einer Kommune ostentativ freie Sitten vorlebt. Gerade aus Berkeley wird ein häufiges Überwechseln von Hippie-Existenz mit dem Gebrauch milder Rauschgifte zu den politischen Protestbewegungen und umgekehrt berichtet. Je weniger in einer Kultur hedonistische und individualistische Werte akzeptiert werden, um so schärfer pflegen sich jedoch die politischen Aktivisten von Hippies zu distanzieren. Der Inhalt der Kritik an den modernen Industriegesellschaften ist allerdings bei beiden Protestgruppen nicht sehr verschieden: in beiden Fällen wird die Gesellschaft mit Wertungen der Kulturkritik konfrontiert und beschlossen, daß man sich in dieses „System“ nicht einpassen werde <sup>17)</sup>.

In den zwanziger und dreißiger Jahren war es unter Jugendlichen — und speziell Studenten — weit verbreitet, gegen die jeweilige Gesellschaft mit linksextremen und mit rechtsextremen Ideologien zu protestieren, wobei rechtsextreme Ideologien sich in vielen Ländern als für Studenten attraktiver erwiesen. Der Rechtsextremismus ist heute jedoch durch seine Verwirklichung in verschiedenen Ländern intellektuell vorerst diskreditiert, bietet sich also erst wieder für Jugendliche mit weitergehender Bildung an, wenn linke Rhetorik zur Konvention geworden sein sollte oder wenn in etwa fünf bis acht Jahren keine Eindrücke mehr „aus erster Hand“ von Älteren bezogen werden können.

Merkwürdig bleibt zunächst, daß der Linksextremismus nicht ebenfalls durch die bisherigen Formen seiner Realisierung diskreditiert ist. Hier legen die Aktivisten jedoch Wert auf die Aussage, die von ihnen angestrebten Formen einer sozialistischen Gesellschaft würden den Terror des Stalinismus oder die Unzu-

träglichkeiten der heutigen sozialistischen Staaten nicht aufweisen. Ginge es hier um die Analyse politischer Konzeptionen, so wäre die Feststellung verwunderlich, warum diese extremistischen Gruppen keine ausgebildete Theorie des Fehlschlagens von Sozialisierungen entwickeln, denn nicht die Wiederholung bekannter Kritiken an den sogenannten kapitalistischen Wirtschaftssystemen, sondern eine Theorie des Sozialismus im Stadium der Verwirklichung (nicht der Durchsetzung!) schiene angesichts nicht akzeptabler Vorbilder vordringlich. Hier geht es jedoch um die Analyse einer Bewegung, und für diese sind die Entwicklungen in einigen ökonomisch und technisch unterentwickelten Staaten ohne jegliche Relevanz für das Funktionieren von hoch differenzierten Industriegesellschaften und die Theorie direkter Aktionen von größerer emotionaler Relevanz; die intellektuelle Relevanz ist demgegenüber von geringer Bedeutung.

### c) Der Protest als eine Spiegelung von Strukturproblemen des Bürgertums

Hier spätestens stellt sich die Frage, wie „links“ eigentlich eine Bewegung der Söhne und Töchter des gehobenen Bürgertums ist, die sich gegenüber den Ansätzen in den politischen Sekten vornehmlich an Begründungen für direkte Aktionen interessiert zeigt. „Links“ sind zweifellos die Mehrzahl der zitierten Schriftsteller, die vorgebliche Sorge um die Arbeiter, die Forderung nach Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und die schon Formen des nationalen Vorurteils aufweisenden anti-amerikanischen Äußerungen. Eine Reihe von Äußerungen, die von den Aktivisten für „links“ gehalten werden, sind jedoch keinesfalls spezifisch für Bewegungen der unteren Schichten. Hierhin gehören die Kritik des „Establishments“ (früher: Bonzen und Kapitalisten), die Kritik des Konsums, die Forderung nach Parteilichkeit als Voraussetzung für Wissenschaft, die bündischen Elemente des eigenen Lebensstils und die Rechtfertigung aller Mittel im Dienste eines guten Zweckes <sup>18)</sup>.

<sup>18)</sup> Die enge Verwandtschaft der Themen des heutigen „studentischen“ Protests mit den Themen der Jugendbewegung zeigt auch Krämer-Badoni, Die zweite Jugendbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44/67 v. 1.11.1967. Krämer-Badoni verweist auch auf verschiedene Versuche, in den zwanziger Jahren eine Verbindung zwischen bürgerlicher Jugendbewegung und linksextremen Gruppen herzustellen. Die Glorifizierung der Jugend als Quelle für Wahrheiten, die den Älteren nicht zugänglich sein können, ist heute ebenso ein Thema wie damals.

<sup>17)</sup> In den Schriften von Herbert Marcuse sind Konzeptionen der Lehre Freuds mit marxistischen Theoremen verbunden. Es ist bezeichnend, daß der freudianische Aspekt der Lehren von Marcuse in der Bundesrepublik relativ weniger beachtet wird.

Bei einer gegenüber dem gebrauchten Vokabular distanzierter Analyse der Aussagen über Arbeiter erweist sich, daß es nicht um konkret auffindbare Arbeiter und deren Bedürfnisse geht, sondern um einen erst noch von Studenten zu erziehenden Arbeiter.

In den Schriften der Neomarxisten sind die Arbeiter als revolutionäre Klasse gewöhnlich beschrieben worden. Arbeiter erweisen sich hier und heute an der Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen interessiert, an der Vergrößerung von Wahlmöglichkeiten in ihrem Alltag, an besseren Aufstiegschancen und an sicheren Arbeitsplätzen mit einem menschlichen Betriebsklima. Auch nach den uns aus den sogenannten sozialistischen Ländern vorliegenden spärlichen Untersuchungen scheint sich zu bestätigen, was der nicht systematisch kontrollierte Eindruck nahelegt: daß bisher noch kein System erfunden ist, welches die heute existierenden Bedürfnisse von Arbeitnehmern mit mittleren und geringeren Stellungen besser befriedigt als die gemischtwirtschaftlichen Systeme westlicher Industriegesellschaften. Dementsprechend schwanken die linken Studentengruppen auch, ob sie nun das Bewußtsein der Arbeiter dahingehend verändern sollten, daß er seine Interessen nicht mehr auf den Erwerb eines Autos und eines kleinen Eigenheimes richten möge, oder ob sie die Arbeiter zugunsten der Intellektuellen und Techniker als revolutionäres Subjekt abschreiben sollten. Jedenfalls wird als selbstverständlich unterstellt, daß die eigene Bedürfnisstruktur höherwertiger ist, und es wird nicht überlegt, inwiefern diese eigene Bedürfnisstruktur nur vorübergehend und selbst Produkt einer bestimmten Soziallage ist.

Ob es sich bei den Aktivisten wirklich um eine linke Bewegung im Sinne einer Förderung unserer sozialen Schichten handelt, wird vollends fragwürdig, wenn die Reaktion der Elternhäuser von Aktivisten und generell der Angehörigen der „oberen Mittelschicht“ (früher: gehobenes Bürgertum) auf die Themen des sogenannten studentischen Protests analysiert wird. Umfragen geben hier nur Hinweise, und Fallstudien liegen nur aus den Vereinigten Staaten vor. Hiernach ist die Reaktion der oberen Schichten auf den „studentischen“ Protest durchaus ambivalent. Abgelehnt werden die sozialistischen Modelle, und mit Entsetzen werden die Formen der Selbstdarstellung der Aktivisten registriert. In ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen findet sich jedoch ein weites Maß an Zustimmung.

Eltern wie studierende Kinder sind oft der gleichen Meinung: Es gilt, den ganzen Menschen gegenüber der Unpersönlichkeit der Zwänge wieder herzustellen; die Faszination mit dem Wohlstand ist eine Vergeudung menschlicher Möglichkeiten; der Leistungsdruck auf Menschen wird unerträglich; die Institutionen verselbständigen sich gegenüber ihren Zwecken; der autonome Mensch, der sich dennoch freiwillig an den Zielen der Gemeinschaft orientiert, ist das Ziel der Geschichte.

Wegen der auch für Sozialwissenschaftler oft in ihrer Bedeutung schwer verständlichen Sprache der Aktivisten wird häufig übersehen, daß die in deren Äußerungen enthaltenen (oder implizierten) Beschreibungen der Gegenwart eine einseitige Version durchaus konventioneller Kritik an unserer Gegenwart, ja an den sehr alten Begleiterscheinungen westlicher Industriegesellschaften darstellen. Es klingt originell, „Fachidiot“ zu sagen, und ist doch nichts anderes als eine Wiederholung der besser von Nietzsche formulierten Vorwürfe gegen den „Bildungsphilister“; es klingt originell von „Repression“ und „Präformierung“ zu reden, und ist doch nichts anderes als eine Wiederholung der Kulturkritik der zwanziger Jahre über die Allgegenwart gesellschaftlicher Zwänge; der mit „Manipulation“ gemeinte Sachverhalt der Verbiegung des Bewußtseins dergestalt, daß es eigene Erfahrungen nicht mehr nutzen kann, ist ebenfalls ein Vorwurf recht ehrwürdigen Alters. Aktivisten meinen mit der Bezeichnung „antiautoritär“ eine zeitgemäße Kennzeichnung ihrer Haltung gefunden zu haben und übersehen, daß sich so bereits die Anarcho-Syndikalisten der lateinischen Länder vor etwa hundert Jahren nannten. In der Kultur- und Gesellschaftskritik der Aktivisten unter den Studenten werden im wesentlichen nur bekannte Themen des humanistischen Protests im Bürgertum gegen die Kosten der Industriegesellschaft wieder aufgegriffen. Nicht so sehr der Sozialismus als theoretisches Gebäude, vielmehr der Neomarxismus und speziell der Anarchismus faszinieren die den politischen Sekten in den letzten Jahren hinzugewachsenen Aktivisten. Für sie erfand bereits in den zwanziger Jahren Eisner die Bezeichnung „Bürger im Marxpelz“.

In den Erscheinungsformen ist der Protest der Aktivisten zunächst sehr unbürgerlich. Dies gilt bei näherer Betrachtung nicht mehr. Die Präokkupation mit Verfassungsentwürfen und der Verbriefung von Rechten statt der allmählichen Veränderung der bloßen Verfassungs-

wirklichkeit entspricht recht gut dem Akzent auf formellen Kontraktbeziehungen in den bürgerlichen Gesellschaften. Für das sogenannte „politische Mandat“ wird vor Gerichte gezogen und gegen vermutete Rechtsübertretungen von Polizisten und Universitätsinstanzen wird auch dann prozessiert, wenn selbst theoretisch laut verkündet wird, die Funktion von Regeln sei es, Studenten Gelegenheit zu geben, sie zu brechen. In der Wahl des Kampfes der Objekte orientieren sich die Aktivisten eher an den Respektssymbolen ihres Elternhauses als an wirklichen Machtzentren. Universitätsritual anzugreifen statt es schlichtweg als irrelevant zu empfinden, zeigt Respekt vor der Bedeutung traditioneller Instanzen. Lutherische Gottesdienste zu stören und die lutherische Kirche zu politischen Stellungnahmen herauszufordern, ist angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Selbstaufgabe der evangelischen Kirche als organisierter Religion kein besonders originelles Verhalten. Mit Obszönitäten schockieren zu wollen — was ein nicht unerheblicher Teil der Selbstdarstellung aktivistischer Studenten ist —, zeigt im Akt der Konfrontation einen Respekt vor der Bedeutung offizieller Normen. So wählen die bürgerlichen Aktivisten ein Kartenhaus der bürgerlichen Gesellschaft nach dem anderen als Angriffsobjekt und betrachten es als Erfolg, wenn diese Kartenhäuser schwanken. Und nicht zuletzt haben gerade die Aktivisten unter den Studenten ein hochentwickeltes Gefühl für Techniken der Reklame. Heutzutage kommt man als bürgererschreckender Student bei einiger Berücksichtigung der Bedürfnisse von Massenmedien nach Unterhaltungsstoff leichter zu Ruhm als ein Filmsternchen mit Mut zu Nuditäten.

Rekrutierung und Verhalten der Aktivisten des „studentischen“ Protests werden verständlicher, wenn dieser Protest in seinen „anti-autoritären“ Ausdrucksformen als eine Dramatisierung von Ambivalenzen in Teilen des Bürgertums verstanden wird. Dieses Bürgertum kann heute die Existenz und Funktionsfähigkeit von Industriegesellschaften als eine Selbstverständlichkeit verstehen. Die Bedürfnisstruktur dieser Teile des Bürgertums verselbstständigt sich gegenüber den Bedürfnissen der Vergangenheit. Die entwickelten Industriegesellschaften haben verwirklicht: Systeme der sozialen Sicherheit, weitgehende Freisetzung von bis dahin in der Geschichte als selbstverständlich unterstellten Zwängen der materiellen Not und der Verbreitung von Siechtum, zunehmende Freisetzung und Bil-

dung wenigstens für diejenigen, denen das Elternhaus dafür die Motivation vermittelte. Und die westlichen Industriegesellschaften mit gemischtwirtschaftlichen Systemen produzieren diese Werte auf die umfanglichste Weise. Für Angehörige der oberen Mittelschichten erscheinen diese Gesellschaften als „Gesellschaften des Überflusses“, die sich jetzt anderen Zielen als nur der Erhöhung von Versorgung mit individuellen Gütern zuwenden könnten und sollten<sup>19)</sup>. In dieser Situation und für diese Schichten — nicht für die Bevölkerung insgesamt! — sind die zusätzlichen Belohnungen relativ zu den zusätzlichen Kosten, die das Leben in diesen Gesellschaften den Individuen ebenfalls auferlegt, weniger attraktiv geworden<sup>20)</sup>.

Noch zwei weitere strukturelle Veränderungen sind anzuführen, die vornehmlich weite Teile des „gebildeten Bürgertums“ treffen. Arbeit in dem Sinne, daß unterschiedlicher Erfüllung von Aufgaben eindeutig eine unterschiedliche Wirkung zugerechnet werden kann, wird zum knappen Gut gerade bei gehobenen Positionen — aber unterhalb der verantwortlichen Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Arbeit bedeutet in diesen Positionen, die weitgehend von Akademikern ausgefüllt werden, Manipulation von Symbolen für Sachen. Ein Gefühl der „Uneigentlichkeit“ der Existenz scheint eine verbreitete Folge dieser strukturellen Änderungen.

Vielleicht ist jedoch die wichtigste der strukturellen Veränderungen für Angehörige der oberen Mittelschicht und eines Teiles der Oberschicht, daß ganze Teile dessen, was herkömmlich als Bildung verstanden und als Qualifikation für bevorzugte Teilnahme am Meinungsbildungs- und -entscheidungsprozeß

<sup>19)</sup> Die Existenz relativen Überflusses und dessen schlechte Nutzung ist in der amerikanischen Kulturkritik ein dominantes Thema geworden. Insbesondere Galbraith und Riesman haben die Forderung popularisiert, nun sollten in vermehrtem Maße Kollektivgüter produziert werden. Angehörige der oberen Mittelschicht und der Oberschicht propagierten entsprechend die für die USA neue Vorstellung, in erheblichem Umfange kulturelle Aktivitäten mit Steuergeldern zu unterstützen — eine Forderung, die bei Vertretern der unteren Schichten dort auf erheblichen Widerstand stößt.

<sup>20)</sup> Eine genauere Auseinandersetzung mit dieser Form von „Freisetzung“ wie auch mit den beiden in den folgenden Absätzen erwähnten Formen struktureller Wandlungen findet sich in Scheuch: Soziologie der Freizeit, in: König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band II, Stuttgart 1968.

in der Gesellschaft gewertet wurde, obsolet werden. Für einen immer größeren Bereich des menschlichen Lebens werden die zu beurteilenden Sachverhalte als technische Fragen definiert — zum Teil durchaus zu Unrecht. Ist aber ein Problem wie Wohnungsbau oder Strukturpolitik der Wirtschaft, wie Universitätsreform oder Konzentration der Presse als technisches Problem definiert, so sind „gebildete“ Menschen nur noch Publikum für die Diskussion zwischen Experten.

Auf diese strukturellen Wandlungen erfolgen eine Reihe charakteristischer Reaktionen, die schon lange vor dem „studentischen“ Protest zu Hauptthemen der zeitgenössischen intellektuellen Diskussion und der Kunst (vornehmlich der Literatur) wurden. Der „Uneigentlichkeit“ der Existenz im Produktionsprozeß wird Suche nach Unmittelbarkeit des Lebens entgegengesetzt. Da probieren Menschen bei Frisch versuchsweise verschiedene Rollen an, die alle nur Bekleidung bleiben, oder da werden verschiedene Quellen für starke Gefühls-erlebnisse spezifiziert. Bei Herbert Marcuse mündet dies in eine Denunziation der Technik, wenn er etwa in seinem „eindimensionalen Menschen“ darüber klagt, Geschlechtsverkehr im Auto sei Geschlechtsverkehr auf einer Wiese an Qualität unterlegen; und Adorno beklagt in *Minima Moralia*, daß maschinenproduzierte Türen und Fenster sich anders anfühlen als handgefertigte. Entsprechend ist ein Kernstück der Adorno'schen Lehre die Vorstellung von der totalen Vermittlung des Lebens in Industriegesellschaften, das heißt der Distanz der Erfahrungen zu der „Wirklichkeit“ gesellschaftlicher Existenz als Konsequenz der Apparate.

Gerade die anarchistischen Gruppen der Aktivistinnen sind der Ansicht, daß nun erstmalig in der menschlichen Existenz die Vorbedingungen für ein Reich der Fülle gegeben sind und daß eine weitere Akzentuierung des Leistungsprinzips nicht mehr notwendig sei. Jetzt könne man anderen Werten den Vorrang geben, etwa der Selbstverwirklichung des Menschen den Vorrang vor der Effizienz des Arbeits- oder Studienprozesses. Die älteren Mentoren der protestierenden Studenten haben diese Vorstellung schon früher vertreten, und so findet sich im bürgerlichen Marxismus von Adorno die Auffassung, nur die Herrschaft der Produktionsverhältnisse über die Produktivkräfte verhindere uns, aus dem Reiche der Notwendigkeiten in das Reich der Freiheit einzutreten. Es sei hinzugefügt, daß

das Gefühl des Lebens in Situationen relativen Überflusses von großen Teilen der Bevölkerung aus guten Gründen nicht geteilt wird; übrigens auch nicht von der Wirtschaftswissenschaft.

Die Entwertung traditioneller Bildung zugunsten technokratischen Wissens ist durch Moralisierung von Themen zu überwinden. Für moralische Fragen sind offensichtlich alle Menschen in gleicher Weise zur Entscheidung qualifiziert. Speziell im Bereich des Politischen versuchen entsprechende Kritiker mit einer allgemeinen akademischen Bildung, möglichst alle Streitfragen in moralische Fragen umzuwandeln. Unterschwellig — also von den Beteiligten selbst nicht auf diese Weise verstanden — kann dies als ein Kampf zwischen zwei Arten von Qualifikationen um die Vorherrschaft angesehen werden — oder wie C.-P. Snow es formuliert: als Kampf zweier Kulturen. Demgemäß sind studentische Revolten nicht an Politik als Zuweisung knapper Ressourcen nach Wertentscheidungen oder allgemeinen Präferenzskalen orientiert, und an Teilnahme an der Politik als Verwaltung von Institutionen sind studentische Aktivistinnen erst recht nicht interessiert. Bei allem Gerede über das Zunehmen des Interesses „der Jugend“ an politischen Fragen hat dies nicht die Form der normalen Beteiligung an Politik. An den Möglichkeiten der demokratischen Selbstverwaltung sind beispielsweise die heutigen Studenten nicht mehr interessiert als ihre Vorgänger vor 10 oder 15 Jahren. Interesse an Politik heißt hier Suche nach moralisierungsfähigen Themen.

Was sich als Revolte der Studenten versteht, ist inhaltlich in Wirklichkeit eine Kulturrevolution mit Themen, die vorwiegend der Situation gehobener Gesellschaftsschichten angemessen sind, mit den Theoremen vorwiegend der zwanziger Jahre und mit der Ausdrucksform des heutigen, als Bürgerschreck gemeinten Kunstgewerbes. In dieser Zerrspiegelung der bekannten Themen einer Malaise an gesellschaftlicher Existenz als solcher erscheinen die Aktivistinnen dem Bürgertum als zugleich abstoßend und interessant. Die Relevanz des Protests für die eigene erwachsene Person kann abgeschwächt werden mit dem Hinweis, daß hier Teilwahrheiten vertreten würden, daß man aber selbst sehr wohl um seine Verantwortung und um positive Werte des gegenwärtigen Lebens im relativen Wohlstand und mit Familie wisse. Demgegenüber reagiert dann „die studentische Jugend“ mit:

„Die Konsumtuchtigkeit und die Besitzums- manie ihrer Väter öden sie an. Es ekelt ihnen vor der Verlogenheit deren, die ihre Vorbilder sein sollten.“<sup>21)</sup> Insofern also nichts Neues an der Front der heutigen Kulturrevolution.

Neu und von möglicher Relevanz ist die Inten- sität der bürgerlichen Malaise, die sich im Protest ihrer studentischen Kinder ausdrückt. Die konventionelle Weisheit sieht Gesell- schaften als Sozialsysteme bei sozialen Kata- strophen als gefährdet an. Die heutigen Pro- teste und das Ansteigen des allgemeinen so- genannten Unbehagens ereignen sich aber in Situationen, die keinesfalls manifest krisen- haft sind. Gerade in dieser Windstille werden Forderungen erhoben, die mit den üblichen materiellen Belohnungen nicht pazifiziert werden können. Im Verständnis der Politiker wird das System der liberalen Demokratie in erster Linie durch das Unmaß materieller For- derungen von allen Seiten, insbesondere durch organisierte Interessen, gefährdet; diese For- derungen und die sich aus ihnen ergebenden Gegensätze sind jedoch durch materielle Be- lohnungen zu befriedigen. In der bürgerlichen Kulturrevolution wollen Individuen jedoch dem Daseinsdruck entinnen und nicht zuletzt alle Formen der Gefährdung der einmal erreichten Position durch pauschale Ver- urteilung des Leistungsprinzips als Zuwei- sungssystem abbauen. Es kann hier nicht ent- schieden werden, ob hier eine soziale Gruppe für einige Zeit stellvertretend durch ihre un- gebärdigen Kinder eine Abschiedsvorstellung gibt<sup>22)</sup> oder ob hier im eigenen Interesse die Gesellschaft „umfunktioniert“ wird; das erste ist allerdings wahrscheinlicher. Sicherlich wird dieser Machtkampf, der sich als Konfron- tation der Gesellschaft mit einer höherwertigen Moral aus gibt<sup>23)</sup>, nicht in erster Linie durch innenpolitische Prozesse entschieden. Möglich ist zwar, daß sich diese stellvertreten- den Konflikte nur so lange manifestieren, bis wieder ernsthafte politische Streitfragen auf-

<sup>21)</sup> Zitat aus dem Mitteilungsblatt der Wiso-Stu- denten der Universität zu Köln, vom 8. 2. 1968.

<sup>22)</sup> Vgl. Brzezinski, *Revolution and Counterrevolution*, New Republic, 1. Juni 1968.

<sup>23)</sup> „Links“ gilt als moralisch höherwertig — ge- nauer: das verbale Bekenntnis zu linken Symbo- len. Selbst „Rechte“ sind sich darin oft mit „Lin- ken“ einig und beanspruchen lediglich für sich selbst ein höheres Maß an Einsichten in Realitä- ten. Aus diesem Gefühl inhärent moralischer Hö- herwertigkeit gewinnen „linke“ Bewegungen eben- so wie faschistische Bewegungen Stoßkraft. In der Praxis werden die Affekte zu einer besonderen Art von Philistertum.

treten; wahrscheinlicher ist es meiner Ansicht nach, daß die Bedeutung des „studentischen“ Protestes sein Charakter als Indiz für eine in Zukunft bedeutsame Spannungslinie in den Gesellschaften mit relativem Überfluß ist.

#### d) Zum Charakter der Subkultur des Protests

Einer der für distanzierte Beobachter — bei- spielsweise ausländische Betrachter — ver- blüffendsten Aspekte der gegenwärtigen Re- volte studentischer Aktivisten ist deren Feindschaft gegen den Liberalismus und jeg- licher Form von Pluralismus und Toleranz für abweichende Auffassungen. Viele der Themen dieser Revolte sind liberalen Forderungen mindestens verwandt, so daß eher ein Bündnis mit Liberalen zu erwarten wäre, bedeuteten Worte wirklich das, was sie im alltäglichen Gebrauch sonst bedeuten.

Da wird jedoch von Marburger Studenten die Entfernung von Professoren aus dem Amt gefordert, die sich gegen Forderungen der studentischen Aktivisten wenden; Frank- furter Soziologie-Studenten forderten den Ausschluß des Rektors Ruegg aus der Deut- schen Gesellschaft für Soziologie, weil er ihr Verhalten mit dem von faschistischen Gruppen verglich; der Verbandsvorsitzende des SDS Wolff will nach seiner Darstellung in „Die Zeit“ nur noch Wissenschaft erlauben, die auf der Grundlage marxistischer Anschau- ungen betrieben wird<sup>24)</sup>. In der Anwendung physischer Gewalt waren die Aktivisten an Hochschulen der Bundesrepublik bisher noch zurückhaltend; an Intoleranz gegenüber ab- weichenden Ansichten übertreffen sie die Stu- dierenden in den USA, Frankreich und Eng- land. Niederschreien abweichender Meinun- gen, lügnerische Behauptungen, Brechen von Vertrauensverhältnissen, Hetze gegen ein- zelne zu Haßfiguren stilisierte Personen — all dies gehört auch zum „studentischen Protest“. In vielen Diskussionen scheinen Aktivisten eher besorgt, ja nur Gründe zum Abbruch des Gesprächs zu finden, als darum bemüht, ihre Kontrahenten zu verstehen. An Bereit- schaft zur bedenkenlosen Manipulation über- treffen Studentenzeitungen viele von ihnen bekämpfte Zeitungen. Die häufigsten Diskus- sionen über die Situationen, in denen Gewalt- anwendung durch Studenten gerechtfertigt sei, klingen wie Suche nach Gründen für die An- wendung eigener Gewalt. Todesopfer durch

<sup>24)</sup> K. D. Wolff und F. Wolff, *Revolutionärer Rea- lismus*, in: *Die Zeit*, 19. Januar 1968, S. 3.

Studenten werden von einigen Aktivisten nicht als moralische Belastung verstanden (siehe die Äußerung des APO-Vertreters Mahler, der die Todesopfer mit platzenden Autoreifen als Alltagsrisiko vergleicht). Keine der Redewendungen von Marcuse wurde unter Aktivisten so populär, wie die von der „repressiven Toleranz“, der die Revolutionäre die offene Intoleranz entgegensetzen hätten.

Angesichts der Erscheinungsformen ist es verständlich, wenn Außenseiter oder Betroffene emotional reagieren oder wenn die Kritik der Protestbewegung auf die moralische und menschliche Minderwertigkeit einiger ihrer Vertreter verweist. Sicherlich besteht ein riesiger Unterschied zwischen moralischem Anspruch und der Protestbewegung als einer Realität; aber dies ist für die Wirksamkeit nicht entscheidend. Für extremistische Bewegungen ist allgemein charakteristisch, daß sie überproportional Personen anziehen, die sozial oder nach ihrer Persönlichkeitsstruktur marginal sind. Vielleicht ist dieser Prozentsatz abweichender Personen unter den Aktivisten dieser Bewegung besonders hoch, aber dies kann als Kritik lediglich die gesellschaftliche Wirksamkeit dieser Gruppen beeinflussen, nicht die Kerngruppen selbst. Wie üblich fühlen sich auch hier die Träger der Protestbewegung durch die Berufung auf anerkannt höherwertige Ziele zu abweichendem Verhalten und zur Verletzung ziviler Formen menschlichen Zusammenlebens als Dienst an der guten Sache gerechtfertigt.

Erwägenswert ist jedoch die Frage von Habermas, ob wir es hier mit einer Form von linkem Faschismus zu tun haben. Mir selbst scheint, daß eine Zustimmung einer solchen Ausweitung des Begriffs Faschismus gleichkäme, daß er den Rest an Nutzen zur Kennzeichnung von sozialen Bewegungen verliert, den er noch

---

<sup>25)</sup> Bei der studentischen Linken wird „Faschismus“ als Bezeichnung für all das benutzt, was der Durchsetzung objektiver und vernünftiger Forderungen widersteht, und insbesondere, was dem Umbau der Gesellschaft zu einer Stätte der Selbstverwirklichung bzw. Emanzipation des Menschen entgegentritt. Diese Worte haben aber, wenn sie von der studentischen Linken ausgesprochen werden, eine spezielle Bedeutung — nämlich die des Kommunismus. Damit reduziert sich die Bedeutung der Bezeichnung „Faschist“ auf die Kennzeichnung: „Diese Person ist gegen uns“. Entsprechend kamen die Kommunisten dazu, die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu bezeichnen.

hat <sup>25)</sup>. Eher ist die Kennzeichnung „autoritär“ angebracht. Ein Teil dieses autoritären Charakters einer Protestbewegung, die sich als Dienst an antiautoritären Zielen versteht, erklärt sich aus dem üblichen moralischen Rigorismus der Jugend; Jugend ist Moral, sagt beispielsweise Piaget. Der autoritäre Charakter, den die Bewegung der sich „antiautoritär“ Nennenden gegenüber den ihr nicht Angehörigen demonstriert, erklärt sich jedoch auch aus dem defensiven Charakter dieser Bewegungen als Verteidigungsbewegung des gebildeten Bürgertums. Beide Faktoren ergeben in der Kumulation eine Barbarisierung des Alltags in all den Bereichen, auf welche diese Gruppen Einfluß nehmen können.

Für eine Sekte ist die Erzeugung von Antagonismus durchaus funktional. Aktive Gegnerschaft verstärkt *ceteris paribus* den internen Zusammenhalt, während Nichtbeachtung oder Verachtung interne Selbstzerfleischung begünstigt <sup>26)</sup>. Will eine solche Sekte, wie sie von den Aktivisten noch dargestellt wird, jedoch die für die eigene Existenz riskante Situation der Isolierung vermeiden, bedarf sie der Zustimmung eines relevanten Publikums. Dies sind zunächst die Studenten allgemein und in zweiter Linie Jugendliche als eine neue soziale Schicht. Dies ist real ein praktikables Ziel, und manche irrational scheinenden Handlungen erscheinen unter dieser Perspektive funktional. Habermas kritisiert den Realitätsverlust bei den Aktivisten des Protests, und dies ist zum Teil eine verständliche Diagnose. Im Vergleich zu einem 24jährigen Arbeiter ist allerdings ein 24jähriger Student ein Analphabet der Realität.

An einer Universität eine Inschrift mit den Worten „Karl-Marx-Universität“ anzubringen ist selbstverständlich etwas anderes als die Umgestaltung einer Universität. Beides miteinander zu verwechseln entspricht tatsächlich, wie Habermas anmerkt, den Kriterien für Wahnvorstellungen als einer Verwechslung von Realität und Symbol. Der geringe Realitätsgehalt der „studentischen“ Protestbewegung, ihre eher symbolische und verzerrte Wiedergabe realer Themen, ist jedoch angesichts der tragenden Gruppen weder verwunderlich noch bedeutsam für den Versuch,

---

<sup>26)</sup> Übrigens beginnt dann mit der Übernahme von Macht durch Sekten eine neue Phase der Selbstzerfleischung. Hier wird nur postuliert, daß die an sich auf Purismus bedachten Sekten in der Phase der Expansion inneren Dissens zurückzustellen pflegen.

eine Art von Jugendkultur des Protests mit intellektuellem Prestige zu versehen. Auf letzteres kommt es den Aktivisten in erster Linie an.

Der Institutionalisierung einer Jugendkultur des Protestes dienen auch Pop-Art, Obzönitäten und Privatjargon — vorausgesetzt, die Älteren reagieren schockiert. Eine Bewegung, die ambitioniert eine allgemeine Bewegung der Jugend zu werden, muß Symbole finden, welche Altersgruppen voneinander trennen. Eine solche Bewegung benötigt auch eine Ideologie, welche die Höherwertigkeit jugendlicher Existenz und speziell der Aussagen von Studenten postuliert und damit Kritik von Außenstehenden a priori abwertet. Die Behauptung eines privilegierten Zugangs zu Wahrheit ist für Sekten notwendig, wollen sie gegen sachliche Argumente abgeschirmt sein. Welches Prestige dieser eigene Stil gewinnt, hängt nicht zuletzt von den Massenmedien und der Reaktion akzeptierter Autoritäten ab.

Nähme man diese Bewegung unter Studenten bei ihren Worten, so wäre zunächst nicht einzusehen, warum diese Aktivisten für sich die Bezeichnung Soziologen oder für ihre Aussagen die Kennzeichnung wissenschaftlich in Anspruch nehmen möchten<sup>27)</sup>. In Anbetracht der Kritik an der „bürgerlichen Wissenschaft“ könnte es doch ausreichen, sich als Neomarxisten zu bezeichnen (obgleich die Bezeichnung „Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft“ genauer wäre). Angesichts des Prestiges der Wissenschaft im Bürgertum ist es jedoch folgerichtig, für sich selbst irgendeine Wissenschaftsbezeichnung zu usurpieren. Hier liegen offensichtliche Analogien zu der Geschäftsleute-Religion „Christian Science“ vor. Die Bedeutung einer solchen Prestige-Bezeichnung für den Kampf um Macht hat bereits Pareto gekennzeichnet:

<sup>27)</sup> Sozialwissenschaftler, die der Internationale des studentischen Protestes zustimmen, gibt es in nennenswerter Zahl nur in Frankreich. Dies mag sich aus der Plötzlichkeit der Revolte in Frankreich erklären, welche den Betrachtern zunächst die Gelegenheit gab, in sie hineinzulesen, was man hineinlesen wollte. Sonst gehören als „links“ geltende Sozialwissenschaftler eher zu den schärfsten Kritikern der Protestbewegung im Namen der Studenten. Die breiteste Unterstützung finden diese Gruppen in erster Linie wohl durch Pädagogen als Vertreter anti-industrieller und bürgerlicher Bildungsideale.

„Der Zweck der Derivationen (= Begründungen, Ideologien) ist dem Bewußtsein dessen, der etwas beweisen will, fast stets gegenwärtig, wenn er auch häufig von dem, der die Schlußfolgerung der Derivation bejaht, nicht registriert wird. Wenn der Zweck eine bestimmte Richtschnur ist, die man rechtfertigen will, so bemüht man sich, sie mit bestimmten Residuen (= Gefühlen), mit mehr oder weniger logischen Überlegungen zu verknüpfen, und ist bestrebt, hauptsächlich das Bedürfnis nach logischen Begründungen derer, die überzeugt werden sollen, zu befriedigen... Übrigens kann es auch in diesem Falle, wenn die irrigen Prämissen durch andere ersetzt werden, sich ergeben, daß die Schlußfolgerung Bestand behält. Hingegen werden in den nicht wissenschaftlichen Überlegungen die fallengelassenen Prämissen gewöhnlich durch andere ersetzt. Es ist eigentlich die Ausnahme, daß ein solcher Ersatz nicht stattfindet... beim wissenschaftlichen Denken entfällt die Schlußfolgerung, wenn man beweisen kann, daß sie nicht logisch aus den Prämissen folgt. Dagegen tritt beim nichtwissenschaftlichen Denken, kaum daß man eine Form der Derivation (= Begründung) zerstört hat, eine neue an ihre Stelle.

Das einfache Volk ist von seinem christlichen Katechismus überzeugt, nicht von subtilen theologischen Untersuchungen. Diese erzielen lediglich eine indirekte Wirkung, d. h. das Volk bewundert sie, ohne sie zu verstehen, und diese Bewunderung verleiht ihnen Autorität, die sich auf die Schlußfolgerung ausdehnt.“

Die Berufung auf intellektuelle Stammväter wie Karl Marx oder auf eine Disziplin wie Soziologie hat diese Funktion, den Aktivisten ein Prestige zu verleihen, das sie als Personen und aufgrund ihrer Erfahrungen nicht hätten. Ob dieses geborgte Prestige erfolgreich geltend gemacht werden kann, hängt weitgehend von der Reaktion von Personen und Institutionen mit „etablierter“ Stellung ab. Darin liegt die Bedeutung der Versuche von Aktivisten, von älteren Philosophen wie J. P. Sartre, H. Marcuse, Th. W. Adorno, B. Russell, oder E. Bloch anerkannt zu werden und Institutionen mit Prestige, aber begrenzter gesellschaftlicher Relevanz (wie einige sozialwissenschaftliche Universitätsinstitute) „umzufunktionieren“ in Operationsbasen.

### 3. Die Mobilisierbarkeit von Jugendlichen für den „studentischen“ Protest

Ein Grund für die begrenzte Bedeutung welche die Aktivisten (im Gegensatz zu den Sektierern der ersten Stunde) heute haben, ist die Ambivalenz eines Teils der Intellektuellen und insbesondere des gebildeten Bürgertums gegenüber den Themen dieser Gruppen. Bedeutsam für die Abschirmung gegenüber Folgen von Provokationen ist die soziale Herkunft: diese Aktivisten kommen zu einem erheblichen Prozentsatz aus angesehenen Familien. Diese Kombination von Eigenschaften macht es gerade für das von den Aktivisten so sehr geschmähte Establishment schwierig, zu einer einheitlichen Einstellung zu kommen. Ihre aktuelle Bedeutung erhalten die Aktivisten jedoch aufgrund struktureller Wandlungen in der Situation der Jugend. Diese Wandlungen lassen in allen entwickelten Industriegesellschaften den Übergang vom Status Jugendlicher zum Status Erwachsener immer krisenhafter werden — je höher der Lebensstandard eines Landes, um so krisenhafter.

Weltweit scheint heute in den Industriegesellschaften mit den verschiedensten politischen Organisationsformen die Sozialisierung in die Rolle „Erwachsener“ immer häufiger zu mißlingen. In der Zeit seit Ende des Koreakrieges ereigneten sich verschiedene Protestwellen, die jeweils zu ihrer Zeit stark beachtet, aber nach Abklingen ebenso schnell vergessen wurden. Ende der fünfziger Jahre kam es beispielsweise in der Bundesrepublik zu Konfrontationen zwischen Jugendlichen und Polizei, die unter dem Namen „Halbstarkenkrawalle“ ziemlich Erregung verursachten und bis heute nicht zureichend erklärt wurden. Anlässlich eines Auftretens von Bill Haley im Berliner Sportpalast im Jahre 1958 gab es einen Massenkrawall, für den sich Jugendliche mit Knüppeln bewaffnet hatten. Man sprach zu dieser Zeit von „Rebels without a cause“ — von Rebellen ohne Ziel. Diesen Affekten ist jetzt eine Zielrichtung gegeben worden. Nicht die Affekte sind neu, sondern deren politisch klingende Ausrichtung durch die Aktivisten.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur finden sich zahlreiche Berichte über die Distanz Jugendlicher zu ihrer Umwelt und den geringen Enthusiasmus gegenüber der Erwartung, den Status Jugendlicher aufgeben zu müssen. Gelegentlich wird aus solchen Befunden der Schluß gezogen, Jugendliche seien

die eigentlich „entfremdete“ Gruppe in unseren Gesellschaften. Jugend war schon immer in den letzten 150 Jahren eine Situation mit starken Spannungen und unsicherer Selbstdefinition. Zunehmend seit der Jahrhundertwende wird zunächst der Selbstwert der Existenz des Jugendlichen betont und schließlich der Jugendliche als der noch nicht „gesellschaftlich Verdorbene“ dieser Zeit glorifiziert. Damit geht eine Tendenz zur Ausbildung einer eigenen Jugendkultur einher, die sich durch eigene Sprache, Kleidung, Musik und Ritualen zu einer Freizeitkultur sui generis gegenüber der Erwachsenenwelt verselbständigt.

So sehr Jugend als Zustand glorifiziert wird: Konkret sind Jugendliche mit der Kombination altersspezifischer Eigenschaften heute in den hoch differenzierten Gesellschaften in erster Linie als Konsumenten nützlich, und hier wiederum als die am leichtesten mobilisierbare Gruppe für neue Konsumstile und -richtungen. Die Verselbständigung der Jugend ist entsprechend überall von mäßig starken Gefühlen der Malaise begleitet.

Wird von Jugendlichen allgemein gesprochen, so liegt es nahe, diese Entwicklung zu dramatisieren. Die Verselbständigung der Jugendkultur gegenüber der Welt der Erwachsenen ist nur für einige Verhaltensbereiche und in einigen Teilgruppen weit fortgeschritten. Sonst reproduzieren sich innerhalb der Altersgruppen 16—25 Jahre die Unterschiede der Elternhäuser auch bei den Jugendlichen selbst. Dies galt bisher auch für Ansichten über Politik. Erst mit der Definition bestimmter Themen und Ansichten als „Ansichten der Jugend“ bildet sich eine Anti-Politik heraus analog der Ausbildung eines bestimmten Musikgeschmacks als „Musik der Jugend“ oder eines von der Pop-Art beeinflussten Kleidungsstils als Uniform der Jugend. Sobald irgendein Bereich für expressives Verhalten als charakteristischer Ausdruck der Jugend hingestellt werden kann, wird er funktional für die Selbstdarstellung der Jugend — wie Miniröcke oder Beatmusik. Einige wie Sozialismus klingende Aussagen und einige provokante Verhaltensweisen werden nun von den Aktivisten und mit Hilfe der Massenmedien als Themen der Jugendkultur stilisiert. Anti-Vietnam-Proteste haben für viele Beteiligte den

gleichen politischen Gehalt wie Schockfarben oder eine abweichende Haartracht: nämlich keinen.

IFAK ermittelte Anfang 1968, daß 65 % aller Berufsschüler und sogar 74 % aller Studenten Proteste als Ausdrucksform für Ansichten der Jugendlichen bejahten. Tatsächlich nimmt an Demonstrationen nur eine Minderheit teil — vielleicht 3—5 % der Jugendlichen im Verlauf von zwei Jahren<sup>28)</sup>. Aber der Protest als Form der Selbstdarstellung beginnt Teil der Jugendkultur zu werden. Ob er dies wirklich wird, das ist weitgehend eine Frage der effektiveren Propaganda, da es sich hier nicht um politisch gemeintes Verhalten handelt, das nach einer Ausdrucksform sucht, sondern um eine Ausdrucksform, der ein Inhalt gegeben wird.

Viel weiter fortgeschritten ist die Institutionalisierung des Protests unter den Studenten, und hier beginnt sich auch allmählich das Denken an das neue Verhalten anzupassen<sup>29)</sup>. Ein Beispiel findet sich in einer Befragung von Studenten während des Wintersemesters 1967/68<sup>30)</sup>. „Wenn Sie an die gegenwärtige weltpolitische Lage denken, welche Länder würden Sie dann als Diktatur bezeichnen?“ hieß die Fragestellung. Mit dem Wort Diktatur assoziierten spontan 40 % aller Jugendlichen, aber nur 23 % der Studenten die UdSSR; 33 % aller Jugendlichen, aber nur 26 % der Studenten, die DDR. Demgegenüber nannten 72 % aller Studenten spontan Spanien, aber lediglich 34 % der Jugendlichen allgemein. Griechenland wurde spontan von 60 % aller Studenten, aber nur von 26 % aller Jugendlichen als Diktatur genannt. Heute sehen die Studenten zu einem erheblichen Teil die Länder der „westlichen“ Welt kritischer als die des Ostblocks, während für die Jugend allgemein noch das Umgekehrte gilt.

Wiederum muß davor gewarnt werden, solche Schwerpunkte in den Unterschieden des Den-

kens und Verhaltens verschiedener Gruppen zu verabsolutieren. In der großen Mehrzahl aller Fragestellungen gab die ganz überwiegende Zahl aller Studenten recht konventionelle Antworten — jeweils gemessen an den entsprechenden Untergruppen der Älteren. Studenten meinen, Führungspositionen in Wirtschaft, Kultur und Politik seien am besten mit Akademikern besetzt, bejahen eine besondere Verpflichtung des Akademikers, ein Vorbild zu sein, rechnen sich überwiegend zur Mittelschicht oder zum Mittelstand (!), bejahen ganz überwiegend die parlamentarische Demokratie, denken bei der Verteidigung von bürgerlichen Freiheiten an juristische Möglichkeiten (nur 10 % erwähnten spontan Demonstrationen) und wenden sich noch stärker als die Bevölkerung allgemein gegen die Anwendung von Gewalt bei Konflikten<sup>31)</sup>. Politik wird in sehr hohem Maße als wichtig für die eigene Existenz empfunden — aber selbst dies entspricht nur der sehr viel stärkeren Politisierung der Elternhäuser von Studenten im Vergleich zur Bevölkerung allgemein. Die Richtung der politischen Orientierung ist jedoch anders: man versteht sich mehrheitlich als „links“ und ist in der Parteipräferenz linker als die Bevölkerung oder Jugendliche vergleichbaren Alters<sup>32)</sup>. Und Studenten erklären sich auch bereit, sich durch Mitgliedschaft in Parteien aktiv zu engagieren.

Wie sich diese Bereitschaft zum Engagement an Politik in einem Augenblick auswirkt, in dem Politik durch Berufspolitiker wenig interessant geworden ist, bleibt abzuwarten. Gäbe es eine größere Tradition der Selbstverwaltung in Deutschland und gut organisierte studentische Gruppen, die sich an den Universitäten als Interessenvertreter analog den Gewerkschaften verstünden, so könnte sich diese Bereitschaft zum Engagement in einer Demokratisierung der Hochschule ausdrücken. Die Möglichkeiten zum Engagement in der „Berufspolitik“ erscheinen gegenwärtig nicht sehr attraktiv. In dieser Situation hat eine relativ kleine Gruppe von Aktivisten, die als einzige eine Lehre anbietet, die eine jeg-

<sup>28)</sup> Diese Zahlen sind aus der von Prof. Wildenmann bei INFRATEST in Auftrag gegebenen Erhebung abgeleitet.

<sup>29)</sup> Über die Institutionalisierung des Protests gibt die Reaktion auf die folgende Frage der in Anmerkung 28 erwähnten INFRATEST-Erhebung Aufschluß: „Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet“. Auf diesen Grundreiz antworteten mit Zustimmung 67 % eines Querschnitts der Bevölkerung, 74 % eines Querschnitts von Jugendlichen, aber nur 46 % eines Querschnitts der Studenten.

<sup>30)</sup> Nach der in Anmerkung 28 erwähnten INFRATEST-Erhebung.

<sup>31)</sup> Nach der in Anmerkung 28 erwähnten INFRATEST-Erhebung.

<sup>32)</sup> Nicht so sehr im Grade des Interesses an Politik oder in den allgemeinen Vorstellungen über Demokratie bestehen zwischen den Studenten und ihren Elternhäusern Unterschiede, als in der Bewertung „rechter“ und faschistischer Bewegungen. 28 % der Studenten, aber nur 17 % der Jugendlichen allgemein bezeichneten ihren Vater als einen Anhänger des Nationalsozialismus.

liche Erscheinung in der Gesellschaft als Teil eines „Systems“ versteht und in den Formen Verhaltensweisen anbietet, welche die Generationen trennen, zunächst einen gewissen Vorsprung vor anderen Gruppen. Jedenfalls besteht sonst teilweise ein Vakuum, das durch bloß diskutierende Beteiligung nicht zu reichend ausgefüllt wird.

Eine Untersuchung der von Studenten bejahten allgemeinen Werte zeigt eine ziemliche Widersprüchlichkeit. In Übereinstimmung mit den Jugendlichen allgemein sind Aufstiegs-wünsche — aber nur relativ begrenzten Um-fangs! — vorhanden, wird Beruf bejaht und ist die Risikofreudigkeit begrenzt<sup>33)</sup>. Wirt-schaftliche Fragen interessieren weniger als unter Jugendlichen sonst oder in der Bevölke-rung allgemein; demgegenüber ist das In-teresse an überindividuell bedeutsamen Fra-gen größer<sup>34)</sup>. Etwa die Hälfte empfindet das Studium nicht als eine besonders glückliche Zeit in ihrem Leben; überwiegend werden die konkreten Verhältnisse an der Universität mit temperiertem Mißfallen beurteilt<sup>35)</sup>. Auf die-ser Ebene der Betrachtung ist keine hohe Ideologisierung der eigenen Existenz, der Vorstellungen über Gesellschaft oder politi-scher Fragen zu beobachten. In einer von den einzelnen Indizien abgelösten Interpretation der Befunde kann die Gefühlslage der ganz überwiegenden Mehrheit als die von „tem-periert interessierten Berufstätigen“ mit großem Interesse an solchen öffentlichen An-gelegenheiten gekennzeichnet werden, die sich mit Wertungen verbinden lassen.

Die Mobilisierbarkeit der Studenten durch Aktivisten beruht eindeutig nicht auf einer weitgehenden Übereinstimmung der Vor-stellungen mit denen der extremistischen Stu-dentengruppen. Wenn Übereinstimmung vor-liegt, dann ist diese im Bereich der eigentlich politischen Ideologie noch am geringsten und sehr viel größer in den allgemeinen Wer-tungen und in der geringen Zufriedenheit mit dem Leben. Gegenwärtig scheint sehr vielen Studenten das Leben keine große Freude zu machen — ohne daß sich dies zu einer aus-gesprochenen Malaise verfestigt hätte. Mobi-

lisierbarkeit nennenswerter Teile der Studen-tenschaft hängt innerhalb struktureller Be-dingungen nicht von ideologischen Konver-sionen ab, sondern von der Wahl der „richti-gen“ Themen, von einer emotional bedeut-samen Form für Protest und ganz besonders von der Möglichkeit, diesen Protest als Protest „der“ Studentenschaft erscheinen zu lassen. Bereits diese Faktoren können Aktivisten nur begrenzt kontrollieren. Durch Aktivismus, speziell durch Erfindungsreichtum in den For-men von Protest und Konfrontation, können die Aktivisten die an sich bestehende Gleich-gültigkeit gegenüber ihren Zielen und Lebens-formen vorübergehend überwinden. Wird diese Schraube überdreht, so sind an sich auch die Bedingungen für eine Gegenbewegung ge-geben.

Im langfristigen Trend ist aber zu erwarten, daß Studenten mobilisierbarer für Proteste gegen den status quo im öffentlichen Bereich als in den letzten Jahrzehnten bleiben werden. Dies ergibt sich aus Veränderungen in der Situ-ation der Jugend in hochentwickelten In-dustrieländern heute und aus Besonderheiten der Situation des angehenden Akademikers. Wichtig für die Kritikbereitschaft an der ge-genwärtigen Gesellschaft ist die Tatsache, daß die Jugendlichen in einen Zustand relativen Wohlstands hineingeboren wurden. Maßstab ist nicht mehr die frühere, schlechtere Zeit; Maßstab sind die denkmöglichen besseren Zustände. Entsprechend ist auch für die jungen Menschen die Angst vor den Konsequenzen des Zerbrechens von Ordnung sehr viel ge-ringer als im Rest der Bevölkerung — und dies ist vielleicht der wichtigste Unterschied zwischen den Generationen.

Hinzu kommt, daß Jugend heute im Vergleich zum späteren Status als junger Erwachsener mit relativ hoher Konsumkraft und hohem Grad an persönlicher Freiheit verbunden ist. Übergang in den Status des Erwachsenen be-deutet heute für Jugendliche der Mittel- und Oberschichten einen vorübergehenden Ver-lust an Status, an Konsumkraft und nicht zu-letzt an Freiheit. Es ist fraglich, ob die mit dem Übergang in den Status Erwachsener ver-bundenen Belohnungen, wie die emotionalen und sachlichen Vorteile aus der Rolle Ehe-gatte, als wirklich ausreichende Kompensation angesehen werden. Diese Ambivalenz gegen-über der eigenen Zukunft wird durch die Risi-ken beim Übergang in die Berufswelt für die-jenigen noch verstärkt, die wie die Studenten relativ spät ihre Karriere beginnen. Das Er-

<sup>33)</sup> Nach einer Erhebung an der Universität zu Köln Ende des Wintersemesters 1968. Die Angaben sind bisher unveröffentlicht.

<sup>34)</sup> Aussagen aufgrund der INFRATEST-Erhebung; vgl. Anmerkung 28.

<sup>35)</sup> Aussagen aufgrund der Kölner Erhebung; vgl. Anmerkung 33.

gebnis ist eine gewisse Existenzangst, die sich speziell unter den Aktivisten des Protests bis zu extremen Formen steigern kann.

Diese Faktoren sind für Studenten bedeutender als für Jugendliche allgemein. Hinzu kommen nun die Bedingungen des Studiums an den heutigen Massenuniversitäten. Die Lehrintensität ist an den Massenfächern und den rasch wachsenden Fächern besonders gering; und diese Fächer (Germanistik, Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Politologie) sind diejenigen, an denen Protestbewegungen auf größere Sympathie stoßen. Hinzu kommen noch zwei weitere Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, daß sich die Mobilisierbarkeit der Studenten in bestimmten Fächern erhöht: Je weniger ein Fach auf eine bestimmte Berufstätigkeit hin angelegt ist, je mehr es also die Strukturierung der Existenz nach Abschluß des Studiums offenläßt, um so größer ist in allen Industrieländern die Mobilisierbarkeit dieser Studenten; je peripherer die einem Fach immanenten Wertungen für das effiziente Funktionieren von Industriegesellschaften sind, um so größer die Mobilisierbarkeit der Studenten. Selbstauswahl der Studenten dieser Fächer und die Wirkung der Fächer selbst scheinen dabei eine kumulative Wirkung zu besitzen<sup>36)</sup>.

Bisher wurden einige Faktoren des Status Jugendlicher und der Existenz an Universitäten erwähnt, die mit der Bereitschaft verbunden sind, sich für Proteste im Namen der Studenten mobilisieren zu lassen. Hinzu kom-

<sup>36)</sup> Entgegen verbreiteten Vorstellungen scheinen mir entsprechende amerikanische Untersuchungen dahin gehend zu interpretieren, daß die indoktrinierende Wirkung eines Faches nicht sehr hoch angesetzt werden kann und daß solche eventuellen Wirkungen nach Beendigung des Universitätsstudiums schon in den ersten fünf Jahren rasch abklingen. Die Wirkung eines Faches scheint vornehmlich darin zu bestehen, die per Selbstauswahl der Studenten für ein Fach bereits vorhandenen Einstellungen entweder wesentlich zu verstärken oder zu inhibieren.

men spezifische Situationen in der Politik. Bedeutsam ist hier die Art der Organisation politischer Streitfragen in entwickelten Industriegesellschaften des Westens. In all diesen Ländern sind die vermittelnden Instanzen in der emotionalen Anbindung ihrer Mitglieder weniger effektiv geworden, als sie es früher waren (z. B. Kirchen, Gewerkschaften). Das Aushandeln von Streitfragen bietet weniger Möglichkeiten, sich mit Positionen rückhaltlos zu identifizieren. Die wichtigsten sozialen Probleme und Konflikte (z. B. regionale Strukturpolitik, Strukturpolitik der Wirtschaft, Fragen der militärischen Sicherheit, speziell in den USA die Probleme der Integration der Negerbevölkerung) führen zu Koalitionen quer durch die Parteien oder werden technokratisch behandelt. Damit ist ein Markt für solche Gruppen gegeben, die Einzelfragen hervorheben und als Probleme formulieren, an denen sich die Menschen in „gute“ und „böse“ unterscheiden lassen. Politik als Entscheidungen nach Präferenzsystemen innerhalb eines gegebenen Rahmens und Politik als unbedingtes moralisches Engagement mit bestimmten Positionen lösen sich voneinander.

An sich böten auch die hoch differenzierten Gesellschaften für ein solches Engagement noch Ausdrucksformen, die nicht Gesellschaft insgesamt in Frage stellen — nämlich in der Form einer qualifizierten öffentlichen Meinung, die als Ombudsman Widersprüche zwischen Selbstanspruch und konkretem Verhalten von politischen Instanzen und von Behörden aufgreift. Erklärungsbedürftig bleibt, warum Studenten für diese Funktion nicht recht mobilisierbar sind und sich eher für Konfrontationen mit absolutistischem Anspruch aktivieren lassen. Die wahrscheinlichste Erklärung ist die Temperiertheit des öffentlichen Lebens und seiner Streitfragen. Studenten erfüllen in diesem Augenblick eine Ersatzfunktion: Weltanschauungspolitik im Goldfischglas der Universität.

## 4. Die Reaktion der Bevölkerung

Die Aktivisten unter den Studenten stellen die Bevölkerung als eine undifferenzierte, träge und im wesentlichen den Studenten feindliche Masse dar<sup>37)</sup>. Das Bild einer „aufgeklärten“ Minderheit der Studenten trifft schon für diese selbst nicht zu; die Reaktionsweisen und die Einstellungen sind unter den Studierenden durchaus unterschiedlich. Erst recht gilt diese Differenzierung für die Reaktionen der Bevölkerung.

Für die Aktivisten sind Darstellungen über die Reaktionen der Bevölkerung aus zwei Gründen wichtig: Darstellung der Erwachsenen als grundsätzlich unverständig dient der Herstellung von Solidarität unter Jugendlichen als einer neuen „Schicht“; und die Reaktionen von qualifizierten Minderheiten unter den Erwachsenen sind entscheidend für die Wirksamkeit der Aktivisten selbst. Prestigefiguren oder -institutionen werden als Beweis benötigt, daß es sich hier um ernst zu nehmende Gruppen handelt. Demgegenüber wird Kritik bei den Gruppen, die wie der SDS die eigene Bedeutung aus der Richtigkeit ihrer Welterklärung ableiten, auch dann als Schädigung empfunden, wenn sie von einem in der theoretischen Orientierung dem SDS so nahestehenden Soziologen wie Habermas kommt. Gerade die extremistischen Gruppen beachten mit größter Aufmerksamkeit die Massenmedien und versuchen sich als die Sprecher der „studentischen Jugend“ hinzustellen. Diese public relations Techniken waren bisher von einigem Erfolg, um als Gruppe überhaupt bemerkt zu werden. Es dürfte kaum eine Personengruppe in der Bundesrepublik geben, die mit einer so geringen Mitgliedschaft ein solches Maß an öffentlicher Beachtung fand wie der SDS<sup>38)</sup>. Allerdings geschah dies auch unter Mithilfe konservativer Kreise, die durch Darstellung kritischer Einstellungen in ihrer extremistischen Form, einschließlich der Hervorhebung des

<sup>37)</sup> Ein Musterbeispiel sind viele Kommentare des Berichts über Studentenerhebungen des INFAS-Instituts im Jahre 1967. Die ersten Kommentare sollen denn auch von einem mit dem SDS sympathisierenden Mitarbeiter verfaßt worden sein, der die politisch engagierten Studenten als von unverständigen Erwachsenen umstellt sieht. Die Tabellen des Berichts sind dagegen nützlich zu lesen: Student und Politik, „politogramm“, Godesberg, April 1968.

<sup>38)</sup> Diese Angaben gehen zurück auf eine Erhebung des EMNID-Instituts unmittelbar vor den Osterunruhen.

Exotismus von Kommunarden, Kritik und Reformbemühungen diskreditiert.

Das manipulative Interesse an den Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Proteste unter den Studenten verstellt den Blick für die Vielfalt der Einstellungen, die bei aller Vielfalt dennoch einigen einfachen Determinanten folgt. Zunächst ist die große Aufmerksamkeit der allgemeinen Öffentlichkeit für die Aktionen der Studenten festzustellen. Schon vor den Osterunruhen gaben 74 % der Bevölkerung an, diesen Vorgängen zu folgen, und zwar in erster Linie deren Darstellung im Fernsehen<sup>38)</sup>. Die Unterschiede nach Schulbildung waren hierbei stark ausgeprägt, und am wenigsten Interesse für diese Vorgänge bekundeten die Gruppen, die mit den Studenten in ihrer sozialen Lage auch am wenigsten gemein haben: Volksschüler, Arbeiter und Landwirte. Die Osterunruhen haben die Aufmerksamkeit noch weiter gesteigert, aber dennoch bleibt als zweite Voraussetzung für die Reaktion in der Öffentlichkeit hervorzuheben, daß der Informationsgrad über den Inhalt der Proteste relativ niedrig ist. Selbst die Osterunruhen wurden von 33 % als Demonstrationen für Hochschulfragen verstanden, während 40 % überhaupt keine Angaben über Absichten und Ziele machen konnten; nur kleine Minderheiten brachten die Demonstrationen der Ostertage in Verbindung mit allgemein politischen Zielen wie Protesten gegen Notstandsgesetze oder gegen den Springerkonzern<sup>39)</sup>. Große Aufmerksamkeit bei geringer Information: Diese Kombination von Faktoren deutet darauf hin, daß die Einstellung der Öffentlichkeit sich erst zu strukturieren beginnt. Würde der SDS weiter die Zielsetzungen und den Stil der Konfrontationen bestimmen, so läßt sich voraussagen, daß erst dann eintreten wird, was in der Darstellung der extremistischen Gruppen heute schon die Einstellung der „Erwachsenen“ sein soll: überwiegend Feindschaft. So lange der Protest nämlich als auf Reformen der Hochschulen gerichtet angesehen wurde, herrscht eine milde Sympathie vor. Diese kann als Ergebnis zweier Faktoren verstanden werden: Zunächst darf in pluralistischen Gesellschaften ein jeder innerhalb seines Teilbereichs mit erheblicher Autonomie gegenüber öffentlicher Kritik aktiv

<sup>39)</sup> Aufgrund einer Umfrage des EMNID-Instituts kurz nach den Osterunruhen.

werden; unter Akademikern selbst herrscht zudem die Vorstellung von der Reformbedürftigkeit der Hochschulen vor<sup>40)</sup>. Wird der aktive Protest jedoch mit Versuchen zur allgemeinen Veränderung der Gesellschaft in Verbindung gebracht, so steigt die Ablehnung. Daß sich die Vorstellung, bei den Protestaktionen ginge es vornehmlich um Hochschulfragen, entgegen den erklärten Zielen der Aktivisten so lange halten kann, erklärt sich wohl teilweise daraus, daß die alternative Vorstellung einer Umwälzung der Gesellschaft durch Studenten zunächst einmal als zu weit hergeholt anmuten muß.

Die Osterunruhen führten zu einem nennenswerten Verlust an Sympathien für die Proteste im Namen der Studenten. Vor den Osterunruhen 1968 waren in der Bevölkerung etwa drei gleich große Gruppen von Einstellungen zu beobachten: Proteste als ein zu begrüßender „frischer Wind“ in unserer Gesellschaft (33 %), als eine Gefahr (32 %) oder als ein Phänomen, das man noch nicht eindeutig mit einer dieser Alternativen verbinden konnte oder wollte (35 %). Nach den Osterunruhen war die Zahl derjenigen, die in diesen Protesten eine gefährliche Entwicklung sahen, um 12 % auf 44 % angestiegen. Zugleich stieg diejenige, die Proteste als „frischen Wind“ begrüßten nur um 6 % auf 39 %. Der noch verbleibende Anteil von 17 % Unentschiedenen dürfte sich zunächst weiter im Verhältnis von etwa 2:1 zugunsten der Definition „Gefahr“ aufteilen. Dabei ist dann noch zu berücksichtigen, daß die günstigen Beurteilungen des studentischen Protests verbunden sind mit dessen Wahrnehmung als eine Reformbewegung vornehmlich für hochschulpolitische Fragen. Eine weitere Radikalisierung der Studenten im Sinne des SDS würde also einen weiteren Verlust des Vorschusses an gutem Willen gegenüber Reformbewegungen der Studenten bedeuten.

Diese weitere Verschärfung der Reaktionen läßt sich auch an den Antworten auf die

<sup>40)</sup> Diese überwiegend kritische Einstellung der ehemaligen Absolventen zur Hochschule richtet sich jedoch ganz überwiegend nur auf die bessere Organisation der Studienabläufe und auf ein autoritäres Verhalten der Professoren. Die Kritik ist also wesentlich weniger grundsätzlich als diejenige der politischen Hochschulgruppen, und ich interpretiere die Ergebnisse dahingehend, daß bei aller Zustimmung der Akademiker zur Forderung nach einer Reform der Hochschule der latente Dissens zu den Forderungen der politischen Hochschulgruppen erheblich ist.

Frage nach dem Vorgehen der Polizei ablesen. Nur 17 % der Befragten hielten dies für zu scharf — insbesondere Personen zwischen 16 bis 30 Jahren, während 34 % die Schärfe der Reaktionen „gerade richtig“ fand und 32 % ein schärferes Vorgehen forderten. Schärferes Vorgehen heißt in erster Linie Aktionen gegen Organisatoren des Protests und in zweiter Linie gegen den SDS als Organisation. Diese Einengung der Objekte für Gegenaktionen wird verständlich aus der Wahrnehmung, die Proteste seien wesentlich Proteste von Teilen der Studenten gewesen (53 %), nicht der Studenten allgemein oder etwa der gesamten Jugend (6 %). Außerdem wird geglaubt, daß sich die Mehrheit der Protestierenden zur Gewaltlosigkeit bekennen und nur durch „Rädelsführer“ mißbraucht würden. Je expliziter die Gegensätze innerhalb der Studentenschaft über die Ziele und den Stil von Protesten werden, um so leichter wird es für die Öffentlichkeit sein, den an sich ganz überwiegend negativen Affekten gegenüber Störungen des Alltags und die überwiegend positive Haltung zu Studenten miteinander zu vereinbaren und nun ohne Gegendruck-Situation (cross pressure) die negativen Affekte in Forderungen nach scharfem Vorgehen gegen die Aktivisten des Protests umzusetzen.

Innerhalb verschiedener Untergruppen der Bevölkerung ist die Einstellung zu den Protesten im Namen der Studenten noch weiter differenziert. Die stärksten Unterschiede ergeben sich nach Alter: Auf weitgehende Zustimmung können die Protestierenden nur bei Personen bis 21 Jahren zählen, auf erhebliche Sympathie dann auch noch bei den 21—30jährigen. Diese unterschiedliche Reaktion nach Altersgruppen ist am ausgeprägtesten bei Fragen, die sich auf die Definition des Protests nach Zielen oder ihn tragenden Gruppen beziehen; in Urteilen über die Behandlung des Protests werden die Altersdifferenzen geringer. Dies stimmt überein mit der vorher verschiedentlich erwähnten Diagnose, die Proteste hätten die latente Funktion einer Selbstdarstellung der Besonderheit von Jugend. Einem möglichen Umsturz der Gesellschaft stehen die Jugendlichen nicht viel freundlicher gegenüber als die Erwachsenen allgemein; für die Jugendlichen scheint es eher um die Demonstration ihrer Besonder-

heit innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu gehen. (Von dieser Diagnose sind erhebliche Minderheiten der Studenten auszunehmen; ihnen geht es tatsächlich um grundlegende Veränderungen.)

Je weniger verschiedene Gruppen der Bevölkerung sich nach sozialer Lage von der Zusammensetzung der Studenten nach sozialer Herkunft unterscheiden, um so größer ist die Sympathie für die Protestbewegungen. Es mag für das Selbstverständnis der Aktivisten verwunderlich sein, daß sie mit ihrer marxistisch klingenden Rhetorik und mit ihrem Selbstverständnis als Interessenvertreter der Arbeiter (nota bene der „wahren“ Interessen statt der hic et nunc empfundenen) bei Menschen in „bürgerlichen“ Situationen die meiste Sympathie finden. Akademiker stehen den Protesten sehr, sehr viel positiver gegenüber als Angehörige anderer Bildungsgruppen, und Menschen mit qualifizierten Berufen in unselbständiger Stellung sympathisieren sehr viel stärker mit protestierenden Studenten als andere Berufsgruppen. Dies gilt insbesondere für Protest als expressives Phänomen; Proteste als Mittel zur Umgestaltung gut funktionierender Industriegesellschaften zu noch nicht spezifizierten Formen kommunistischer Gemeinwesen sind auch für Angehörige qualifizierter Berufe nicht akzeptabel.

Auch heute noch verbinden sich unterschiedliche Reaktionen auf die Proteste im Namen der Studenten nicht auf eindeutige Weise mit der Bevorzugung von Parteien. Dies ist verständlich angesichts der Tatsache, daß innerhalb der Parteien selbst jeweils Dissens über die Beurteilung der Kulturrevolte der Jugendlichen besteht. Vor den Osterunruhen war eine positivere Einstellung zum Protest noch am ehesten unter Wählern der FDP zu finden, während sich Wähler der CDU/CSU, SPD und NPD nur graduell unterschieden; NPD-Wähler tendierten damals sogar zu einer größeren Sympathie für Genossen im Protest. Die unterschiedliche Reaktion von FDP-Wählern erklärte sich leicht aus der hohen Zahl von Akademikern unter den Anhängern der FDP und als Folge der Sympathie einer jeden Oppositionspartei mit anderen Ausdrucksformen von Opposition. Inzwischen beginnen sich eindeutigere Unterschiede nach den politischen Positionen der Parteien abzuzeichnen.

Im Sommer forderten bereits 55 % der NPD-Wähler ein schärferes Durchgreifen (Durchschnitt der anderen Wählergruppen um 32 %), wogegen 29 % der FDP-Wähler (Durchschnitt der anderen Wählergruppen um 15 %) das Vorgehen der Polizei als zu scharf radelten. Die Wähler der FDP und der NPD sind heute in ihren Reaktionen auf den Protest im Namen der Studenten am weitesten voneinander entfernt, während die Wähler der beiden großen Parteien sich hier am ähnlichsten sind. Allerdings muß diese Beschreibung vor dem Hintergrund der Häufigkeiten von Einstellung gedeutet werden: es ist einfach für die NPD als Partei, „mehr Härte“ zu einem Thema zu machen; es ist sehr viel schwieriger für die FDP, etwa größere Nachgiebigkeit zu fordern, da ja auch unter ihren Anhängern die Kritiker des Verhaltens der Polizei eine Minderheit bleiben. Insofern die FDP immer noch eine Partei des gebildeten Bürgertums ist, wird sie von den Ambivalenzen im Bürgertum gegenüber den studentischen Protestbewegungen am stärksten betroffen.

Die weitere Entwicklung der Einstellungen ist noch im Fluß. Dies ergibt sich auch aus einer Prüfung der Konsistenz von Antworten. Nur etwa die Hälfte aller Menschen wies in diesem Frühjahr konsistente Einstellungen gegenüber dieser Kulturrevolution der Privilegierten auf: entweder indem durchweg negative oder einheitlich positive Aussagen über den Protest im Namen der Studenten gemacht wurden. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist noch fähig, je nach Definition des Protests diesen unterschiedlich zu beurteilen. Verschiedene Indizien deuten jedoch darauf hin, daß die ersten Überraschungserfolge eines farbigen Protests im Namen der Studenten in einer grauen politischen Landschaft vorüber sind. Schärfere Konfrontationen sind nur dann zu erwarten, wenn sich größere Anteile der Studentenschaft als bisher mit den extremistischen Gruppen solidarisieren sollten; das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Eher könnten die Aktivisten den Protest als Jugendbewegung stilisieren. Eine solche Entwicklung würde die Distanz von Teilen der Jugend gegenüber der Welt der Erwachsenen vergrößern, bei anhaltender Erfolglosigkeit aber eher zu deren Formen abweichenden Verhaltens als zu politisch stabiler Radikalisierung führen.

## 5. Der Protest als Kulturrevolution

Sollte der Protest als Form des Selbstausdrucks Jugendlicher institutionalisiert werden — was allerdings weitgehend von dem Weiterbestehen relativer Entspannung in der internationalen Politik abhängt —, so wird er von einer politischen Bewegung zu einem der vielen sozialen Probleme unter anderen Problemen werden. Seine größere Bedeutung hat er jedoch wahrscheinlich als Indiz für Spannungen in der Welt der Erwachsenen selbst.

Mir scheint die sogenannte studentische Revolte ein Oberflächenphänomen zu sein, dessen manifeste Ziele nur Ansatz und nicht Ursache sind. In dieser Protestbewegung scheint sich zum wiederholten Male eine Diagnose von Max Weber zu bestätigen. Die zunehmende Differenzierung der Gesellschaft und die steigende Bedeutung technischen Wissens (im Sinne der Qualifikation zu Aussagen: „richtig“ oder „falsch“) wird als Prozeß der Entzauberung empfunden. Rationalisierung des Lebens außerhalb der Intimgruppen und zunehmende Komplexität des Lebens verursachen immer wieder Gegenrevolten. In ihnen wird Unmittelbarkeit der Erfahrungen verwirklicht — und diese Chance der Emotionalisierung (und nicht die konkreten Ziele) ist die bedeut-

samste Funktion solcher Gegenrevolten für die Beteiligten.

Die Mißverständnisse über den Charakter dieser Proteste im Namen der Studenten werden durch die marxistische Rhetorik verursacht — und diese Mißverständnisse werden verstärkt dadurch, daß sie von Akteuren und von einem relevanten Publikum geteilt werden. Orientieren sich die Urteile jedoch an konkreten Verhaltensakten, wird die soziale Situation der Akteure berücksichtigt und nimmt man verbales Verhalten zunächst nur als Rohmaterial, verhält man sich also als Sozialwissenschaftler anstatt als Geistesgeschichtler, so wird diese Bewegung als eine der Gegenrevolten zu der Entzauberung und Technisierung der Welt verständlich. Daß diese Gegenrevolte Jugendliche und insbesondere Studenten als Träger hat, ist indirekter Ausdruck für die Stärke integrativer Faktoren bei denjenigen, welche die Inhalte für diese Proteste bereitstellen: erwachsene Intellektuelle und generell das „gebildete Bürgertum“. Es ist unwahrscheinlich, daß diese Industriegesellschaften mit dem Knall einer Revolution enden; wenn überhaupt, so wäre ihr Ende das Wimmern einer zunehmenden Malaise.

# Marxistische Positionen und linke Studentenopposition in der Bundesrepublik

## I. Der Marxismus in Deutschland

### Der Stand vor dem Zweiten Weltkrieg

Bis zum Ersten Weltkrieg war Deutschland ein ausgesprochenes Exportland für Marxismus. Von den Gründervätern Marx und Engels ganz abgesehen, war eine Gestalt wie Karl Kautsky nicht nur der Lehrer des deutschen, sondern des internationalen Proletariats. Lenin war in vielem sein Schüler<sup>1)</sup>. Aber auch Bebel und der alte Liebknecht, Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein (der sich durchaus als Marxist empfand)<sup>2)</sup>, Heinrich Cunow und Franz Mehring genossen internationale Reputation als marxistische Theoretiker. Nimmt man zu den deutschen Marxisten die sogenannten Austromarxisten hinzu — was man unbedenklich tun darf, da die österreichischen Marxisten überwiegend großdeutsch dachten —, so kann man weitere glanzvolle Namen auf die Liste setzen: Victor und Friedrich Adler, Max Adler, Otto Bauer, Karl Renner und last not least Rudolf Hilferding, dessen Buch „Das Finanzkapital“ (1910) in solchem Ansehen stand, daß man es als den vierten Band des (bekanntlich dreibändigen) „Kapital“ von Marx bezeichnete. Kurz — Deutschland und Österreich waren das Zentrum des internationalen Marxismus; die Schriften der deutschsprachigen Marxisten wurden überall auf der Welt studiert — nicht zuletzt von den russischen Berufsrevolutionären Lenin, Trotzki und Stalin.

Der Erste Weltkrieg stürzte die internationale und insbesondere die deutsche Arbeiterbewegung in eine Krise, von der sie sich nie wieder erholen konnte. Er rückte die Kluft zwischen Theorie und Praxis, die sich in der deut-

schen sozialdemokratischen Partei bereits vor dem Kriege abgezeichnet hatte, in grellestes Licht. Während die marxistische Parteilinke zusammen mit Lenin die internationalen kriegerischen Verwicklungen, die sie heraufkommen sah, als rein bourgeoise und imperialisti-

#### INHALT

##### I. Der Marxismus in Deutschland

Der Stand vor dem Zweiten Weltkrieg

Marxistische Neuansätze

Die akademische Marx-Diskussion

Marxistische Positionen im engeren Sinn

Die Bundesrepublik als Klassengesellschaft

Die manipulierte Öffentlichkeit

Die „kritische Theorie“

Die Überwindung des eindimensionalen Menschen

##### II. Die linke Studentenopposition

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)

Kritischer Attentismus

Marxistischer Traditionalismus

Demonstrativer Aktivismus

Die Bundesrepublik angesichts der Revolte der Jugend

sche Angelegenheit denunzierte, worin sich die Arbeiterklasse nur insofern engagieren dürfe, als sie den Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg überzuleiten habe, redete die reformistische Parteilinke, die den Apparat der Partei beherrschte, alsbald vom nationalen Verteidigungskrieg und von „Deutschlands

<sup>1)</sup> Vgl. dazu Tayeb Lahdiri, Lenins Revolutionstheorie und Kautskys Kritik an der bolschewistischen Revolution, phil. Diss., Frankfurt 1965.

<sup>2)</sup> Vgl. etwa Eduard Bernstein, Was ist der Marxismus? Eine Antwort auf eine Hetze, Berlin o. J. (nach 1914).

ärmstem Sohn", der „in der Stunde der Gefahr auch der getreueste war“ (Karl Bröger).

Der von Kautsky formulierte zentristische Marxismus — die sozialdemokratische Integrationsideologie als kleinster gemeinsamer Nenner, worauf sich wenigstens verbal die marxistische Linke und die reformistische Rechte (soweit diese sich nicht zu Bernstein bekannte) einigen konnten<sup>3)</sup> — dissoziierte endgültig in den revolutionären Luxemburgismus-Leninismus auf kommunistischer und in einen mehr oder weniger linken Praktizismus von fragwürdigem theoretischem Status auf sozialdemokratischer Seite. Was in der Sozialdemokratie von marxistischer Theorie übriggeblieben war, trug alle Anzeichen von Verfall. Der Marxismus des zweibändigen Kautskyschen Alterswerks „Die materialistische Geschichtsauffassung“ (1927) war zu einer dünnen Evolutionslehre geschrumpft, derzufolge der Sozialismus mit Naturnotwendigkeit aus dem Kapitalismus herauswachsen müsse — eine Entwicklung, die sich auch ohne revolutionäre Erschütterungen auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie vollziehen könne. Hilferding, der berühmteste marxistische Nationalökonom der Sozialdemokratie, versuchte in seiner großen Rede auf dem Kieler Parteitag der SPD von 1927, unmittelbar vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, nachzuweisen, daß es mit der Sache der Republik und deren Wirtschaft zum besten stehe und daß der Sozialismus auf parlamentarischem Wege, indem man die Staatsmacht erobere, verwirklicht werden könne<sup>4)</sup>.

Die Weltwirtschaftskrise belehrte die Marxisten, daß sie die Marxsche politische Ökonomie und ihre Krisentheorie zu früh aus dem Blickwinkel verloren hatten. Doch für eine Regeneration der Marxschen politischen Ökonomie und damit des Marxismus überhaupt war es zu spät. Zwar waren am Rande der großen Zweige der Arbeiterbewegung, der immer stärker von der Sojwetunion abhängigen KP und der immer reformistischer werdenden SPD, tiefschürfende Arbeiten entstanden, die den evolutionär und positivistisch verwässer-

<sup>3)</sup> Dazu Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: Marxismusstudien, zweite Folge, Tübingen 1957, S. 151—197.

<sup>4)</sup> Vgl. „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Hilferding auf dem Parteitag zu Kiel Mai 1927. Hrsg. v. Vorstand der SPD“.

ten Marxismus wieder in seinen ursprünglichen philosophischen Kontext stellten. Georg Lukács in seinem Werk „Geschichte und Klassenbewußtsein“ (1923) und Karl Korsch in „Marxismus und Philosophie“ (1923/1930) rekonstruierten den Hegelianer Marx und wurden dafür von der kommunistischen wie von der sozialdemokratischen Orthodoxie gleichermaßen gescholten. Fritz Sternberg und Henryk Grossmann erneuerten im Anschluß an Rosa Luxemburg die marxistische Imperialismustheorie. Fritz Sternberg, Max Adler und Anna Siemsen versuchten innerhalb der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP), die sich 1931 von der SPD abgespalten hatte, eine wiederbelebte marxistische Theorie mit der Praxis der Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen<sup>5)</sup>.

Im Jahre 1932 wurden die berühmten „Pariser Manuskripte“ von Marx zum ersten Male herausgegeben, was der Marxforschung neue Impulse gab. Bei dieser Edition war übrigens Herbert Marcuse, der neuerdings im Zusammenhang mit den Aktivitäten der studentischen Linken so viel von sich reden macht, maßgeblich beteiligt. Im Jahre 1930 wurde Max Horkheimer Direktor des „Instituts für Sozialforschung“ in Frankfurt/M. In der von ihm seit 1932 herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialforschung“ wurden, inspiriert von einem hegelianisch gedeuteten Marxismus, Arbeiten publiziert, die so bedeutend sind, daß sie die marxistische Forschung heute noch beeinflussen. Doch alle diese hier nur kurz aufgezählten Ansätze zu einer Regenerierung des Marxismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik — wobei unbedingt noch an die Arbeiten von Ernst Bloch und Walter Benjamin gedacht werden muß — konnten sich nicht zu einer neuen Analyse des allmählich sich zum Faschismus wandelnden krisenhaften Kapitalismus der frühen dreißiger Jahre zusammenfinden, die der völlig verwirrten Praxis der Arbeiterbewegung hätte zur Orientierung dienen können. Der Faschismus war schneller als eine neue marxistische Analyse der politischen Ökonomie des sich faschisierenden Kapitalismus — er zerstreute die deutschen Marxisten in die Emigration und liquidierte sie, soweit er ihrer habhaft werden konnte (wie etwa Rudolf Hilferding).

<sup>5)</sup> Vgl. dazu Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965.

Die Nazi Herrschaft bedeutete für die Arbeiterbewegung und den Marxismus in Deutschland eine Zäsur, die kaum zu überbrücken war. An die marxistischen Erneuerungsbestrebungen des Beginns der dreißiger Jahre anzuknüpfen war schon deshalb unmöglich, weil die meisten Vertreter dieser marxistischen Renaissance, die das Dritte Reich überlebt hatten, in der Emigration weilten (zumeist in den Vereinigten Staaten) und erst zu Beginn der fünfziger Jahre nach Deutschland zurückkehrten. Vor allem aber wären die beiden neuerstandenen Arbeiterparteien, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei, auch gar nicht in der Lage gewesen, den Marxismus in seiner fortgeschrittensten Interpretation zu rezipieren. Den Kommunisten wurde auf bürokratischem Weg der sterile „Diamat“ und „Histomat“ des sogenannten „Marxismus-Leninismus“ verordnet, den Stalin in seiner Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“ kanonisiert hatte. Die Sozialdemokratie knüpfte, soweit sie nicht von vornherein bernsteinianisch, lassalleanisch oder reformistisch dachte, an den traditionellen Kautskyanismus oder bestenfalls an den linken Austromarxismus an<sup>6)</sup>.

Immerhin wurde eine Reihe Marxscher Schriften, vor allem das „Kommunistische Manifest“ und „Lohnarbeit und Kapital“, die im Dritten Reich zumeist verlorengegangen waren, neu aufgelegt, und in sozialdemokratischen Zeitschriften, wie etwa dem Berliner „Das sozialistische Jahrhundert“, kam die Marxismus-Diskussion zögernd und auf bescheidenem intellektuellem Niveau in Gang. Der Ost-West-Konflikt und die Probleme der politischen Praxis in der unerwarteten wirtschaftlichen Prosperität Nachkriegsdeutschlands, die zentrale Aussagen der Marxschen Theorie zu widerlegen schienen, brachten diese innerpar-

teilichen Diskussionen um den Marxismus ziemlich rasch zum Erliegen<sup>7)</sup>. Nur wenige marxistische Theoretiker, wie etwa der Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth, der Kölner Privatgelehrte Professor Leo Kofler, der Berliner Willy Huhn und der Stuttgarter Betriebsrat Fritz Lamm führten am Rande der SPD oder in anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, z. B. den „Naturfreunden“ oder den „Falken“, die Marx-Diskussion weiter, wobei sie sich jedoch rasch in einen immer stärker werdenden Gegensatz zur Entwicklung der Partei setzten.

Die SPD gab sich 1959 in Bad Godesberg ein Grundsatzprogramm, in welchem sie die „christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie“, dagegen nicht mehr die Lehren von Marx und Engels, als Wurzeln des demokratischen Sozialismus bezeichnete. Das Verhältnis zu den Marxisten, die der SPD und zugleich anderen Gruppierungen, die den neuen Kurs der Partei bekämpften, angehörten, blieb noch für kurze Zeit in der Schwebelage, bis sich der Vorstand der SPD Ende des Jahres 1961 dazu entschloß, die Mitgliedschaft in der SPD für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) und in der sogenannten „Sozialistischen Förderergemeinschaft“ (die zur Unterstützung des SDS gegründet worden war) zu erklären. Seit diesem Unvereinbarkeitsbeschuß sind innerhalb der SPD keine Stimmen von Gewicht mehr laut geworden, die sich auf eine an Marx orientierte Gesellschaftstheorie berufen hätten. In der ohnehin an den Rand gedrängten gesellschaftstheoretischen Diskussion innerhalb der SPD beherrschen nunmehr die gängigen akademischen Spielarten des Positivismus und eines sozialstaatlich orientierten Pragmatismus das Feld<sup>8)</sup>.

### Die akademische Marx-Diskussion

Kam also in den Arbeiterparteien keine sinnvolle Diskussion des Marxismus in Gang, so fand Marx doch zu Beginn der fünfziger Jahre an den Universitäten und in einem breiten

intellektuellen Publikum immer mehr Beachtung. Für dieses akademische Interesse an Marx lassen sich vor allem zwei Gründe nennen.

<sup>6)</sup> Für die Anknüpfung an den Austromarxismus vgl. Ernst Böse, *Materialistische Geschichtsauffassung. Eine kritische Einführung*, Hamburg 1947.

<sup>7)</sup> Vgl. dazu Walter Euchner, *L'œuvre de jeunesse de Marx et Engels. 1945—1963/64* (kommentierte

Bibliographie), in: Istituto Giangiacomo Feltrinelli: *Annali*, Anno Settimo 1964/65, Milano 1965, S. 222—247.

<sup>8)</sup> Vgl. dazu Wolf-Dieter Narr, *CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1966.

Zunächst einmal hatte die schmerzliche Erfahrung, daß sich in einer Kulturnation wie der deutschen der nationalsozialistische Gewaltstaat mit seinen unvorstellbaren Verbrechen gegen die Menschheit etablieren konnte, zu einer moralischen Krise geführt. Es entstand, insbesondere unter jüngeren Menschen, ein lebhaftes Bedürfnis nach Selbstinterpretation und nach Reflexion über die *conditio humana*. Es war dies die Zeit, in der der Existentialismus in allen seinen Spielarten von Sartre bis Heidegger hoch im Kurs stand. In diesen Zusammenhang fiel die Entdeckung des jungen Marx. Von großem Einfluß war hier die Edition der „Pariser Manuskripte“ („Nationalökonomie und Philosophie“) durch Ernst Thier, der in seinem Vorwort die Philosophie des jungen Marx als „existentielle Anthropologie“ charakterisierte<sup>9)</sup>. Besondere Faszination übte die Denkfigur des jungen Marx von der „Entfremdung“ des Menschen aus; Der Mensch, der auf Grund seiner Lage in der Welt zur Arbeit gezwungen ist und sein Bewußtsein durch Arbeit, das heißt durch die Auseinandersetzung mit der Natur, erst eigentlich erwirbt, entäußert sich im Gegenstand seiner Arbeit und stellt sich darin selbst dar. Unter den Bedingungen der Lohnarbeit vermag der Proletarier in seinem Produkt sich nicht mehr selbst anzueignen, da dieses in das Eigentum des Besitzers der Produktionsmittel übergeht; so entfremdet er sich, indem er sein Produkt nicht mehr selbst aneignet und sich darin erkennen kann, von seinem eigenen Wesen. Die Frage, ob die existentialistischen Deutungen dem jungen Marx gerecht werden, der die Entfremdung des Menschen beileibe nicht als ontologische Konstante sah, sondern auf die historische Bedingtheit von Entfremdung hinwies, mag auf sich beruhen bleiben; neuere Arbeiten jedenfalls haben starke Bedenken angemeldet<sup>10)</sup>. An dieser Stelle kommt es nur darauf an,

<sup>9)</sup> Erich Thier, Die Anthropologie des jungen Marx nach den Pariser ökonomisch-philosophischen Manuskripten. Einleitender Essay zu Karl Marx: Nationalökonomie und Philosophie, Köln—Berlin 1950. Jetzt auch gekürzt unter dem Titel „Das Menschenbild des jungen Marx“, Göttingen 1957.

<sup>10)</sup> Vgl. dazu Jürgen Habermas, Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus, in: Jürgen Habermas, Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Neuwied und Berlin 1963, S. 261—335.

auf den Einfluß aufmerksam zu machen, den diese Deutung des Marxismus als radikaler Humanismus unter den jüngeren Theologen beider Konfessionen, vor allem aber unter den evangelischen, besessen hat. Als Beispiel für die von evangelischer Seite betriebene Marx-Forschung können die von Iring Fetscher herausgegebenen und nunmehr in fünf Bänden vorliegenden „Marxismusstudien“ genannt werden, in denen viele richtungweisende Beiträge zum erstenmal veröffentlicht wurden.

Der zweite naheliegende Grund für das Aufleben einer akademischen Marx-Forschung war natürlich das Bestehen des Sowjetsystems und der Sowjetideologie. Das erste Motiv der Marx-Forschung, das Bedürfnis, den geistesgeschichtlichen Standort der eigenen Existenz zu klären, und das zweite Motiv, die als Herausforderung empfundene Sowjetideologie zu untersuchen, durchdrangen sich oft gegenseitig und führten zu geistesgeschichtlich orientierten Studien über die Wandlung des Marxismus und Leninismus bis zum Stalinismus. Die bedeutendsten Arbeiten dieser Art sind Iring Fetschers „Von Marx zur Sowjetideologie“ und seine wichtigen Aufsätze in den „Marxismusstudien“, in denen er als einer der ersten nach dem Kriege auf die Bedeutung von Lukács und Karl Korn für den Marxismus hinwies und das deutsche Publikum auf die Marx-Interpretation des französischen Existentialismus, etwa den von Sartre und Merleau-Ponty, aufmerksam machte.

„Marxismus“ kann man die akademische Marx-Forschung selbstverständlich nicht nennen, selbst wenn sie, beispielsweise auf protestantischer Seite, zu einer Teilrezeption Marxscher Theoreme geführt hat. Die akademische Marx-Forschung war in erster Linie philosophiegeschichtliche Forschung, betrieben vorwiegend in der Absicht der geistigen Selbstverständigung und der Auseinandersetzung mit der Sowjetideologie. Das hohe Niveau vieler akademischer Arbeiten über Marx erleichterte manchem engagierten Marxisten das volle Verständnis der Marxschen Intentionen; insofern beeinflusste die akademische Marx-Forschung den Marxismus im engeren Sinn und hat somit zu Recht ihren Platz in einem Überblick über die Nachkriegsgeschichte des Marxismus in der Bundesrepublik.

An dieser Stelle ist es angezeigt, einige Anmerkungen zu der hier gebrauchten Bezeichnung „marxistische Positionen“ und zu dem sich aufdrängenden Begriff „Neomarxismus“ zu machen. Hierbei ist zunächst zu beachten, daß Marx selbst kein in allen Teilen gleichermaßen ausgeführtes Lehrgebäude hinterlassen hat. Hinzu kommt, daß die moderne Marx-Forschung immer deutlicher zeigt, daß die philosophische und gesellschaftstheoretische Tragweite des Marxschen Ansatzes bei weitem nicht ausgelotet ist <sup>11)</sup>.

Den Marxismus, der in der Lage ist, alle Welt-rätsel zu lösen, gibt es höchstens in den Augen zweitrangiger Marx-Epigonen. Ist aber schon der Umfang des Begriffs „Marxismus“ nicht eindeutig bestimmt, so ist es der des „Neomarxismus“ erst recht nicht. Von einem Neomarxismus könnte nur dann gesprochen werden, wenn es gelungen wäre, die Marxsche Analyse von ihrem Kern her, der Analyse der Warenproduktion, nachzuvollziehen und auf Grund dieses Ansatzes die Veränderungen des kapitalistischen Systems von Marx bis zur Gegenwart sowie die Erscheinungsformen des heutigen Kapitalismus theoretisch zu durchdringen. Da dies bis heute nicht befriedigend gelungen ist und da der Versuch, in Anlehnung an die Marxsche Gesellschaftstheorie die Gegenwart zu begreifen, angesichts der Wandlung kapitalistischer Strukturen zu einer Reihe von Marx-Revisionen führen müßte, kann von einer einheitlichen marxistischen Lehre in der Bundesrepublik wie auch anderswo keine Rede sein.

Der Marxismus in der Bundesrepublik besteht aus einer Vielzahl von mehr oder weniger

eindeutig an Marxschen Thesen und Denkfiguren orientierten *marxistischen Positionen*. Ihr gemeinsames Merkmal kann man in ihrem historisch-kritischen Aspekt sehen: Die an Marx sich anlehrende Gesellschaftstheorie nimmt die Versprechungen bürgerlichen Selbstverständnisses, das eine solidarische Gesellschaft freier und gleicher Bürger ins Auge gefaßt hatte, beim Wort. Sozialwissenschaftliche Methoden, die das Postulat der Wertfreiheit wissenschaftlicher Aussagen verfechten und in deren theoretischen Ansatz das Interesse der Menschheit an der Emanzipation von Unterdrückung nicht eingeht, werden als borniert verworfen. Marxsche Argumente aufgreifend, sehen die kritischen Gesellschaftstheorien die Ursache dafür, daß eine wahrhaft freie und demokratische Gesellschaft bislang nicht verwirklicht werden konnte, daß im Gegenteil bisher erreichte demokratische Positionen von antidemokratischen Kräften bedroht werden, in den Bewegungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft selbst. Oft wird im Anschluß an marxistische Imperialismustheorien (Rosa Luxemburg, Hilferding, Lenin, Fritz Sternberg, Henryk Grossmann) die Ansicht vertreten, daß die großen Kapitalbesitzer der kapitalistischen Weltmächte darauf drängten, Kapital in Länder zu exportieren, in welchen die Anlage von Kapital eine höhere Rendite verspricht; aus diesem Grunde ziele die Politik dieser Großmächte darauf ab, Einflusssphären zu schaffen und zu verteidigen, in denen ohne Gefährdung durch kommunistische oder sozialistische Interventionen Kapital angelegt werden könne. Die Rüstungswirtschaft gilt häufig als Voraussetzung der Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems.

### Die Bundesrepublik als Klassengesellschaft

Eine der marxistischen Positionen, die heute in der Bundesrepublik zu finden sind, geht unmittelbar auf den linkssozialistischen, nicht-kommunistischen Marxismus der Weimarer Republik zurück. Sie wird vor allem von ehemaligen Sozialdemokraten eingenommen, die

sich der marxistischen Interpretation des Weimarer Staates durch Rudolf Hilferding, Max Adler, Otto Bauer und Fritz Sternberg erinnern und die Prinzipien dieser Analyse mehr oder weniger modifiziert auf die Verhältnisse der Bundesrepublik übertragen.

Der bekannteste Vertreter dieser Richtung — der Lassalleaner Kurt Schumacher hatte ihr recht nahe gestanden <sup>12)</sup> — ist der Marburger

<sup>11)</sup> Vgl. dazu die Nachworte von Alfred Schmidt zu Henri Lefèbvre: Probleme des Marxismus, heute, Frankfurt/M 1965; Existentialismus und Marxismus. Eine Kontroverse zwischen Sartre, Garaudy, Hyppolite, Vigier und Orcel, Frankfurt/M 1965; Henri Lefèbvre, Der dialektische Materialismus, Frankfurt/M. 1966.

<sup>12)</sup> Vgl. dazu die Bemerkungen Herbert Wehners in: Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 13 ff.

Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth. Die Bundesrepublik entspricht nach dieser Auffassung dem klassischen marxistischen Modell einer „Klassengesellschaft“. Behauptungen, daß in der Bundesrepublik eine „nivelierte Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) oder eine nicht antagonistische „pluralistische Gesellschaft“ entstanden sei, hielten „einer kritischen Analyse der sozialen Realität nicht stand“<sup>13)</sup>. Freilich entspreche der heutige Kapitalismus nicht mehr dem von Marx analysierten, der von einer Vielzahl selbständiger Warenproduzenten charakterisiert gewesen sei. Der heutige Kapitalismus sei vielmehr, wie von Hilferding gezeigt, durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals gekennzeichnet; er sei „organisierter Kapitalismus“<sup>14)</sup>. Auch die starke Zunahme der Kapitalgesellschaften und damit das Vordringen einer Schicht von Managern, welche, ohne Eigentümer der Produktionsmittel zu sein, dennoch über diese verfüge, ändere nichts daran, daß in letzter Instanz das „Finanzkapital“ (Hilferding) „Herr im Hause, auch gegenüber seinen Direktoren“, bleibe<sup>15)</sup>. Nach wie vor beute die faktisch und rechtlich (etwa durch Steuerbegünstigungen und Investitionshilfegesetze) privilegierte kapitalbesitzende Klasse die Arbeiterklasse aus. Zwar partizipierten auch die Arbeitnehmer an der allgemeinen Prosperität. Dies sei vor allem das Resultat des gewerkschaftlichen Kampfes; außerdem könne das kapitalistische System auf die Arbeitnehmer als Konsumenten nicht verzichten<sup>16)</sup>.

Was die Stellung der Arbeiterklasse im spät-kapitalistischen System der Bundesrepublik betreffe, so erkläre sich das „Verschwinden des im früheren Sinne sozialistischen Bewußtseins aus der existenten Organisationswelt der Arbeit und damit aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik ... in stärkerem Maße aus sehr konkreten geschichtlichen Bedingungen als aus der Veränderung der sozialen Lage der Arbeiter in der Bundesrepublik, nämlich einerseits aus der Vernichtung der alten Kader der Arbeiterbewegung im Dritten Reich, andererseits

aus den Enttäuschungen über die Fehlschläge von sozialen Umgestaltungsbestrebungen nach 1948 und aus ... negativen Erscheinungen in der DDR und aus der Ideologie des kalten Krieges.“<sup>17)</sup> In Zeiten relativer gesellschaftlicher Ruhe bestätige sich immer wieder die Marxsche Einsicht, daß das „herrschende Bewußtsein einer Gesellschaft ... das Bewußtsein ihrer herrschenden Klasse“ sei. Diese Arbeitnehmerschaft ohne Klassenbewußtsein sei hilflos den Manipulationen der Massenmedien und der Massenpresse ausgesetzt. Die sozialdemokratischen Arbeiterführer hätten es nicht verstanden, „das zerstörte Bewußtsein der eigenen Sozialschicht wiederherzustellen“ — im Gegenteil, „sie unterwarf sich in vielen Fällen selbst den Ideologien, die durch die Restauration erzeugt wurden“<sup>18)</sup>. Alle diese Ursachen hätten zur weitgehenden Entpolitisierung der Arbeiterschaft beigetragen.

Das Phänomen des sogenannten Wirtschaftswunders habe jedoch die grundsätzliche Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems nicht beseitigen können. In einer Zeit sinkender Profite und eines abnehmenden Steueraufkommens sähen sich die an der Erhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise interessierten Machthaber gezwungen, künftigen politischen Krisen, die auf Grund von Rezessionen entstehen könnten, durch eine autoritäre „Formierung“ der Gesellschaft vorzubeugen. Mit großem Mißtrauen betrachtete man Ludwig Erhards Programm einer „Formierten Gesellschaft“, die, wie man befürchtete, vor allem auf eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmerschaft abzielte. In diesem Zusammenhang der „Formierung“ der Gesellschaft der Bundesrepublik sehen Abendroth und andere den Entwurf einer Notstandsgesetzgebung, gewisse Tendenzen der „Konzertierten Aktion“, die auf einen Abbau der Tarifautonomie hindeuten scheinen, und überhaupt die generelle Neigung der beiden großen Parteien, mit dem Grundgesetz und mit dem Wahlrecht zu experimentieren: Alle diese Versuche seien geeignet, die bisher erreichte Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft wieder zurückzunehmen<sup>19)</sup>.

<sup>13)</sup> Wolfgang Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Neuwied und Berlin 1967, S. 25.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 479.

<sup>15)</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>16)</sup> Ebenda, S. 358.

<sup>17)</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>18)</sup> Ebenda, S. 79.

<sup>19)</sup> Ebenda S. 109 ff. Vgl. auch die Programmatik der von Abendroth beeinflussten „Sozialistischen Opposition“ in den „Informationen der Sozialistischen Opposition“, Frankfurt/M 1967, fortlaufend.

Während man die gesellschaftstheoretische Position Abendroths mit einigem Recht als orthodoxen Marxismus bezeichnen kann, da sie, was die Revision Marxscher Lehrstücke betrifft, kaum über Hilferding hinausgeht, so stellt Jürgen Habermas (der sein berühmtes Buch „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ Abendroth gewidmet hat) zentrale Theoreme des Marxschen Systems in Frage. Habermas hält der Marxschen Prognose „vier Fakten“ entgegen:

Erstens sei der Bereich des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit nicht mehr allein einer politikfreien Sphäre der Gesellschaft zuzuordnen; Politik greife vielmehr im „organisierten Kapitalismus“ in die ökonomische Basis unmittelbar ein; deshalb könne man auch nicht mehr von einer Trennung der Sphäre einer aus Privatleuten bestehenden Gesellschaft und der staatlichen Sphäre ausgehen; diese Trennung sei vielmehr „zugunsten einer wechselseitigen Verschränkung aufgehoben“.

Zweitens sei in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Lebensstandard so weit gestiegen, daß „Entfremdung“ ihre „ökonomisch sinnfällige Gestalt des Elends eingebüßt“ habe.

Drittens habe sich unter diesen Verhältnissen „der designierte Träger einer künftigen sozialistischen Revolution, das Proletariat, als Proletariat, aufgelöst.“ Zwar sei die Existenz der Masse der Bevölkerung nach wie vor „proletarisch“, doch das Bewußtsein davon als Klassenbewußtsein sei heute auch in den Kernschichten der Arbeiterschaft nicht festzustellen.

Viertens habe die Etablierung des Sowjetsystems in einem so zurückgebliebenen Land wie der Sowjetunion, die zu einer Funktions- und Kaderherrschaft führen mußte, den Marxismus am meisten gelähmt. Die aus dem Kriege als Weltmacht hervorgegangene Sowjetunion habe jedoch die Führungskräfte des Westens zur „äußersten Wachsamkeit über die Stabilität ihres Systems“ bewegt; so sei im Westen eine „Art institutionalisierte Dauerreform“ entstanden, „so daß eine Selbstregulierung des Kapitalismus durch Kräfte der ‚Selbstdisziplin‘ als möglich erscheint.“<sup>20)</sup>

Habermas geht den Gründen nach, die zu dieser Abweichung des Verlaufs der gesellschaftlichen Entwicklung von der Marxschen Prognose geführt haben, und legt hierbei die kritische Sonde an das eigentliche Kernstück aller marxistischer Analyse: die Mehrwerttheorie und die damit verknüpfte Lehre vom tendenziellen Fall der Profitrate. Dieses Gesetz, nach dem die Profitrate sinken müsse, wenn auf Grund der von der Konkurrenz erzwungenen Rationalisierung der Anteil des in den arbeitsparenden Maschinen steckenden „konstanten“ Kapitals steigt, liegt der Marxschen Krisentheorie zugrunde und ist somit das entscheidende Moment des Gesamtzusammenhangs des Marxschen Systems: Die Krisen, die zu periodisch wiederkehrender gesteigerter Massenarbeitslosigkeit und Verelendung führen, lassen das Klassenbewußtsein des Proletariats und im revolutionären Proletariat das historische Subjekt der Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus entstehen.

Habermas äußert die Vermutung, daß die Konzeption der wertschaffenden Arbeit bei Marx, die nur die unmittelbar produktive Arbeit umfasse, unzulänglich sei, da sie die intellektuellen Vorbereitungs- und Entwicklungsarbeiten für die Rationalisierung der Produktion nicht in Rechnung stelle. Unter den Voraussetzungen der klassischen Arbeitswerttheorie jedenfalls lasse sich offenbar der tatsächliche Wertzuwachs der letzten achtzig Jahre nicht erklären. Deshalb empfehle sich die Erwägung, „ob nicht Rationalisierungsarbeiten als produktive Arbeit zweiter Ordnung verstanden und gewertet werden sollten, als eine zwar unselbständige, weil auf produktive Arbeit erster Ordnung angewiesene, aber zusätzliche Quelle der Wertbildung. Diese Arbeiten sind einerseits nicht produktiv im Sinne der unmittelbaren Gütererzeugung; gleichwohl verändern sie deren Voraussetzungen derart, daß aus ihr nicht nur mehr Mehrwert, sondern insgesamt mehr Tauschwerte hervorgehen.“<sup>21)</sup>

Ist aber die Annahme richtig, so führt Habermas seinen Gedanken weiter, daß der so „aus doppelter Quelle gespeiste Mehrwert“ aus-

<sup>20)</sup> Jürgen Habermas, Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik, in: Theorie und Praxis, S. 162 ff.

<sup>21)</sup> Ebenda, S. 193.

reiche, eine angemessene Profitrate und zugleich ein steigendes Niveau der Reallöhne zu sichern, so wäre „eine politische Regulierung der Distributionsverhältnisse . . . mit den Bedingungen einer an Profitmaximierung orientierten Produktion nicht unvereinbar.“<sup>22)</sup> Unter dieser Bedingung lasse sich eine schrittweise, nicht-revolutionäre Demokratisierung der Gesellschaft, die Wirtschaftsordnung einbezogen, denken. Voraussetzung einer wahrhaften Emanzipation des Menschen sei jedoch, daß bei einem Höchststand der Erzeugung von Gebrauchswerten die vom Profitmotiv ständig vorangetriebene Akkumulation unterbrochen und ein Kreislauf der einfachen Reproduktion hergestellt werde.

Eine Gesellschaft aber, die sich nicht dazu entschließen könne, das alles beherrschende Motiv der Kapitalverwertung und Profitmaximierung abzulösen und statt dessen den Individuen „von notwendiger Arbeit wie von gelenktem Verbrauch weithin entlastetes Leben“ zu gewähren, laufe Gefahr, in einer zwar reichen, aber weiterhin repressiven Gesellschaft zu versteinern. Das Krisenbild einer solchen „eindimensionalen Gesellschaft“ (Herbert Marcuse) „wäre durch einen weithin gestreuten, aber unter Zwang realisierten Reichtum der Massen selbst geprägt, für dessen Steigerung, über die Grenze des lebensnotwendigen Lebensüberflusses hinaus, sie freilich in der Münze fremd geregelter Arbeit und eines fremdgesteuerten Verbrauchs den Preis der vorenthaltenen Mündigkeit entrichten müßten.“<sup>23)</sup> Die Chancen zu einer solchen Emanzipation der Massen zur Mündigkeit würden allerdings durch den internationalen Konflikt der Weltmächte beeinträchtigt.

Für eine entscheidende Bedingung der Demokratisierung einer Gesellschaft hält Habermas die Herstellung einer Öffentlichkeit, die diesen Namen tatsächlich verdient. Erst sie ließe es zu, gesellschaftliche Interessenlagen zu klären und politische Alternativen rational zu diskutieren. In einer berühmt gewordenen Untersuchung „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962) hatte Habermas nachgewiesen,

daß es im fortgeschrittenen Kapitalismus eine Öffentlichkeit, die in der Blütezeit des bürgerlichen Liberalismus von einem politisch räsionierenden Publikum von Privatleuten dargestellt worden war, nicht mehr gebe. An Stelle dieser Öffentlichkeit, die den Anspruch erhoben habe, im Wettstreit der Meinungen das politisch Richtige zu ermitteln, sei heute die Manipulation der Öffentlichkeit durch das Wechselspiel von Parteien, Verbänden und den Staatsapparat selbst getreten. Aus diesem Zustand der Verschleierung wirklicher Interessenlagen durch eine manipulierte Öffentlichkeit, die dem demokratischen Öffentlichkeitsgebot straks zuwiderläuft, folgert Habermas, daß in einer Zeit der Verstaatlichung der Gesellschaft und der Vergesellschaftung des Staates das Öffentlichkeitsgebot auf *alle* staatsbezogenen agierenden Organisationen, das heißt auf Parteien und Verbände, ausgedehnt werden müsse. Öffentlich dürfe eine Meinung nur dann heißen, wenn „sie zugleich aus einer organisationsinternen Öffentlichkeit des jeweiligen Mitgliederpublikums als auch aus der zwischen den gesellschaftlichen Organisationen und den staatlichen Institutionen selber diskutierten Öffentlichkeit hervorgeht.“<sup>24)</sup>

Das Nahziel, das sich aus Habermas' politischen Überlegungen ergibt, ist die Demokratisierung der sozialstaatlich verfaßten Industriegesellschaft, indem durch Herstellung von Öffentlichkeit Machtkonstellationen und Interessenlagen durchsichtig gemacht werden. Nur so lasse sich der Vollzug sozialer und politischer Gewalt vernünftig gestalten<sup>25)</sup>. An der Verwirklichung dieses Zieles lasse sich ablesen, „ob der Vollzug von Herrschaft und Gewalt als eine gleichsam negative Konstante der Geschichte beharrt“ oder ob diese als historische Kategorien substantiellen Veränderungen zugänglich seien<sup>26)</sup>. Die Würfel hierüber sind, dem Denken von Habermas zufolge, noch nicht gefallen; die Perspektive einer repressionsfreien Gesellschaft wahrhaft emanzipierter Bürger bleibt göltig.

<sup>22)</sup> Ebenda, S. 197.

<sup>23)</sup> Ebenda, S. 199.

<sup>24)</sup> Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962, S. 268.

<sup>25)</sup> Ebenda, S. 253.

<sup>26)</sup> Ebenda, S. 270.

Als „kritische Theorie“ bezeichnen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno die gesellschaftstheoretische Denkweise, die sie in den dreißiger und frühen vierziger Jahren zusammen mit anderen bedeutenden Mitarbeitern des „Instituts für Sozialforschung“, etwa Herbert Marcuse, Leo Loewenthal und Friedrich Pollock, entwickelt hatten. Diese Denkweise entstand vor allem in der Auseinandersetzung mit den Lehren von Hegel, Marx und Freud: Mit Hegel wird Gesellschaft als System begriffen, worin die einzelnen, indem sie ihren Partikularinteressen folgen, sich unentrinnbar in gegenseitige Abhängigkeit begeben; mit Marx wird Gesellschaft als antagonistisches System gesehen, das auf den historisch gewordenen und also veränderbaren Bedingungen der Arbeitsteilung, Warenproduktion und Lohnarbeit beruht und alle gesellschaftlichen Erscheinungen unter sein Gesetz der Kapitalverwertung bringt; die dadurch bewirkte Entstellung und Unterdrückung des Menschen, so wird im Anschluß an Freud angenommen, führt, indem sie libidinöse Potenzen absorbiert, zu einem Überschuß an Aggressivität in der Gesellschaft. Die kritische Theorie ist jeder Soziologie und Philosophie entgegengesetzt, welche die bestehenden Verhältnisse als unabänderlich sanktionieren.

Max Horkheimer, Jahrgang 1895, Sproß einer schwäbischen Fabrikantenfamilie, wurde 1930 Direktor des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“. Er ist offenbar in den frühen dreißiger Jahren, ausgehend von einer radikal-demokratischen, bürgerlichen Position, deren Leitbild die Versprechungen des frühen Bürgertums „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ war, von der Marxschen Kritik am Bürgertum, dessen praktisches Verhalten seinen eigenen Idealen zuwiderlaufe, beeinflusst worden. In brillanten Aufsätzen, die zumeist in der von ihm gegründeten „Zeitschrift für Sozialforschung“ erschienen sind, versuchte Horkheimer zu zeigen, daß die Struktur der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden bürgerlichen Produktionsweise selbst verhindere, daß die bürgerlichen Ideale der Freiheit und der Selbstbestimmung eines jeden Individuums verwirklicht werden könnten.

Das Profitmotiv, so meinte Horkheimer mit Marx, wersetze sich jeder Realisierung der bürgerlichen Ideale. „Das gesellschaftliche Ganze lebt durch Entfesselung der Eigentumsinstinkte aller einzelnen. Indem sie sich um

Gewinn, Erhaltung und Vermehrung von eigenem Besitz bekümmern, wird es erhalten. . . . Der Prozeß vollzieht sich nicht unter der Kontrolle eines bewußten Willens, sondern als Naturvorgang. Das Leben der Allgemeinheit ergibt sich blind, zufällig und schlecht aus der chaotischen Betriebsamkeit der Individuen, der Industrien und der Staaten. Diese Irrationalität drückt sich in dem Leiden der Mehrzahl aller Menschen aus. . . . Heute wird behauptet, die bürgerlichen Ideen Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hätten sich als schlecht erwiesen; aber nicht die Ideen des Bürgertums, sondern Zustände, die ihnen nicht entsprechen, haben ihre Unhaltbarkeit gezeigt. Die Losungen der Aufklärung und der französischen Revolution haben mehr als je ihre Gültigkeit.“<sup>27)</sup>

Aber nicht genug damit, daß die Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft selbst verhindert, daß die bürgerlichen Ideale verwirklicht werden können: die von der anarchischen Produktionsweise des Privatkapitalismus herrührende gesellschaftliche Unordnung, die sich mit dem tendenziellen Fall der Profitrate noch verstärkte, treibe aus der liberalen gesellschaftlichen Verfassung notwendig autoritäre Regierungsformen und letztlich den Faschismus heraus. Harmonie und Progressionsmöglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, so heißt es in einem 1939 in der Emigration entstandenen Aufsatz „Die Juden in Europa“, hätten sich als Illusion entlarvt. Gerade wegen des technischen Fortschritts sei die vorausgesagte Krise permanent geworden. „... die totalitäre Ordnung ist nichts anderes als ihre Vorgängerin, die ihre Hemmungen verloren hat. Wie alte Leute zuweilen so böse werden, wie sie im Grunde immer waren, nimmt die Klassenherrschaft am Ende der Epoche die Form der Volksgemeinschaft an. Den Mythos der Interessenharmonie hat die Theorie zerstört; sie hat den liberalen Wirtschaftsprozess als Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen vermittelt freier Verträge dargestellt, die durch die Ungleichheit des Eigentums erzwungen werden. Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft. Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft.“ Und, in einem von den linken Studenten viel zitierten Satz: „Wer

<sup>27)</sup> Max Horkheimer, Materialismus und Moral, in: Zeitschrift für Sozialforschung, II (1933), S. 166; 184 f.

aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Horkheimer ist 1950 aus der Emigration in die Vereinigten Staaten nach Frankfurt/M. zurückgekehrt, wo er das „Institut für Sozialforschung“ wieder errichtete. Er lehrte dort weiter zusammen mit seinem Freund Adorno seine von Hegel und Marx beeinflusste Soziologie, deren zentrale These lautet, daß das System der bürgerlichen Gesellschaft die überkommene Herrschaft des Menschen über den Menschen perpetuiert und immer mehr verhärte: „Hatten in der vorbürgerlichen Welt die wirtschaftlich relevanten Beziehungen auf der blind vorgegebenen Abhängigkeit von Individuen und Gruppen, auf Geburt beruht, so sollte Gerechtigkeit in der bürgerlichen Ordnung durch das anonyme Medium des Geldes gestiftet werden, in dem die Unterschiede der Personen untergehen. Mittels seiner setzte von Anfang an die labilere, aber nicht weniger prononcierte Hierarchie sich durch, die im Schoß der alten sich gebildet hatte. Weniger starr und weniger durchsichtig als im Ständestaat, jedoch keineswegs rational, vollzog sich von nun an die Einordnung der Menschen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Der Liberalismus transformierte die bürgerliche Hierarchie in immer kompaktere und gewaltigere Machtkonstellationen.“<sup>28)</sup>

Was aber die Chance betrifft, diese Machtkonstellationen zu durchbrechen, so wurde sie von Horkheimer mit zunehmender Skepsis beurteilt. Das Versagen der europäischen, insbesondere aber der deutschen, sozialistischen Parteien, vor allem aber das Aufkommen eines sich auf Marx berufenden Totalitarismus schienen ihm darauf hinzudeuten, daß das Proletariat nicht länger die Kraft besitze, die bestehenden Verhältnisse zu überwinden und eine gerechte sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Es hat den Anschein, als sei Horkheimer nunmehr zu der Überzeugung gelangt, daß es Aufgabe des noch freiheitlich gesonnenen Teils der Bürger sei, jenen aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst stammenden Tendenzen, die den bürgerlichen Freiheiten zuwiderlaufen, entgegenzutreten, um wenigstens einen Restbestand des alten bürgerlichen Liberalismus zu retten.

<sup>28)</sup> Max Horkheimer, Soziologie und Philosophie, in: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Sociologica II, Reden und Vorträge, Frankfurt/M. 1962, S. 6.

Seine Altersposition explizierte Horkheimer im Vorwort zu seinem jüngst erschienenen Sammelband „Zur Kritik der instrumentalen Vernunft“ (1967): „Am Ende des Nationalsozialismus, so glaubte ich damals, werde in den fortgeschrittenen Ländern, sei es durch Reformen oder Revolution, ein neuer Tag anbrechen, die wahre menschliche Geschichte beginnen. Mit den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus hatte ich gemein, die kulturellen Errungenschaften der bürgerlichen Epoche, freie Entfaltung der Kräfte, geistige Produktivität, nicht mehr gezeichnet durch Gewalt und Ausbeutung, müßten in der Welt sich ausbreiten. Was ich seit jener Zeit erfahren habe, ließ mein Denken jedoch nicht unberührt. Die Staaten, die sich kommunistisch nennen und derselben Marxschen Kategorien sich bedienen, denen meine theoretische Anstrengung so viel verdankt, sind dem Anbruch jenes neuen Tages heute gewiß nicht näher als die Länder, in denen, zur Stunde wenigstens, Freiheit des einzelnen noch nicht erloschen ist.“<sup>29)</sup>

Der 1903 geborene Theodor W. Adorno war bereits vor 1933 Mitarbeiter des „Instituts für Sozialforschung“. Mit Horkheimer eng befreundet, ging er mit ihm in die Emigration, aus der er 1949 an die Frankfurter Universität zurückkehrte. Sein Denken sprengt die engen Grenzen bloßer Fachwissenschaft: Gleichermaßen zu Hause in Philosophie, Soziologie, Literatur und Musik, sucht er vor allem die kulturellen Phänomene der bürgerlichen Gesellschaft mit einer kritischen Theorie zu begreifen und darzutun, inwieweit sie Ausdruck der Strukturgesetze dieser bürgerlichen Gesellschaft selbst sind. Die bürgerliche Gesellschaft gehorcht den Gesetzen des Warentausches; sie sind es, die alle gesellschaftlichen Erscheinungen in ihren Bann schlagen:

„Das Gesetz, nach dem die Fatalität der Menschheit abrollt, ist das des Tausches. Das aber ist selber keine bloße Unmittelbarkeit, sondern begrifflich: der Tauschakt impliziert die Reduktion der gegeneinander zu tauschenden Güter auf ein ihnen Äquivalentes, Abstraktes, keineswegs, nach herkömmlicher Rede, Materielles. Diese vermittelnde Begrifflichkeit jedoch ist keine allgemeine Formulierung durchschnittlicher Erwartungen, keine

<sup>29)</sup> Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentalen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende, hrsg. v. Alfred Schmidt, Frankfurt/M. 1967, S. 8.

verkürzende Zutat der Ordnung stiftenden Wissenschaft, sondern ihr gehorcht die Gesellschaft selbst, und sie liefert das objektiv gültige, vom Bewußtsein der einzelnen ihr unterworfenen Menschen ebenso wie von dem der Forscher unabhängige Modell alles gesellschaftlich wesentlich Geschehenden. Mag man, gegenüber der leibhaftigen Realität und allen andfesten Daten, dies begriffliche Wesen allein nennen, weil es beim Äquivalententusch mit rechten Dingen und doch nicht mit rechten Dingen zugeht; es ist doch kein Schein, dem organisierende Wissenschaft die Realität sublimierte, sondern dieser immanent. Auch die Rede von der Unwirklichkeit sozialer Gesetze hat ihr Recht nur als kritisches, mit Hinblick auf den Fetischcharakter der Ware. Der Tauschwert, gegenüber dem Gebrauchswert ein bloß Gedachtes, herrscht über das menschliche Bedürfnis und an seiner Stelle; der Schein über die Wirklichkeit. Insofern ist die Gesellschaft der Mythos und dessen Aufklärung heute wie je geboten. Zugleich aber ist jener Schein das Allerwirklichste, die Formel, nach der die Welt verhext ward." <sup>30)</sup>

Dieses Zitat weist unmittelbar auf das erste Kapitel im ersten Band des „Kapital“ zurück, in dem Adorno entscheidende Anregungen verankert. In diesem Kapitel, das auch den berühmten Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware enthält, hatte Marx ausgeführt, daß die privaten Warenproduzenten sich unzutreffende Vorstellungen über den privaten Charakter ihrer Arbeit machten. Privatarbeit kann überhaupt nur Waren produzieren, wenn sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit, der in der aufgewandten Arbeitszeit zu messenden Summe aller Privatarbeiten, steht. Denn die gesellschaftliche Gesamtarbeit, die im Geld zum Ausdruck kommt, stellt die Äquivalentenbasis dar, ohne die überhaupt kein Tausch denkbar wäre; jede Privatarbeit, die fremde Produkte für ihr eigenes Produkt erhalten möchte, bezieht sich auf sie. Die gesellschaftliche Gesamtarbeit ist eine Abstraktion von der tatsächlichen Verschiedenheit der real vorhandenen Arbeitsprodukte, den Gebrauchswerten, aber, nenngleich als Abstraktion nichts Materielles, dennoch wirklich. Denn die gesellschaftliche Gesamtarbeit als Wert oder Geld gesehen herrscht in einer warenproduzierenden Gesellschaft über alle gesellschaftlichen Beziehungen. Insofern kann Adorno sagen, der Tausch-

wert, der die Äquivalentenbasis, den gemeinsamen Nenner, allen Tausches ausmacht, sei „das Allerwirklichste“, er sei „die Formel, nach der die Welt verhext ward“. Der Tauschwert hat die Welt deshalb verhext, weil er, Marx zufolge, als Natureigenschaft der Ware erscheint, während er in Wirklichkeit ein gesellschaftliches Verhältnis, nämlich die bürgerliche Produktionsweise, und in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft abhängige Arbeit enthält und voraussetzt. So werden der gesellschaftliche Charakter der Privatarbeit und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter verschleiert (Verdinglichung); der historisch gewachsene (und damit veränderbare) Charakter der spezifisch bürgerlichen Produktionsweise wird als „Naturform des gesellschaftlichen Lebens“ begriffen <sup>31)</sup>.

Adorno übt selten explizite Gesellschaftskritik; diese stellt sich bei ihm vielmehr implizit durch die Kritik an philosophischen und soziologischen Richtungen und an kulturellen Phänomenen wie Musik, Literatur, Architektur und Film her, die bewußt oder unbewußt die bestehenden Verhältnisse feiern oder doch als natürlich und ewig begreifen. So haben seine Texte häufig etwas Palimpsestartiges an sich, was ihm oft den Beifall eines kulinarischen Publikums einbringt, das nicht zu erkennen vermag, daß „noch im esoterischen Gespinnst der ästhetischen Reflexionen ... etwas vom längst verdrängten Echo einer Kritik der Politischen Ökonomie“ hängt (Habermas) <sup>32)</sup>.

In der Tat haben Adornos Reflexionen die Perspektive der Veränderbarkeit einer als repressiv erkannten Gesellschaftsordnung bewahrt — ob sie nun die philosophischen Systeme perhorreszieren, weil sie analog der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft alles Existierende auf den Äquivalenzbegriff der Identität bringen wollen und dabei das entgegenstehende, nicht vom Begriff zu erfassende Andere eliminieren, die verschwiegen apologetische Funktion des existentialistischen „Jargons der Eigentlichkeit“ enthüllen, oder der positivistischen Soziologie ankreiden, sie könne Gesellschaft nicht begreifen, weil sie, um sie zu erforschen, von außen her willkürlich „zugerüstete“ Kriterien an sie herantrügen: „Die immanente Entfaltung der Produktivkräfte, die menschliche Arbeit bis zu einem Grenzwert überflüssig macht, birgt das Poten-

<sup>31)</sup> Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin 1960, S. 76 ff.

<sup>32)</sup> Habermas, Theorie und Praxis, S. 170.

Theodor W. Adorno, Soziologie und empirische Forschung, in: Sociologica II, S. 216.

tial von Änderung; die Abnahme der Quantität von Arbeit, die technisch heute bereits minimal sein könnte, eröffnet eine neue gesellschaftliche Qualität, die sich nicht auf einsinnigen Fortschritt zu beschränken brauchte, wenn nicht einstweilen die Drohung, die eben daraus den Produktionsverhältnissen erwächst, das Gesamtsystem dazu verhielte, in seine bornierte Tendenz unerbittlich sich zu verbeißen. Vollbeschäftigung wird zum Ideal, wo Arbeit nicht länger das Maß aller Dinge sein müßte." <sup>33)</sup>

Noch in Adornos neuestem Werk „Negative Dialektik“ heißt es: „Je weiter die Produktivkräfte sich steigern, desto mehr verliert die Perpetuierung des Lebens als Selbstzweck die Selbstverständlichkeit. . . . Die nach dem Stand der Produktivkräfte überflüssige Anstrengung wird objektiv unreal, darum der Bann zur real herrschenden Metaphysik. Das gegenwärtige Stadium der Fetischisierung von Mitteln als Zwecken der Technologie deutet auf den Sieg jener Tendenz bis zum offenbaren Widersinn: ehemals rationale, doch überholte Verhaltensweisen werden von der Logik der Geschichte unverändert heraufbeschworen. Sie ist logisch nicht länger.“ <sup>34)</sup>

Wie Marx und seine Nachfolger sieht Adorno in der sich immer erneut reproduzierenden Struktur der bürgerlichen Gesellschaft das Haupthindernis der Emanzipation von Not und Unterdrückung: „Die Gesellschaft erhält sich nicht trotz ihres Antagonismus am Leben, sondern durch ihn; Profitinteresse, und damit das Klassenverhältnis, sind objektiv der Motor des Produktionsvorgangs, an dem das Leben aller hängt . . .“ <sup>35)</sup>. Die bürgerliche Gesellschaft, die dem Menschen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit versprochen hatte, ist zum Räderwerk geworden, das die Individualität verstümmelt: „Mit der Inthronisierung des Konkurrenzprinzips seit der Aufhebung der Zunftschranken und dem Beginn der technischen Revolution entfaltete die bürgerliche Gesellschaft eine Dynamik, die das einzelne Wirtschaftssubjekt zwingt, seine Erwerbsinteressen rücksichtslos und um das Wohl der Allgemeinheit unbekümmert zu verfolgen. Die protestantische Ethik, der bürgerlich-kapitalistische Pflichtbegriff lieferten den Gewissenszwang dazu. Das antifeudale Ideal der Autonomie des Individuums, das dessen politische Selbst-

bestimmung meinte, verwandelte sich im Wirtschaftsgefüge zu jener Ideologie, deren es zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Steigerung der Leistung bedurfte. So wird dem total verinnerlichten Individuum Wirklichkeit Schein und Schein Wirklichkeit. Indem es seine vereinzelt, von der Gesellschaft abhängige, ja widerruflich tolerierte Existenz absolut setzt, macht es sich zur absoluten Phrase. . . . Das geistige Medium der Individuation, Kunst, Religion, Wissenschaft, verkümmert zum privaten Besitz einiger einzelner, deren Subsistenz die Gesellschaft nur zuweilen noch sichert. Sie, die das Individuum zur Entfaltung brachte, entfaltet sich, indem sie es sich entfremdet und zerbricht.“ <sup>36)</sup>

Das System der bürgerlichen Gesellschaft ist ferner dadurch gekennzeichnet, daß es, „um sich selbst zu erhalten, sich gleichzubleiben, zu ‚sein‘, immerwährend sich expandieren, weitergehen, die Grenzen immer weiter hinausrücken (muß) . . . Man hat ihr (der bürgerlichen Gesellschaft) demonstriert, daß sie, sobald sie einen Plafond erreicht, nicht länger über kapitalistische Räume außerhalb ihrer selbst verfügt, ihrem Begriff nach sich aufheben müßte.“ <sup>37)</sup>

Damit hat Adorno eine entscheidende These der marxistischen Imperialismustheorien aufgenommen. Diese gehen davon aus, daß die Hindernisse, die einer Verwertung des Kapitals im Innern eines Landes im Wege stünden, eine ökonomische und politische Expansion nach außen erzwingen, und rechnen diesen Expansionszwang zu den wichtigsten Ursachen internationaler Konflikte und vielleicht bevorstehender weltweiter Katastrophen. Auch Adorno sieht in der blinden Dynamik des bestehenden Systems eine Gefahr für den Weltfrieden: Er hält die „Chancen für den Untergang“ für größer „als für ein neues Ägypten“ <sup>38)</sup>.

Entgegen der Annahme von Marx, das von der bürgerlichen Produktionsweise erzeugte Proletariat werde schließlich die Bedingung seiner Existenz, eben die bürgerliche Gesellschaft, aufheben, war gerade in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern das bürgerliche System stärker als die Kraft des Proletariats: dieses wurde, ohne daß damit die Antagonismen der bürgerlichen Gesellschaft

<sup>33)</sup> Adorno, in *Sociologica* II, S. 239.

<sup>34)</sup> Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt/M. 1966, S. 340.

<sup>35)</sup> Ebenda, S. 312.

<sup>36)</sup> Horkheimer/Adorno in: *Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen*, Frankfurt/M. 1956, S. 49.

<sup>37)</sup> Adorno, *Negative Dialektik*, S. 35.

<sup>38)</sup> Adorno, in *Sociologica* II, S. 240.

verschwunden wären, in ihr System eingeschmolzen. Damit war die Forderung einer kritischen, auf Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielenden Theorie nach einer Einheit von Theorie und Praxis nicht mehr einzulösen. Das Denken wird in dieser Situation auf sich selbst zurückverwiesen; es kann Praxis nicht erzwingen, ja nicht einmal Auskunft über künftige Praxis geben. Ist aber gesellschaftsverändernde Praxis ausgeschlossen, so erfährt das Denken seine Rechtfertigung als einzig noch mögliche Praxis:

„Praxis wird aufgeschoben und kann nicht warten; daran krankt auch Theorie. Wer jedoch nichts tun kann, ohne daß es, auch wenn es das Bessere will, zum Schlechten auszuschielen drohte, wird zum Denken verhalten; das ist seine Rechtfertigung und die des Glücks am Geiste. Dessen Horizont muß keineswegs der einer durchsichtigen Beziehung auf später mögliche Praxis sein. Vertagendes Denken über Praxis hat allemal etwas Unzeitgemäßes, auch wenn es aus nacktem Zwang sie aufschiebt. . . . Eine Realität, die gegen die überlieferte Theorie, auch die beste, sich abdichtet, verlangt danach um des Bannes willen, der sie umhüllt; sie blickt das Subjekt mit so fremden Augen an, daß es, seines Versäumnisses eingedenk, die Anstrengung zur

Antwort nicht sich ersparen darf. Das Verzweifelte, daß die Praxis, auf die es ankäme, verstellt ist, gewährt paradox die Atempause zum Denken, die nicht zu nutzen praktischer Frevel wäre. Dem Denken kommt heute ironisch zugute, daß man seinen eigenen Begriff nicht verabsolutieren darf: es bleibt, als Verhalten, ein Stück Praxis, sei diese sich selbst noch so sehr verborgen.“<sup>39)</sup>

Obwohl Adorno im gegenwärtigen Zeitpunkt gesellschaftsverändernde Praxis ausschließt, scheint er ein Minimum politischer Praxis für unerlässlich zu halten: den Kampf gegen Tendenzen, die einen Weltkrieg oder eine Refaschisierung der noch liberalen bürgerlichen Gesellschaften verursachen könnten. „Heute hat sich die vereitelte Möglichkeit des Anderen (d. h. eine von Not und Unterdrückung befreite Welt, W. E.) zusammengezogen in die, trotz allem die Katastrophe abzuwenden.“<sup>40)</sup> Wie Horkheimer scheint es auch Adorno heute darum zu gehen, vor allem den Liberalismus *faute de mieux* zu erhalten. Über dieses Ziel hinaus führt jedoch keine praktische politische Anstrengung: Adorno hält Distanz zu den politischen Aktivitäten der linken Opposition. Das geschützte Gehäuse des Philosophen soll vor Erschütterungen bewahrt werden.

## Die Überwindung des eindimensionalen Menschen

Im Gegensatz zu seinen alten Freunden vom „Institut für Sozialforschung“, Horkheimer und Adorno, läßt der 1898 in Berlin geborene und heute in den USA lehrende Herbert Marcuse keine Anzeichen von Resignation erkennen: Er hält am Glauben an eine künftige Befreiung der Menschheit von Hunger, Elend, Unterdrückung und Ausbeutung fest.

Auch Marcuse ist der fast allen neueren Marxisten gemeinsamen Überzeugung, daß die ökonomische Struktur des fortgeschrittenen Kapitalismus mit der des Faschismus identisch sei und daß der Faschismus oder doch gewisse faschistoide gesellschaftliche Strukturen aus der liberalen Gesellschaftsordnung herauswachsen können. Die Überwindung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg habe keinesfalls die gesellschaftliche Struktur, aus der er hervorgegangen sei, beseitigt, sondern nur moderner und leistungsfähiger gemacht<sup>41)</sup>. Vor allem der moderne amerikanische Kapitalismus habe Methoden zur Weckung künstlicher Bedürfnisse entwickelt, die es ihm er-

laubten, die überschüssige Produktionskapazität optimal auszunutzen und die Güter zu verkaufen, die verkauft werden müßten. „Geplanter Verschleiß“ Sorge dafür, daß Produkte, die besser und dauerhafter hergestellt werden könnten, ständig im Begriff seien, zu veralten und derart Anreiz für neuen Absatz schufen. Ferner sei die Kriegswirtschaft ein unverzichtbarer Bestandteil des modernen Kapitalismus: Welfare state und warfare state bildeten eine untrennbare Einheit<sup>42)</sup>.

<sup>39)</sup> Adorno, *Negative Dialektik*, S. 240 f.

<sup>40)</sup> Ebenda, S. 315. — Adorno hat übrigens zusammen mit Golo Mann, Heinrich Böll, Alexander Mitscherlich und anderen eine Erklärung unterzeichnet, welche sich gegen den „neuen autoritätsbestimmten Nationalismus“ der Springer-Pressen wendet. Vgl. „Der Spiegel“ v. 6. 5. 1968, Nr. 19, S. 44.

<sup>41)</sup> Herbert Marcuse, *Kultur und Gesellschaft I*, Frankfurt/M. 1965, S. 7

<sup>42)</sup> Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied und Berlin 1967, S. 68 ff.

Mehr denn je sei heute der einzelne in das System der total verwalteten Industriegesellschaft eingespant. Die moderne Industriegesellschaft habe Herrschaftstechniken, soziale Kontrollen entwickelt, die dem einzelnen derart introjiziert worden seien, die er derart verinnerlicht habe, daß für die überwiegende Mehrzahl der Menschen keine kritische Distanz zum sozialen Prozeß mehr möglich sei. Wer sich weigere, die Normen des sozialen Prozesses zu akzeptieren, erscheine als Neurotiker. Wirkliche Privatheit und innere Freiheit verschwänden — so entstehe der „eindimensionale Mensch“: „Heute wird der private Raum (der inneren Freiheit, W. E.) durch die technologische Wirklichkeit angegriffen und beschnitten. Massenproduktion und -distribution beanspruchen das ganze Individuum, und Industriepsychologie ist längst nicht mehr auf die Fabrik beschränkt. Die mannigfachen Introjektionsprozesse scheinen zu fast mechanischen Reaktionen zu verknöchern. Das Ergebnis ist nicht Anpassung, sondern *Mimesis*: eine unmittelbare Identifikation des Individuums mit seiner Gesellschaft und dadurch mit der Gesellschaft als einem Ganzen.“<sup>43)</sup> Die Individuen werden derart präformiert, daß zu den Konsumgütern auch Gedanken, Gefühle und Wünsche gehören: Warum sollten sie also „selbst denken, fühlen und sich etwas vorstellen? Zwar mögen die angebotenen materiellen und geistigen Waren schlecht, verschwenderisch, Schund sein — aber Geist und Erkenntnis sind keine durchschlagenden Argumente gegen die Befriedigung von Bedürfnissen.“<sup>44)</sup>

In einer Gesellschaft, in der alles soziale Leben dem Zweck der Profitmaximierung untergeordnet ist, kann es keine andere Vernunft als die der Zweckrationalität geben. „Die Gesellschaft reproduzierte sich in einem wachsenden technischen Ensemble von Dingen und Beziehungen, das die technische Nutzbarmachung der Menschen einschloß — mit anderen Worten, der Kampf ums Dasein und die Ausbeutung von Mensch und Natur wurden immer wissenschaftlicher und rationaler. Die doppelte Bedeutung von Rationalisierung ist in diesem Zusammenhang von Belang. Wissenschaftliche Betriebsführung und wissenschaftliche Arbeitsteilung erhöhten in starkem Maße die Produktivität des ökonomischen, politischen und kulturellen Unternehmens. Das Ergebnis war der höhere Lebensstandard. Gleich-

zeitig und aus demselben Grunde produzierte dieses rationale Unternehmen ein Denk- und Verhaltensschema, das die zerstörerischsten und grausamsten Züge dieses Unternehmens rechtfertigte und sogar freisprach. Wissenschaftlich-technische Rationalität und Manipulationen werden zu neuen Formen sozialer Kontrolle zusammengeschweißt.“<sup>45)</sup> Damit aber verkümmere die Vernunft zu einem Mittel, die vom Menschen gesetzten Zwecke, vor allem die der Natur- und Menschenbeherrschung, optimal zu verwirklichen. Humanitäre, religiöse und moralische Ideen seien im zweckrationalen Denken der heute vorherrschenden „eindimensionalen Philosophie“ vom Bereich der Vernunft ausgeschlossen, weil sich über sie nichts rational Gesichertes ausmachen lasse. Der Positivismus, der sich selbst ans Bestehende ausgeliefert habe, verbanne so jede Reflexion über ein besseres und gerechteres Zusammenleben der Menschen, in welchem die heute verschleiert weiterbestehende Ausbeutung abgeschafft sei, in den Bereich des Mythos<sup>46)</sup>.

Marcuse charakterisiert den modernen Wohlfahrtsstaat als eine „historische Mißgeburt zwischen organisiertem Kapitalismus und Sozialismus, Knechtschaft und Freiheit, Totalitarismus und Glück“<sup>47)</sup>. In einer solchen Gesellschaft des partiellen Überflusses, von dem der überwiegende Teil der Arbeiterschaft profitiert, hat das Proletariat — und hier greift Marcuse eine charakteristische Position des neueren Marxismus auf — seine Funktion als jene Klasse, welche die Umgestaltung des Kapitalismus vollziehen werde, verloren. Ein übereinstimmendes Interesse an der Erhaltung und Verbesserung des institutionellen Status quo vereinige nunmehr die früheren Antagonisten Bourgeoisie und Proletariat<sup>48)</sup>.

Aber wenn auch das Proletariat das Bewußtsein verloren habe, daß es das historische Subjekt der Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus sei, so sei doch die objektive Möglichkeit einer solchen Transformation gegeben, und zwar heute — angesichts einer Entfaltung der Produktivkräfte, die selbst Marx in Erstaunen gesetzt hätte — mehr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte. Wenn die materiellen und intellektuellen Kräfte, die in der Lage wären, eine freie Gesellschaft zu realisieren, hierfür nicht

<sup>43)</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>44)</sup> Ebenda, S. 70.

<sup>45)</sup> Ebenda, S. 161.

<sup>46)</sup> Ebenda, S. 159 ff.

<sup>47)</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>48)</sup> Ebenda, S. 39 ff.

eingesetzt würden, so sei dies „ausschließlich der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigene Möglichkeit der Befreiung zuzuschreiben“<sup>49)</sup>. Marcuse insistiert darauf, daß der Sozialismus heute nicht mehr als Utopie angesprochen werden könne: Man könne heute „in der Tat von einem Ende der Utopie reden“<sup>50)</sup>.

Es gebe heute kaum noch einen ernst zu nehmenden Wissenschaftler, der bestreite, „daß mit den technisch bereits vorhandenen Produktivkräften, materiell sowohl wie intellektuell, die Abschaffung des Hungers und des Elends möglich ist und daß das, was heute geschieht, der sozialpolitischen Organisation der Erde zuzuschreiben ist“<sup>51)</sup>. So gesehen stelle sich, angesichts der „Undefinierbarkeit einer revolutionären Klasse“, die entscheidende Frage, wie in der Gesellschaft neue vitale Bedürfnisse geweckt werden könnten, die als „gesellschaftliche Produktivkraft“ eine totale technische Umgestaltung der Lebenswelt in die Wege leiten könnten. Voraussetzung hierfür sei die Negation der „das heutige Herrschaftssystem tragenden Bedürfnisse“: zum Beispiel die Negation „des Existenzkampfes, Negation des Leistungsprinzips, der Konkurrenz, Negation des heute ungeheuer starken Bedürfnisses nach Konformität, nicht aufzufallen, kein Außenseiter zu sein, Negation des Bedürfnisses nach einer verschwendenden, zerstörenden Produktivität, die mit Destruktion untrennbar verbunden ist, Negation des vitalen Bedürfnisses nach verlogener Triebunterdrückung. Diese Bedürfnisse werden negiert in dem Bedürfnis nach Frieden . . . , dem Bedürfnis nach Ruhe, dem Bedürfnis nach Alleinsein, der Sphäre der Privatheit, die, wie die Biologen uns sagen, ein notwendiges Bedürfnis des Organismus ist. . . .“ Die Befriedigung solcher Bedürfnisse aber setze voraus, daß die zwischenmenschlichen Verhältnisse und die Lebenswelt des Menschen verändert werden müßten. Dies hieße im Hinblick auf die technisch am höchsten entwickelten Länder „die Beseitigung der Schrecken der kapitalistischen Industrialisierung und Kommerzialisierung, die totale Rekonstruktion der Städte

und die Wiederherstellung der Natur nach der Beseitigung der Schrecken der kapitalistischen Industrialisierung.“ Damit sei kein romantischer Rückschritt hinter die Technik gemeint — im Gegenteil, die Segnungen der Technik könnten überhaupt erst wirklich werden, wenn die kapitalistische Industrialisierung und die kapitalistische Technik beseitigt seien<sup>52)</sup>.

Natürlich kommt Marcuse um die Frage, wer denn der Träger der Überwindung oder doch wenigstens Infragestellung der modernen kapitalistischen Gesellschaft sein soll, nicht herum. Die Antwort, die er hierauf gibt, bleibt vorläufig und zwiespältig, denn „die kritische Theorie der Gesellschaft besitzt keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und seiner Zukunft überbrücken könnten“<sup>53)</sup>. Ein Kollektivsubjekt der Transformation, das dem Marxschen Proletariat vergleichbar wäre, kann er nicht nennen, sondern nur zersplitterte Gruppen: Studenten, Intellektuelle, die Restbestände der europäischen, noch nicht ins System integrierten Arbeiterklasse, die Minoritätsgruppen, die sich weigern, „an den Segnungen der ‚Gesellschaft im Überfluß‘ teilzunehmen“, wie die Hippies und Beatniks. Eine revolutionierende Wirkung des Kampfes der Länder der Dritten Welt gegen amerikanische Interventionen auch in den westlichen Metropolen möchte Marcuse nicht ausschließen, aber er ist in dieser Frage doch weit skeptischer als etwa Dutschke<sup>54)</sup>.

Marcuses Zuneigung gilt jenen Gruppen in der Gesellschaft, die sich weigern, das aufgezwungene Spiel von Konsum und Anpassung mitzuspielen: „Unter der konservativen Volksbasis befindet sich jedoch das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen. Sie existieren außerhalb des demokratischen Prozesses; ihr Leben bedarf am unmittelbarsten der Abschaffung unerträglicher Verhältnisse und Institutionen. Damit ist ihre Opposition revolutionär, wenn auch nicht ihr Bewußtsein. Ihre Opposition trifft das System von außen und wird deshalb nicht durch das System abgelenkt; sie ist eine elementare Kraft, die die Regeln des Spiels verletzt und es damit als ein aufgetakeltes Spiel enthüllt. Wenn sie sich zusammenrotten, ohne Waffen, ohne Schutz, um die primitivsten Bürgerrechte zu fordern, wissen sie, daß sie Hunden, Stei-

<sup>49)</sup> Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie. Herbert Marcuse diskutiert mit Studenten und Professoren Westberlins an der Freien Universität über die Möglichkeiten und Chancen einer politischen Opposition in den Metropolen in Zusammenhang mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt, o. O., o. J. (1968), S. 14.

<sup>50)</sup> Ebenda.

<sup>51)</sup> Ebenda.

<sup>52)</sup> Ebenda, S. 18 f.

<sup>53)</sup> Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 268.

<sup>54)</sup> Marcuse, Das Ende der Utopie, S. 30, 49 ff.

nen und Bomben, dem Gefängnis, Konzentrationslagern, selbst dem Tod gegenüberstehen. ... Die Tatsache, daß sie anfangen, sich zu weigern, das Spiel mitzuspielen, kann die Tatsache sein, die den Beginn des Endes einer Periode markiert." <sup>55)</sup>

Auf der gleichen Linie liegen die Thesen des Aufsatzes über „Repressive Toleranz“, der auf die linke Studentenopposition großen Einfluß ausgeübt hat. Der Sinn der bürgerlichen Idee der Toleranz sei gewesen, durch die Ermöglichung unabhängigen Denkens, frei von geistigem Drill und Manipulation, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Die Toleranz dagegen, die in den heutigen gleichgeschalteten Gesellschaften in gewissen Grenzen den Minderheiten entgegengebracht werde, habe die Funktion, diese Minderheiten ebenfalls gleichzuschalten und ins System zu integrieren. Deshalb sei es legitim, daß sich diese Minderheiten, die das repressive System überwinden wollen, über die üblichen Spielregeln des Austrags gesellschaftlicher Konflikte hinwegsetzen.

Marcuse stellt ausdrücklich fest, daß es kein Widerstandsrecht für irgendeine Gruppe oder ein Individuum „gegen eine verfassungsmäßige Regierung, die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird“, geben könne. Dennoch glaube er, „daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen — nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen.“ <sup>56)</sup>

Solche Sätze lesen sich vordergründig wie eine Aufforderung, die gesetzliche Ordnung zu durchbrechen. Man sollte sich jedoch, bevor man sie verurteilt, ins Gedächtnis rufen, daß sie sich genau mit der Ansicht eines der ersten Verfechter des Prinzips der Volkssouveränität, John Locke, und überhaupt mit der gemeinsamen Überzeugung der bürgerlichen

Freiheitsbewegung decken. Die Arbeiterbewegung konnte sich auf solche Sätze berufen, wenn ihre formal gesetzwidrigen Streiks mit militärischer Gewalt beendet werden sollten und wenn sie dagegen Widerstand leistete. An dieses Argument halten sich die Menschen, die in den USA und in Südafrika gegen rassische Diskriminierung kämpfen und dabei gegen bestehende Gesetze verstoßen. Die These, daß es legitim sei, Gesetze, die bestehendes Unrecht sanktionieren, zu durchbrechen, hat eine lange Tradition in der Geschichte abendländischen Denkens.

Marcuse weist mit Nachdruck auf die Differenz hin, die zwischen den modernen demokratischen Herrschaftssystemen, welche die rebellischen Minderheiten durch Tolerierung ins System integrieren und so neutralisieren, und den Praktiken einer Diktatur gegenüber Minderheiten besteht: „Bei all ihren Grenzen und Verzerrungen ist demokratische Toleranz unter allen Umständen humaner als eine institutionalisierte Intoleranz, welche die Rechte und Freiheiten der lebenden Generationen künftigen Generationen zuliebe hinopfert.“ <sup>57)</sup>

Deshalb ist Marcuse auch weit davon entfernt, der Abschaffung der Toleranz das Wort reden zu wollen, wie ihm immer wieder vorgehalten wird. „Ich hoffe“, so interpretiert Marcuse seine Toleranzschrift selbst, „daß nichts in meinem Aufsatz über die Toleranz darauf hindeutet, daß ich jede Toleranz ablehne. ... Was ich gemeint und auch gesagt habe, ist, daß es Bewegungen gibt, in der Propaganda sowohl wie in der Aktion, von denen sich mit größter Sicherheit voraussagen läßt, daß sie zu einer Verstärkung der Repression und Destruktion führen müssen. Diese sollten im Rahmen der Demokratie nicht toleriert werden. Ein klassisches Beispiel: Ich glaube, daß, wenn die Nazibewegung in der Weimarer Republik von Anfang an, nachdem sie ihren Charakter — und das war sehr früh — enthüllt hatte, nicht toleriert worden wäre, wenn sie nicht die Segnungen dieser Demokratie genossen hätte, daß wir dann die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und noch einige andere Schrecken wahrscheinlich nicht erlebt hätten.“ <sup>58)</sup>

In der Toleranzschrift selbst nennt Marcuse weitere Beispiele für politische Strömungen und Tendenzen, die nach seiner Ansicht nicht toleriert zu werden verdienen: „Gruppen und Bewegungen ... die eine aggressive Politik,

<sup>55)</sup> Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 267.

<sup>56)</sup> Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M. 1966, S. 127.

<sup>57)</sup> Ebenda, S. 110.

<sup>58)</sup> Marcuse, Das Ende der Utopie, S. 61.

Aufrüstung, Chauvinismus und Diskriminierung aus rassistischen und religiösen Gründen befürworten oder sich der Ausweitung öffentlicher Dienste, sozialer Sicherheit, medizinischer Fürsorge usw. widersetzen.“<sup>59)</sup> Was die Prinzipien betreffe, nach denen zwischen befreienden und repressiven, menschlichen und unmenschlichen Lehren und Praktiken geurteilt werden sollte, so seien sie keine Sache bloß subjektiven Vorziehens von Werten, sondern sie könnten nach rationalen Kriterien bemessen werden.

Die politische Praxis, die Marcuse den rebellischen Minderheiten empfiehlt, ist die des *great refusal*, die auf Gewissensentscheidung beruhende Weigerung, die Normen eines Systems, das Individualitäten unterdrückt, Menschen ausbeutet und Völker, die gegen ihre einheimischen Unterdrücker aufstehen, mit

einer infernalischen Kriegsmaschinerie überzieht, nicht zu akzeptieren. Wer sich dergestalt dem Integrationszog des bestehenden Systems entzieht, kennt dessen Reaktion auf die Rebellion des „great refusal“: „Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.“<sup>60)</sup> Die kritische Gesellschaftstheorie sei nicht imstande, Anweisungen zur gesellschaftsverändernden Praxis zu geben. Aber dennoch bleibe ihr die Aufgabe, ständig auf die Möglichkeit eines besseren Zustandes hinzuweisen, die gerade von der modernen Technologie und der unvorstellbaren Entwicklung der Produktivkräfte geschaffen worden sind: die Befreiung des Menschen von Not und seelischer Unterdrückung durch Befriedigung des Lebenskampfes.

## II. Die linke Studentenopposition

### Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)

Zur linken Studentenopposition müssen neben dem SDS auch der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), die verschiedenen gewerkschaftlichen Arbeitskreise an den Universitäten, die Humanistische Studentenunion (HSU) und in vieler Hinsicht auch der Liberale Studentenbund (LSD) gerechnet werden; in allen diesen Gruppierungen, vor allem in SHB, sind einzelne Mitglieder oder ganze Fraktionen zu finden, die marxistische Positionen vertreten. Dennoch beschränkt sich der nachstehende Versuch, einzelne Richtungen innerhalb der linken Studentenopposition im Hinblick auf die in ihr vertretenen marxistischen Positionen zu unterscheiden, auf den SDS, da die dort geführten Diskussionen über Theorie und Praxis einer neuen Linken als exemplarisch für die linke Studentenopposition gelten können.

Der SDS wurde im Jahre 1946 gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte übrigens der jetzige Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Helmut Schmidt. Bis zum Entschluß der Führung der SPD nach den verlorengegangenen Wahlen von 1957, ein linksliberales und vom Bürgertum nicht länger attackierbares Par-

teiprogramm zu schaffen, gab es zwischen SDS und SPD keine nennenswerten Spannungen. Die SPD selbst hatte ja in ihren verschiedenen Aktionsprogrammen sozialistische Forderungen wie die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum und partielle Planwirtschaft erhoben, und auch in der Außenpolitik stand sie eindeutig gegen den Regierungskurs. Der Deutschlandplan Herbert Wehners von 1960 hat vielleicht den Bruch zwischen SPD und SDS noch etwas verzögert — aber grundsätzlich gilt doch, daß mit der Durchsetzung des Godesberger Programms die guten Beziehungen zwischen SDS und SPD rapide dahinschwanden.

Die marxistische Mehrheitsfraktion des SDS hatte ihre ganzen intellektuellen Potenzen gegen die Verabschiedung des Godesberger Programms mobilisiert — so z. B. Gegenentwürfe erarbeitet — und mochte sich auch nach seiner Verabschiedung nicht mit ihm abfinden. Im Jahre 1959 veranstaltete der SDS zwei Kongresse, den Kongreß „Für Demokratie — gegen Restauration und Militarismus“ in Frankfurt und den „Studentischen Kongreß gegen

<sup>59)</sup> Marcuse, *Repressive Toleranz*, S. 111 f.

<sup>60)</sup> Ebenda, S. 127 f.

Atomrüstung" in Berlin, auf denen er prononciert auf früher von der SPD selbst vertretenen innen- und außenpolitischen Forderungen verharrte und sich vor allem bundeswehr- und NATO-feindlich zeigte. Nach der Bundesdelegiertenkonferenz von Göttingen im Jahr 1959 kam es zu einem kurzen Burgfrieden zwischen SPD und SDS. Der SDS bekannte sich ausdrücklich zu den Grundsätzen der „Sozialistischen Internationale“, was ihm um so leichter fiel, als in diesen Grundsätzen, welche die SPD bis heute noch nicht widerrufen hat, das ganze altsozialistische Credo enthalten ist<sup>61)</sup>. Außerdem bekannte sich der SDS auf dieser Bundeskonferenz zur Führungsrolle der SPD in der sozialistischen Bewegung Deutschlands. Auf der Göttinger Konferenz fiel ein kleiner SED-freundlicher Flügel bei den Vorstandswahlen durch; gegen seine Wortführer, die der damaligen Studentenzeitschrift „Konkret“ nahestanden, wurde ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Seit dieser Zeit hat es im SDS keine SED-freundliche Fraktion mehr gegeben.

Der SDS vertrat zu Beginn der sechziger Jahre einen relativ gemäßigten Kurs, der hauptsächlich von den Anhängern Abendroths bestimmt wurde. Aber selbst dieser gemäßigte Kurs war für die sozialdemokratischen Reformbemühungen unerträglich geworden. Im Jahr 1960 wurde der SHB gegründet, von dem die SPD hoffte, daß er dem SDS das Wasser abgraben könne — eine Hoffnung, die bisher getrogen hat. Ins gleiche Jahr fiel der Entzug der finanziellen Förderung durch die SPD selbst und durch Sperrung der Mittel des Bundesjugendplanes. Ehemalige Mitglieder des SDS, dem SDS nahestehende Professoren und Intellektuelle gründeten daraufhin eine „Sozialistische Förderergesellschaft“, aus der der heutige „Sozialistische Bund“ hervorgegangen ist, der vor allem die Aufgabe hat, den

<sup>61)</sup> Vgl. etwa die Präambel der „Erklärung der Sozialistischen Internationale“, beschlossen 1951 in Frankfurt/M.: „Obwohl die materiellen Hilfsquellen der Welt jedermann ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen könnten, ist der Kapitalismus außerstande, die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Er hat sich als unfähig erwiesen, ohne verheerende Krisen und Massenarbeitslosigkeit zu funktionieren. Er hat soziale Unsicherheit und schroffe Kontraste zwischen arm und reich erzeugt. Durch imperialistische Expansion und koloniale Ausbeutung hat er die Konflikte zwischen Nationen und Rassen verschärft. In einer Reihe von Ländern hat mit Hilfe des Großkapitals die Barbarei der Vergangenheit in der Gestalt des Faschismus und des Nazismus wieder ihr Haupt erhoben.“ In: Programme der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1963, S. 101.

SDS finanziell zu unterstützen. Die SPD reagierte auf die Gründung der „Sozialistischen Förderergesellschaft“ mit dem bereits oben erwähnten Beschluß, daß eine Mitgliedschaft im SDS und in der Förderergesellschaft mit einer Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar sei.

Der SDS überstand die Krise. Der Vorstand verzichtete auf spektakuläre Aktionen wie die Berliner und Frankfurter Kongresse; im Vordergrund der SDS-Aktivität stand nunmehr die gesellschaftstheoretische Schulung der Mitglieder. Zu diesem Zweck wurden an den einzelnen Hochschulgruppen Arbeitsgemeinschaften gebildet, die sich etwa anhand der Schriften von Georg Lukács um ein adäquates Marx-Verständnis oder um eine marxistische Interpretation der fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomie bemühten, indem sie Texte des belgischen Marxisten Ernest Mandel oder der amerikanischen Marxisten Baran und Sweezy studierten. Von mehreren Hochschulgruppen gemeinsam veranstaltete Seminare, auf denen prominente Marxisten wie Abendroth, Leo Kofler und Ernest Mandel referierten, dienten dazu, die gesellschaftstheoretische Schulungsarbeit zu vertiefen. Diese ernsthafte Selbstschulung war schon immer ein Charakteristikum des SDS; sie hat ihn stabilisiert und auch nach außen hin selbstsicher gemacht. Beträchtliches Ansehen in einer weiteren Öffentlichkeit hat sich der SDS durch seine Denkschrift zur Hochschulpolitik „Hochschule in der Demokratie“ erworben, die in einem angesehenen wissenschaftlichen Verlag erschienen ist<sup>62)</sup>.

Der SDS ist keine zentralisierte und bürokratisierte Organisation; dies kann er schon auf Grund der Eigenständigkeit der einzelnen Gruppen an den Universitäten nicht sein. Deshalb werden auch in den einzelnen Gruppen unterschiedliche theoretische Positionen vertreten, wobei an den verschiedenen Hochschulgruppen einmal diese, einmal jene Richtung die Mehrheit haben mag. Es soll gleich darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Bezug auf die in der Bundesrepublik vertretenen marxistischen Positionen, die oben referiert worden sind, nicht genügen kann, um die ideologischen Richtungen des SDS genau zu bestimmen. Hierzu wäre es erforderlich, jene marxistischen Theorien, die sich explizit auf

<sup>62)</sup> Wolfgang Nitsch, Uta Gerhardt, Claus Offe, Ulrich K. Preuß, Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin—Neuwied 1965.

die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt und auf die Rückwirkung dieser Bewegungen auf Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegungen in den hochkapitalistischen Ländern beziehen, mit ins Spiel zu bringen — also die theoretischen Vorstellungen Leo Trotzki's, Mao Tse-tungs, Fidel Castros, Che Guevaras und Frantz Fanons, die vor allem den linken Flügel des SDS beeinflusst haben. Ferner sind die Aktionen und Demonstrationen des SDS nicht verständlich ohne Kenntnis der Aktionsformen, welche die linke Studentenbewegung in den USA, vor allem bei den Studentenrevolten von Berkeley, entwickelt hat<sup>63</sup>).

Die vorliegende Arbeit bescheidet sich mit einer Darstellung der Resonanz, welche die im Westen, insbesondere in der Bundesrepublik, vertretenen marxistischen Positionen in den verschiedenen Richtungen des SDS gefunden hat. Von einem Einfluß der Parteiideologie der SED auf den SDS kann keine Rede sein. Gewisse Presseorgane und Politiker der großen Parteien, welche die Eigenart des SDS noch nicht verstanden haben und gerne von

dessen „Fernsteuerung“ und „Finanzierung durch dunkle Kanäle“ sprechen, täuschen sich. Wenn Dutschke meint, daß das in der „Sowjetunion herrschende System von Institutionen ... sich gerade dadurch aus(zeichnet), daß es keinen kritisch-schöpferischen Dialog zwischen der Partei und den Massen gibt“, und daß das „verselbständigte System der Herrschaft der Bürokratie“ und „die Verkettung von Partei und Staatsapparat“ zu der „seit Jahrzehnten herrschende(n) Entfremdung zwischen Partei und Massen“ geführt habe, so gibt er damit die Überzeugung so gut wie aller SDS-Mitglieder wieder<sup>64</sup>). Ein von SDS und FDJ gemeinsam veranstaltetes Seminar über „Konzeptionen — Wege — Möglichkeiten einer Deutschlandpolitik“, dem ein gescheiterter Versuch eines gemeinsamen Seminars vorgegangen, konnte nur mühsam vor einem Fiasko bewahrt werden<sup>65</sup>). Treten in Veranstaltungen des SDS oder der linken Studentenopposition kommunistische Redner auf, so erregen sie in der Regel beträchtlichen Unmut durch die Primitivität ihrer agitatorischen Argumente.

## Kritischer Attentismus

Die „Kritische Theorie“ Horkheimers und Adornos hat sich in den letzten Jahrzehnten auf eine Kritik der Überbauphänomene der weiterhin als mangelhaft empfundenen kapitalistischen Gesellschaft verengt. Gesellschaftsverändernde Praxis erscheint als ausgeschlossen und wird durch Philosophie und Kulturkritik ersetzt. Solange sich der SDS in jener Entwicklungsphase befand, in welcher er das Hauptgewicht auf die gesellschaftstheoretische Schulung seiner Mitglieder legte, war ihm die Rezeption der kritischen Theorie Horkheimers und Adornos besonders wichtig, da ihn deren Begriffe und Kategorien vor einem Abgleiten in vulgärmarxistische Mißverständnisse bewahren konnten. Nunmehr jedoch, da der SDS in eine aktivistische Phase eingetreten ist, hält er die aller Praxis distanziert gegenüberstehende Position Horkheimers und Adornos für ungenügend. Diese Unzufriedenheit zeigte sich z. B. in Berlin im Sommer 1967, als Adorno an der Freien Universität, wo die politischen Wogen hochgingen, mit einem Vortrag über

„Die Klassizität von Goethes Iphigenie“ aufwartete. Der SDS boykottierte diesen Vortrag, indem er Flugblätter mit der Ankündigung verteilte, er wolle „Professor Adorno einer einsamen Ekstase an seinem Text“ überlassen; außerdem unternahm eine SDS-Studentin den Versuch, Adorno einen roten Teddybären zu überreichen. Horkheimers Liberalismus faute de mieux wurde angegriffen, als er in einer Rede anlässlich der „Deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche“ vom Mai 1967 den Eindruck erweckte, als verteidige er die amerikanische Vietnampolitik, und dazu noch die Vereinigten Staaten als einen Hort der bürgerlichen Freiheitsrechte pries. Horkheimer und Adorno waren freimütig genug, sich dem Frankfurter SDS zu einer Diskussion über das Verhältnis ihrer kritischen Theorie zur Praxis der linken Studentenopposition zu stellen.

<sup>64</sup>) In: Marcuse, Das Ende der Utopie, S. 143.

<sup>65</sup>) Vgl. den Bericht „Ende und Anfang einer sozialistischen Deutschlandpolitik — das Seminar von FDJ und SDS“, in: neue kritik, VIII (1967), S. 37—47. — Über die Geschichte des SDS vgl. nunmehr Ekkehard Kloehn, Der Weg in den Widerstand. Eine Chronik des Sozialistischen Deutschen Studentebundes, in: Die Zeit v. 23. 2. 1968, Nr. 8, S. 9 f.

<sup>63</sup>) Vgl. dazu Helmut Kuhn, Studentenrevolten diesseits und jenseits des Ozeans. Das amerikanische Vorbild, in: Merkur, XXI (1967), S. 1001—1012.

Adorno betonte ausdrücklich seine Skepsis hinsichtlich des Sinns und der Wirksamkeit der studentischen Demonstrationen, machte jedoch aus seiner Solidarität mit den linken Studenten keinen Hehl <sup>66)</sup>.

Im Gegensatz zu Adorno und Horkheimer hält Jürgen Habermas auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Praxis für möglich, die — auf lange Sicht gesehen — zur Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in eine wahrhaftige Demokratie von freien und gleichen Bürgern führen könnte. Die Habermassche Praxis zielt vor allem auf eine demokratische Durchdringung der Oligarchien der staatlichen Bürokratie, der Parteien und Verbände und nicht zuletzt auch der Universität ab, um zu einer politischen und kritischen Öffentlichkeit zu gelangen, die diesen Namen auch verdient. Natürlich gibt sich Habermas, was die Widerstände gegen eine solche auf Herstellung von Öffentlichkeit gerichtete Aktivität betrifft, keinen Illusionen hin: „Die Durststrecke zwischen Theorie und Praxis ist in der heutigen Lage ungewöhnlich lang.“ <sup>67)</sup> Eben darum und weil die Gefahr drohe, daß der Freiheitsspielraum vom Kartell der großen Parteien weiter eingeschränkt werde, gelte es für die Linke, sich des Resonanzbodens der liberalen Presse zu versichern und mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten: „Ich sehe keinen Grund, der einen leichtfertigen oder rücksichtslosen Umgang mit den elementaren Legitimationsgrundlagen unserer Verfassung rechtfertigte. Die Transformation des bürgerlichen Klassenstaates in die soziale rechtsstaatliche Demokratie wäre ohne europäische Arbeiterbewegung nicht möglich gewesen. Die Linke ist es, die diesen Transformationsprozeß weitertreibt und den drohenden Rückfall in ein autoritäres System verhindern will, sie ist es, die die Intentionen des Grundgesetzes realisieren will.“ <sup>68)</sup> Eine Revolution aber werde es weder heute noch morgen geben.

Dieser Position entspricht im SDS am ehesten die Richtung des ehemaligen Bundesvorsitzenden Reimut Reiche. Sie vertritt, was die mani-

festen Aktionen des SDS betrifft, einen gewissen Attentismus. Anders als die von Dutschke vertretene Richtung hat sie gegenüber der gegenwärtigen Aktivität des SDS an den Hochschulen einige Vorbehalte. Die Hochschulpolitik, so erklären Reiche und Gäng, gerate in Gefahr, „zum Angelpunkt der gesellschaftlichen Revolution erklärt zu werden. Oft ist das, was am Hochschulort produziert wird, nicht viel mehr als eine Spielweise für junge sozialistische Intellektuelle, die an der Universität das ausprobieren, was sie in anderen gesellschaftlichen Bereichen sowieso nicht erreichen können: die permanente Revolte.“ Subjektiv revolutionäre Haltungen könnten dabei leicht zu objektiv konterrevolutionären werden <sup>69)</sup>.

Auch hinsichtlich des Stellenwerts, der auf dem linken Flügel des SDS den Kämpfen in der Dritten Welt beigemessen wird, vertreten Reiche und Gäng abweichende Meinungen. Unter Umständen seien es nicht diese Kämpfe, sondern die „friedliche Koexistenz“, welche „langfristig durchaus günstigere Randbedingungen für die Belebung des Klassenkampfes im Innern des Landes schaffen (kann). Diese mögliche Wirkung der sowjetischen Koexistenzpolitik darf man — bei allen Vorbehalten im Hinblick auf die antikoloniale Revolution in der Welt — nicht unterschätzen.“ <sup>70)</sup>

Als vorläufige Strategie empfehlen Reiche und Gäng die Schaffung einer „formal lockeren, inhaltlich einheitlichen, öffentlich arbeitenden Organisation“, die sich an sozialistischen Zielen orientieren und gewisse antikapitalistische Aktionen organisieren solle: „Was sich lohnt, ist: Ausgehend von der aktuellen Kraft und basierend auf den aktuellen Tendenzen eine Opposition zu organisieren, die so arbeitet und mit einer solchen Programmatik antritt, daß sie für Ostermarschierer und linke Jugendliche, für linke Gewerkschaftler und SPD-Genossen, für sozialistische Studenten und Schüler gleichermaßen attraktiv ist, weil sie ihre

<sup>66)</sup> Vgl. dazu die Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“, 1967, Nr. 5.

<sup>67)</sup> In: Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß von Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen. Voltaire Flugschrift 12, o. O., o. J. (1967), S. 46.

<sup>68)</sup> Abgedr. bei Karl Heinz Bohrer, Auf der Suche nach Isolation. Die Taktik der radikalen Studenten — Jürgen Habermas, Georg Benz und der Frankfurter SDS, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 2. 1962, S. 18.

<sup>69)</sup> Reimut Reiche, Peter Gäng, Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik, in: neue kritik, VIII (1967), S. 28. Peter Gäng und Reimut Reiche sind übrigens Autoren zweier lesenswerter Schriften zu Problemen der Dritten Welt und zum Vietnam-Konflikt; Peter Gäng, Reimut Reiche, Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibungen und Dokumente, Frankfurt/M. 1967; Jürgen Horlemann, Peter Gäng, Vietnam, Genesis eines Konflikts, Frankfurt/M. 1967.

<sup>70)</sup> Reiche, Gäng, Vom antikapitalistischen Protest . . . , S. 19.

Interessen und ihre Widersprüche zu formulieren versteht und sich für sie einzusetzen vermag. Auszugehen ist dabei von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozessen und der Arbeit oppositioneller Kräfte." <sup>71)</sup> Die Gründung einer Partei oder der Vorform einer Partei könne diese Aufgabe der Sammlung von linken Gymnasiasten (Reiche ist einer der geistigen Väter des „Aktionszentrums unabhängiger und sozialistischer Schüler“), Studenten, Gewerkschaftlern und Intellektuellen nicht erfüllen. Reiche und Gäng bleiben übrigen Anhängern der traditionellen Schulungs-

Eine andere Richtung im SDS, die vor allem von Schülern Abendroths vertreten wird, mißt der Arbeiterschaft und vor allem den Gewerkschaften nach wie vor eine bedeutende Rolle in der sozialistischen Praxis bei: „Die einzige gesellschaftliche Gruppe, die in der gegenwärtigen Situation von den konkreten politisch-ökonomischen Krisentendenzen und Konflikten direkt betroffen ist, ist die deutsche Arbeiterklasse. . . . Nur die deutsche Arbeiterklasse kann Träger einer sozialistischen Politik sein, da sie aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß über die Macht verfügt, diese Politik wirksam durchzusetzen.“ <sup>72)</sup> Die These, daß es in der spätkapitalistischen Gesellschaft kein revolutionäres Subjekt mehr gebe und deshalb auch die Arbeiterklasse nicht mehr Träger gesellschaftlicher Veränderungen sei, müsse den SDS zwangsläufig in die Isolierung führen <sup>73)</sup>. „Wir haben“, so meint Abendroth selbst, „heute in Westdeutschland eine sozialweithin exklusive Studentenbewegung mit ra-

formen des SDS wie Arbeitskreise und Seminare, die vom linken Flügel gerne als „reformistisch“ und „systemstabilisierend“ abgetan werden.

Sammlung und Schulung sollen eine breite Schicht von Linksintellektuellen heranbilden, die vorläufig, solange sich die Linke noch in der Defensive befindet, auf einen Ausbau der Demokratisierung in der Bundesrepublik hinwirken soll und die später, falls es wieder einmal so etwas wie eine sozialistische Bewegung geben wird, dieser zur Verfügung stehen könnte.

## Marxistischer Traditionalismus

dikal den Forderungen zu aktuellen Fragen, mit denen man sich als Sozialist identifizieren muß. Diese Bewegung wird aber wahrscheinlich, wenn sich keine Vermittlung zu neuen Willensbildungszentren der Arbeiterklasse ergibt, den Weg aller dieser Wellenbewegungen gehen, den des Zerfalls.“ <sup>74)</sup>

Die Abendroth-Richtung innerhalb des SDS bemüht sich deshalb in Zusammenarbeit mit den Gleichgesinnten im „Sozialistischen Bund“ um eine organisatorische Sammlung aller sozialistischen Kräfte. Im Laufe des Jahres 1967 hat sich eine „Sozialistische Opposition“ konstituiert, die sich im Februar 1968 in Offenbach ein Programm gegeben hat. Es gibt durchaus Überlegungen, aus dieser Sammlung unterschiedlicher sozialistischer Gruppierungen eine neue linkssozialistische Partei zu entwickeln. Das Projekt einer solchen organisatorischen Verfestigung ist jedoch im SDS sehr umstritten; seine Befürworter dürften sich in der Minderheit befinden.

## Demonstrativer Aktivismus

von Rudi Dutschke vorgetragen wird. Da sie in Dutschkes Äußerungen am besten dingfest zu machen ist, liegen auch hauptsächlich diese der folgenden Darstellung zugrunde, obwohl sich Dutschke eindringlich gegen jede Personalisierung des von ihm vertretenen Standpunktes wehrt.

Dutschke stammt aus der DDR und blieb nach dem Bau der Mauer in West-Berlin. Sein

<sup>74)</sup> Wolfgang Abendroth, Über die Notwendigkeit sozialistischer Opposition, in: Informationen der Sozialistischen Opposition, Frankf. August 1967.

<sup>71)</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>72)</sup> Georg Büchner, Dieter Boris u. a., Sozialistische Politik? Bemerkungen zur Theorie einer Revolution ‚des einzelnen Menschen in den spätkapitalistischen Gesellschaften‘, in: neue kritik, VII (1967), S. 88 bis 108 (S. 98 f.). Dieser Artikel richtet sich ausdrücklich gegen den oben zitierten Aufsatz von Reiche und Gäng.

<sup>73)</sup> Vgl. dazu Peter C. Walther, SDS in der Krise, in: Sozialistische Hefte, VI (1967), S. 569 f.

persönlicher Mut zeigt sich darin, daß er in der DDR Mitglied der evangelischen Gemeinde war und den Wehrdienst in der Volksarmee verweigert hat. Er ist offensichtlich stark von Marcuse beeinflusst. Wie dieser geht er davon aus, daß in der Epoche des organisierten monopolistischen Spätkapitalismus die gesellschaftlichen Antinomien dergestalt entschärft, das heißt im eindimensionalen Menschen verinnerlicht worden seien und zudem imperialistisch nach außen hin durch Aggressionen abgelenkt werden konnten, daß das Proletariat als revolutionäre Klasse verschwand. Deshalb sind alle Versuche, eine neue revolutionäre Partei zu gründen, aussichtslos, da die bewußte Klasse, die ihr Träger werden könnte, nicht existiert<sup>75)</sup>. Wie Marcuse setzt Dutschke gewisse Hoffnungen auf das revolutionäre Potential jener Minderheiten, die vom Gesamtsystem nicht integriert werden können oder die sich im great refusal weigern, sich integrieren zu lassen.

Bei Marx, so führte Dutschke auf dem Kongreß in Hannover, der im Juni 1967 nach der Überführung des bei den Berliner Schah-Demonstrationen von einem Polizisten erschossenen Benno Ohnesorg abgehalten worden war, mit einer Spitze gegen Habermas aus, habe es noch geheißen, daß es nicht genüge, daß der Gedanke zur Wirklichkeit dränge, vielmehr müsse auch die Wirklichkeit zum Gedanken drängen. Heute jedoch dränge in den europäischen Metropolen die Wirklichkeit nicht mehr zum Gedanken. Hieraus leite Habermas seinen Attentismus ab, wobei er verkenne, daß Aufklärung und Schulung ohne Aktion zum reinen Konsum entarte. Umgekehrt betonte Dutschke jedoch ausdrücklich, daß reine Aktion ohne rationale Bewältigung der Problematik in Irrationalität umschlage.

Habermas hielt Dutschke entgegen, er entwickle eine voluntaristische Ideologie, und indem er Provokationen propagiere, fordere er die Institutionen dazu heraus, die in ihnen verborgene „sublime Gewalt“ in „manifeste Gewalt“ umzuwandeln, was masochistisch sei. In diesem Zusammenhang fiel auch Habermas' von der Publizistik begierig aufgegriffene und inzwischen arg strapazierte Wort von Dutschkes „linkem Faschismus“: „Ich bin der Meinung, (Dutschke) hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, und

<sup>75)</sup> Vgl. Karl Heinz Bohrer, Aufklärung mit Gewalt? Rebellen-Theorie ohne Praxis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3. 11. 1967, S. 38.

die man unter heutigen Umständen ... linken Faschismus nennen muß.“<sup>76)</sup>

Habermas wollte damit nicht sagen, daß die linke Studentenbewegung faschistisch sei, auch nicht, daß sie zu faschistischen Methoden gegriffen habe. Daß beides nicht faschistisch sein kann, liegt auf der Hand, wenn man die Methoden der studentischen Demonstrationen und die Ziele, wofür oder wogegen demonstriert wird, mit den brutalen und antihumanen Methoden und Zielen der realen faschistischen Bewegungen dieses Jahrhunderts vergleicht. Der Vorwurf des linken Faschismus kann nur bedeuten, daß eine Praxis, die, ohne auf eine konkrete historische Tendenz sich stützen zu können, durch voluntaristische Einzelaktionen die gesellschaftlichen Verhältnisse in Bewegung bringen will, der Struktur nach mit faschistischen Haltungen identisch ist, die ebenfalls unfähig waren, ihre Praxis mit den konkreten historischen Tendenzen zu vermitteln. Im übrigen besitzt Dutschke durchaus eine theoretische Konzeption der gegenwärtigen geschichtlichen Tendenzen, nach der er seine Praxis zu orientieren sucht, so daß ihn der Vorwurf Habermas' auch in der hier gegebenen Interpretation nicht trifft.

Dutschke erwiderte auf den Vorwurf des Voluntarismus: „Marx ging davon aus, daß wir eine dialektische Identität von Ökonomie und Politik hatten. Die Tendenz der Ökonomie sollte in Richtung Krise gehen und die Krise politische und menschliche Emanzipation durch kämpferische Aktion ermöglichen. Da aber die gegenwärtige sozio-ökonomische Entwicklung diese emanzipierende Tendenz nicht mehr in sich trägt, verändert sich vollkommen das Gewicht der subjektiven Tätigkeit des einzelnen. Davon bin ich ausgegangen, damit ist genannt eine neue Bestimmung des Voluntarismus. Wir können nicht mehr einfach sagen, Wille ist falsch, denn unter den Bedingungen, wo Tendenzen qua Tendenzen nicht mehr emanzipierend, geschichtlich vorangehen, wird die praktische Tätigkeit der Menschen in der gegenwärtigen Periode von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft und darum neue Bestimmung der subjektiven Tätigkeit, darum ‚sich-wenden‘ gegen einen Objektivismus, der weiterhin vertraut auf einen emanzipatorischen Prozeß, der sich naturwüchsig setzt. Dieses Vertrauen habe ich nicht, ich

<sup>76)</sup> Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß von Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen. Voltaire-Flugschrift 12, o. O., o. J. (1967), S. 48, 76, 93, 101.

vertraue nur auf die konkreten Tätigkeiten von praktischen Menschen und nicht auf einen anonymen Prozeß.“ 77)

Anzumerken wäre hier, daß es völlig unmarxistisch gedacht ist, die subjektiven Handlungen der Menschen und einen objektiven, anonymen geschichtlichen Prozeß abstrakt gegeneinanderzustellen. Auch bei Marx wird Geschichte — und wenn sich objektive Tendenzen noch so sehr durchsetzen — von den Menschen mit Bewußtsein gemacht. Dutschke weiß dies natürlich. Was er zum Ausdruck bringen wollte, ist, daß das Bewußtsein des eindimensionalen Menschen so sehr den bestehenden Verhältnissen verhaftet ist, daß er seine Selbstentfremdung nicht mehr fühlt und folglich auch keinen Impuls zur Veränderung der Verhältnisse. In dieser Lage ist der unter der gesellschaftlichen Repression noch Leidende gezwungen, auch in der Isolation gesellschaftsverändernd zu handeln. Er kann jedoch in seinen Aktionen nur Sinn erblicken, wenn er die objektive geschichtliche Möglichkeit besserer Verhältnisse erkennt sowie das objektiv gesellschaftsverändernde Wesen der in der Dritten Welt stattfindenden Kämpfe, welche die Idee des Ringens um eine gerechte und humane Gesellschaftsordnung wieder in die vom eindimensionalen Menschen beherrschten Metropolen zurückspiegeln. Auch für Dutschke hat die reale geschichtliche Bewegung Sinn. Wäre sie nur Chaos, so wäre sein Aktivismus in der Tat blindester Voluntarismus.

Dutschke geht mit Marcuse davon aus, daß „die Entwicklung der Produktivkräfte einen Prozeßpunkt erreicht hat, wo die Mangelsituation der Menschheit, die Herrschaft von Menschen über Menschen abgeschafft werden könnte“. Gleichzeitig aber bestehe in den Entwicklungsländern größte Not, und die Vereinigten Staaten unterdrückten in der Dritten Welt jeden sozialrevolutionären Aufstand. Dennoch würden die revolutionären Bewegungen ständig um sich greifen, „ein zweites, drittes oder viertes Vietnam werden die Belastung der Herrschaftsapparate in Ost und West auf das äußerste steigern“. Mehr als Marcuse und andere Marxisten in der Bundesrepublik bezieht Dutschke die Bewegungen der Dritten Welt in sein theoretisches System ein; sein Bezugssystem ist nicht mehr von der Arbeiterbewegung der Metropolen, sondern von den revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt bestimmt. In den westlichen Metropolen

sei die ökonomische Aufschwungphase nach dem Kriege zu einem Abschluß gekommen. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Versuche, Staat und Universität zu „formieren“, sehen. Gerade in diesen Tendenzen lägen die politischen Chancen der Linken. Insbesondere unter den Studenten, die ihre intellektuelle Entfaltung von der geplanten „Rationalisierung“ des Studiums bedroht sähen, könne man neue Anhänger für das „antiautoritäre Lager“ gewinnen. Denn inzwischen sei vor allem die junge Intelligenz zu der Erkenntnis gelangt, daß innerhalb der bestehenden Parteien und Institutionen der Kampf um die Demokratisierung der Gesellschaft und speziell der Universität nicht geführt werden könne.

Dutschke lehnt das heute in der Bundesrepublik unter Politikwissenschaftlern und Politikern verbreitete angelsächsische Demokratieverständnis, nach dem Demokratie Herrschaft im Auftrag des Volkes sei, ab, und vertritt statt dessen den auf Rousseau zurückgehenden Demokratiebegriff: Demokratie sei Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung des Menschen. Im Lichte dieser Auffassung von Demokratie kann die heutige demokratische Praxis der Bundesrepublik nicht bestehen: „Die Parteitage von CDU und SPD entsprechen den stalinistischen Parteitagen der KPdSU der dreißiger Jahre: keine Selbsttätigkeit von unten, nur noch Manipulation von oben; Führer, die keinen Dialog mit ihrer Basis führen; verselbständigte Führungselite, die es gar nicht mehr will, daß eine Diskussion stattfindet — weil nämlich die praktisch-kritische Diskussion Ausgangspunkt der Infragestellung der bürokratischen Institutionen wäre... Die Parteitage sind nur noch Plattformen für Karrieristen.“ 78) Ziel des antiautoritären Lagers dürfe deshalb keine sozialistische Partei sein, die, sobald sie sich ins bestehende System mit seinen Spielregeln integriere, doch nur korrumpiert werden müsse. Zu schaffen seien vielmehr „räteartige Aktionszentren“, welche die Aufgabe hätten, „spezifische Herausforderungen des bestehenden Systems, wie Notstandsgesetze, Entdemokratisierung der Institutionen und Pressekonzentrationen, durch Aktionen zu beantworten“. In diesen Räten müsse wirkliche Demokratie herrschen, das heißt, sie seien in direkter Wahl zu wählen und wieder abzurufen 79).

In dem hier zitierten, entweder von Dutschke selbst verfaßten oder doch von ihm inspirier-

77) Ebenda, S. 93.

78) In „Der Spiegel“, 10. Juli 1967, Nr. 29, S. 29.

79) In: Oberbaum Blatt Nr. 3 v. 23. 6. 1967.

ten Aufsatz, wird am Schluß noch einmal die neue aktivistische Linksbewegung mit der politischen Weltsituation in Beziehung gesetzt: „Die von Habermas angegriffene voluntaristische Komponente unseres Handelns beruht darauf, daß unter der historischen Möglichkeit der Beseitigung von Hunger, Krieg und überflüssiger Herrschaft die aktuell-spezifische Situation in der Bundesrepublik und West-Berlin voller Widersprüche in allen Bereichen der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist. Jede Bewegung gegen das Bestehende trifft sofort auf die Schranken des Systems. Eine geschichtlich neue Form der Spontaneität wird sichtbar. Sie zu organisieren, ihr endlich klar zu sagen, wie ein Leben jenseits der entmenslichenden Apparate möglich ist, ist die Aufgabe, die noch am allerwenigstens theoretisch und praktisch in Angriff genommen wurde. So *erscheint* unser Protest dem oberflächlichen Betrachter oft als Selbstzweck; er sieht nicht die tiefen Wünsche, Bedürfnisse, Sehnsüchte und Interessen der an den Aktionen beteiligten Menschen, die mit einem Leben in Isoliertheit und Einsamkeit nicht mehr einverstanden sind, ihr immer konkreter werdendes Unbehagen gegen das System wenden. Durch provokative und demonstrative Aktionen, besser durch Offensivaktionen mit Rückzugsmöglichkeit aktualisieren wir die Widersprüche, vergrößern das antiautoritäre Lager, schaffen die Voraussetzungen für eine ‚zukünftige‘ aktuell-revolutionäre Situation.“<sup>80)</sup>

Dutschke greift zur Beschreibung der Strategie des „antiautoritären Lagers“ häufig auf leninistische und maoistische Wendungen zurück — so z. B., wenn er meint, daß es nunmehr gelte, „die temporär ‚schwächsten Glieder‘“ des bestehenden Systems, die Universitäten, zu politisieren und von dieser Basis aus den „langen Marsch“ durch die gesellschaftlichen und politischen Institutionen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anzutreten. Das „antiautoritäre Lager“, so glaubt Dutschke, das jetzt bereits Tausende umfasse, werde auf diesem „langen Marsch“ wachsen; es werde schließlich eine augenblicklich erst in Keimen sichtbare „Selbstorganisation“ der „Interessen, Bedürfnisse, Wünsche und Leiden der um ihre Emanzipation kämpfenden Menschen“ entstehen. Indem die in den Kampf gegen die repressive Gesellschaftsordnung hineingezogenen Massen „neue radikale Bedürfnisse“ entdecken, z. B. den Wunsch, „die Totalität der die Menschen von langer Arbeitszeit, Manipula-

<sup>80)</sup> Ebenda.

tion und Elend befreienden Produktivkräfte endlich von den Fesseln des Kapitals und der Bürokratie zu befreien“, entwickle sich schließlich ein neues Subjekt der gesellschaftlichen Transformation<sup>81)</sup>.

Diese inadäquate Übertragung von Begriffen der Leninschen Imperialismustheorie und Mao Tse-tungs Bürgerkriegsstrategie auf die Protestbewegung der studentischen Linken in der Bundesrepublik lassen an Dutschkes Gespür für die realen Möglichkeiten einer linken Opposition zweifeln. Denn angesichts des prekären Verhältnisses zwischen den antiautoritären Studenten und Schülern auf der einen und dem überwiegenden Teil der Arbeiterschaft auf der anderen Seite ist ein Erfolg der nächsten Etappe des von den Antiautoritären ins Auge gefaßten „langen Marsches“, nämlich „Basisgruppen in den Betrieben zu bilden, an ihrem Aufbau mitzuhelfen, die Einheitsfront von antiautoritären Studenten, Schülern und Lohnabhängigen in der Produktion und Verwaltung praktisch werden zu lassen“, zumindest in der Bundesrepublik kaum vorstellbar<sup>82)</sup>. Unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen eines „langen Marsches“ ist nämlich, daß sich seine Teilnehmer im Volk oder wenigstens in Teilen der Bevölkerung „wie Fische im Wasser“ bewegen können. Immerhin hat die von Studenten ausgelöste Revolte der französischen Studenten und Arbeiter in den Maitagen des Jahres 1968, welche die Sympathien weiter Teile des Volkes gefunden hat, gezeigt, daß zumindest temporär auch in den europäischen Metropolen die Bedingungen revolutionärer Aktionen gegeben sein können. Aber Frankreichs Uhren gehen aus vielen Gründen anders als die deutschen.

Es fällt schwer anzunehmen, daß die punktuelle Kooperation von Arbeitern, Studenten und Schülern im Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsverfassung im Mai 1968 über diesen Anlaß hinaus in einem politisch ins Gewicht fallenden Maße fortgesetzt werden könnte. „Die Arbeiter haben sich nicht mit euch solidarisiert, sondern sie haben gegen die Notstandsgesetze protestiert“, rief ein Betriebsratsvorsitzender auf einem Teach-in an

<sup>81)</sup> In: „konkret“ Nr. 3, März 1968, S. 5 f.; „konkret“ Nr. 1, Januar 1968, S. 53; vgl. auch Dutschke in: Uwe Bergmann u. a., *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*, Reinbek b. Hamburg 1968 (rororo aktuell, 1043), S. 91.

<sup>82)</sup> „konkret“ Nr. 3, März 1968, S. 6; vgl. auch Bernd Rabehl, in: Bergmann, ebenda, S. 178.

der Frankfurter Universität den Studenten zu. Sollte sich jedoch wider Erwarten ein Teil der linken Arbeiterschaft mit dem antiautoritären Lager der Jugend verbünden und dessen politische Ziele und Kampfweisen übernehmen,

so steht zu erwarten, daß die staatlichen Ordnungsmächte eine solche, die heutige Gesellschaftsstruktur bedrohende Bewegung mit allen ihr zur Verfügung stehenden juristischen und polizeilichen Mitteln zerschlagen werden.

## Die Bundesrepublik angesichts der Revolte der Jugend

Die offizielle Politik, die meinungsbildenden Organe und erst recht die Bevölkerung der Bundesrepublik stehen in ihrem überwiegenden Teil dem Phänomen der in politische Bewegung geratenen Jugend ratlos gegenüber. Wie eine Umfrage der Zeitschrift „Der Spiegel“ zeigte, erklärten sich im Februar 1968 67 % der jungen Leute zwischen 15 und 25 Jahren mit den Demonstrationen der vergangenen Monate und immerhin 27 % mit den Zielen Dutschkes solidarisch, wobei die Sympathiehaltung mit Alter und Bildung zunahm<sup>83)</sup>.

Die Debatten, in welchen der Bundestag zu den Studentenunruhen Stellung nahm (Fragestunde vom 9. Februar 1968; Sondersitzung über die Osterunruhen vom 30. April 1968; Aussprache zur Hochschulreform vom 7. Mai 1968), scheinen zu bestätigen, daß viele Abgeordnete und Minister die volle Tragweite der Jugendrebellion noch nicht erkannt haben. Die Demonstrationen und Protestaktionen der linken Studenten und anderer linksgerichteter Gruppen wurden vor allem unter dem Aspekt der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung diskutiert, während nur wenige Redner wirklich ernsthaft auf die sachlichen Inhalte der Demonstrationen (Proteste gegen die amerikanische Kriegführung in Vietnam und die tendenziöse Informationspolitik des Springerkonzerns) eingingen. Dabei führt der Zugang zum Verständnis der jungen Menschen und ihres provokativen Verhaltens allein über die Auseinandersetzung mit jenen Problemen, die diese heute beschäftigen. Bundeskanzler Kiesinger hat dies erkannt, als er sich auf seiner Wahlkampfreise in Baden-Württemberg Studenten zur Diskussion stellte. „Ich habe immer wieder erlebt“, so sagte er am 30. April 1968 im Bundestag, „daß in den Diskussionen in dem Augenblick, wo darauf die Rede kam, (auf die Probleme der Dritten Welt und die deutschen Entspannungsbemühungen, W. E.), plötzlich die Sprechchöre verstummten und

die Studenten mit Aufmerksamkeit zuhörten, ja sogar Beifall spendeten.“<sup>84)</sup>

In der Öffentlichkeit werden vor allem zwei Gründe angeführt, die erklären sollen, weshalb es unter einem erheblichen Teil der jungen Generation zu dieser rebellischen Stimmung gekommen ist: Die erste Begründung verweist auf das weltweite Phänomen der über die Stränge schlagenden Jugend, die, aufgewachsen im Wohlstand, jeden Sinn für das Erfordernis gesellschaftlicher Ordnung verloren habe; die zweite macht auf den zu allen Zeiten immer wieder sich zeigenden Generationenkonflikt aufmerksam. Beide Begründungen sind unzureichend, da sie auf Sachverhalte hinweisen, die ihrerseits wieder erklärungsbedürftig sind. Denn nicht zu allen Zeiten wandte sich eine im Wohlstand aufgewachsene Generation gegen die Wertvorstellungen der von ihren Vätern geprägten Gesellschaft. Schließlich ist es noch nicht lange her, als man die Jugend als die „skeptische“, dem Engagement abgeneigte Generation bezeichnete.

Das erste Phänomen, das in vielen Gesellschaftsordnungen zu beobachten ist und vielleicht zur Erklärung des Protestverhaltens unter der jungen Generation beitragen könnte, ist die Kompromittierung von politischen Autoritäten und Leitbildern sowie die Relativierung und Entwertung gewisser überkommener Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Politiker, die heute noch Machtpositionen innehaben, waren in politische Vorgänge verstrickt, die weder ihnen noch ihren Staaten zur Ehre gereichten oder deren moralische Bewertung zumindest umstritten ist: z. B. in den Nationalsozialismus, den Stalinismus, den Algerienkrieg oder den Vietnamkrieg. Leitbilder und Werte, womit die als fragwürdig erachtete Politik der älteren Generation legitimiert wurden — nationale Größe etwa, oder Gehorsam und Pflichterfüllung —, sind entsprechend diskreditiert. Gewisse normative

<sup>83)</sup> „Der Spiegel“, 12. Februar 1968, Nr. 7, S. 31.

<sup>84)</sup> Vgl. „Das Parlament“ v. 8. 5. 1968, Nr. 19, S. 12.

Erwartungen der Gesellschaft werden von den ökonomischen Gesetzen der bürgerlichen Gesellschaft gleichsam konterkariert: So weckt und manipuliert die Konsumgüterindustrie aus Profitinteresse gerade unter jungen Menschen Bedürfnisse, deren Befriedigung den überkommenen Normen (wie immer man über deren Berechtigung denken mag) häufig zuwiderlaufen. Selbst Pressehäuser, deren gesellschaftspolitische Grundhaltung eher als konservativ zu bezeichnen ist, inspirieren in gut verkäuflichen Erzeugnissen zu Exzentrizität und Libertinage.

Auf der einen Seite sieht sich also jener Teil der Jugend, der nach Orientierung in der gesellschaftlichen Welt verlangt, konfrontiert mit unglaublichen Normen, die von unglaublichen Autoritäten vertreten werden. Auf der anderen Seite hat die Erziehung zu freiheitlichem und demokratischem Denken, um die man sich nach der Erfahrung eines von Diktatur und Krieg überzogenen Europas bemüht hat, unter der Jugend Widerhall gefunden. Insbesondere in der Bundesrepublik haben jüngere, engagierte und deshalb überzeugende Sozialkundeführer das Bild einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung gezeichnet, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, die Über- und Unterordnungsverhältnisse so weit wie möglich abgebaut und die Bürger dazu aufgerufen sind, ihr politisches Schicksal selbst zu bestimmen. Dabei scheint das Denken der Jugend dem klassischen Demokratieverständnis zuzustimmen, das auf von Rousseau beeinflusste politische Theorien der Französischen Revolution und des deutschen Idealismus zurückgeht und wonach das Parlament als Instrument der Willensbildung der sich selbst bestimmenden Bürger gedacht ist. Dagegen entspricht das (von der deutschen Politikwissenschaft überwiegend vertretene) angelsächsische Demokratiemodell den Auffassungen der Jugend weniger. Dieses stellt nicht so sehr darauf ab, daß im Parlament auch tatsächlich der Volkswille zum Ausdruck kommt, als vielmehr im Interesse der staatlichen Stabilität auf die Selbstverantwortung von Regierung und Parlament, denen das Volk die Führung der politischen Geschäfte anvertraut habe<sup>85)</sup>. Der Bundestagsabgeordnete Matthöfer hat in der Fragestunde des Bundestags vom 9. Februar 1968 in der Tat eine wesentliche Ursache der Unruhe unter der Jugend genannt,

<sup>85)</sup> Vgl. dazu vor allem die Aufsätze Ernst Fraenkel in: Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964.

wenn er sie auf den „Erfolg der politischen Bildungsarbeit“ zurückführt: „Die Ursache liegt darin, daß diese Studenten und Schüler die Wirklichkeit an dem Modell messen, das wir ihnen im politischen Unterricht beizubringen versucht haben. Dieses Modell, so wie auch wir uns eben wirklich gute Demokratie vorstellen, kommt eben in Konflikt mit der Realität, die diese jungen Menschen vorfinden.“<sup>86)</sup>

Nicht nur die gravierenden, von fast allen Beobachtern bestätigten<sup>87)</sup> Funktionsstörungen des parlamentarischen Regierungssystems der Bundesrepublik, sondern bereits der hierzulande geübte politische Stil haben bei der jüngeren Generation zunehmend Verärgerung und schließlich Proteste hervorgerufen. Durch die politische Erziehung an Schule und Universität mehr und mehr mit politikwissenschaftlicher und soziologischer Terminologie vertraut, sind viele junge Menschen in der Lage, die heutigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse begrifflich zu erfassen und zu prüfen, in welcher Weise sich diese in den Verlautbarungen der offiziellen Politik widerspiegeln. Mit diesem zunehmenden politischen Verständnis der jungen Generation kontrastiert auffällig die verwaschene Redeweise vieler Politiker, deren Terminologie darauf angelegt zu sein scheint, die politischen Probleme zu verschleiern, statt sie der Öffentlichkeit klar vor Augen zu stellen. Phrasenhafte Diktion und vollends gravitästisches Auftreten „kommen“ bei dem aufgeweckten Teil der Jugend „nicht an“.

Das offizielle politische Denken hat den Druck, der von den ökonomischen Erfordernissen auf die Politik ausgeht, den Zwang, den Rhythmus von Produktion und Konsum aufrechtzuerhalten (Momente, die nicht nur die Seelenmassage durch private Reklame, sondern auch die — der jeweiligen wirtschaftlichen Lage entsprechenden — Konsum- oder Konsumverzichtsaufrufe der Bundesregierung hervorrufen), weitgehend aus der politischen Reflexion verbannt. Viele jüngere Menschen besitzen jedoch ein Sensorium für den manipulativen, Fremdsteuerung erzeugenden Effekt des privaten Profitstrebens und einer dieses begünstigenden Politik. Die gesellschaftskriti-

<sup>86)</sup> Vgl. „Das Parlament“ v. 14. u. 21. 2. 1968, Nr. 7 u. 8.

<sup>87)</sup> Vgl. statt vieler Beiträge Franz Schneider, Diskussion und Evidenz im parlamentarischen Regierungssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 6/68, 7. 2. 1968.

che Haltung eines nicht zu unterschätzenden Teils der jungen Generation führt dazu, daß marxistische Positionen, welche die gefühlsmäßig vermuteten gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erklären suchen, besonders leicht Widerhall finden. Die Sozialdemokratische Partei, die früher auf die sozialkritisch denkende Jugend eine starke Anziehungskraft ausgeübt hatte, hat seit ihrer Wendung zum Wirtschaftsliberalismus für diese viel von ihrer Anziehungskraft verloren.

Eine wesentliche Rolle bei der Bildung eines gesellschaftskritischen Bewußtseins innerhalb der jungen Generation spielten ferner die politischen Zustände und Vorgänge in vielen Ländern der Dritten Welt. Die Politik des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten, so meint man, ziele darauf ab, korrupte, das Volk unterdrückende und ausbeutende Oligarchien aus egoistischen Interessen heraus zu unterstützen. Die Sympathie vieler junger Menschen gilt deshalb den revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt, insbesondere in Lateinamerika und in Asien. Das amerikanische Eingreifen in Vietnam wird als besonders drastisches Beispiel einer Politik angesehen, die, koste was es wolle, ein Regime unterstützt, das beim eigenen Volk kaum noch Rückhalt besitzt. Nicht zuletzt an der amerikanischen Kriegführung in Vietnam entzündeten sich die Proteste der Oppositionsbewegung unter der Jugend. In der Öffentlichkeit wird diese Beurteilung der Probleme der Dritten Welt häufig als Schwärmerei und Sozialromantik abgetan. Solchen Auffassungen muß mit Habermas entgegengehalten werden: „Die persönliche Identifizierung mit den Hungern, den Elenden und Abhängigen in der Dritten Welt spricht für die Kraft der moralischen Phantasie.“<sup>88)</sup>

Der Bundestag und die großen Parteien haben lange versucht, einer Stellungnahme zum Vietnamkrieg mit der Begründung aus dem Wege zu gehen, daß es den Deutschen nicht zustehe, politische Zensuren zu verteilen. Erst der Druck der vor allem von den Protesten der Jugend aufgeschreckten Öffentlichkeit hat den Bundestag und die Parteien — am deutlichsten die SPD — dazu bewogen, sich mehr oder weniger vage zur amerikanischen Kriegführung in Vietnam äußern. Daß dies so spät und offensichtlich erst dann geschah, als die Reak-

tion der Öffentlichkeit ein längeres Schweigen nicht mehr zuließ, hat das Prestige der offiziellen Politik bei der Jugend weiter gemindert. Inzwischen hat sich die Kluft zwischen den Repräsentanten des etablierten politischen Systems der Bundesrepublik und dem radikalen Teil der Jugend, besonders der Studenten, so vertieft, daß alle Versuche zur Beschönigung oder Beschwichtigung nur über den Ernst der Lage hinwegtäuschen würden. Die Fronten sind klar. Auf der einen Seite stehen die traditionellen politischen Kräfte, welche die parlamentarische Demokratie in ihrer jetzigen Gestalt aufrechterhalten wollen; Kreise innerhalb der CDU und SPD planen, durch Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts die bestehende politische Ordnung zusätzlich zu stabilisieren. Soweit gesellschaftliche Strukturen und Institutionen für reformbedürftig erachtet werden, sollen sie in einem behutsamen Evolutionsprozeß verändert werden<sup>89)</sup>. Ziel dieser Reformen ist in erster Linie die Effizienz der betreffenden Institution, dagegen nicht die Partizipation der betroffenen Bürger an ihren Entscheidungsprozessen. Auf der anderen Seite steht der radikaldemokratische Flügel der Jugend, dem es vor allem anderen um eine Ausdehnung der Partizipationsmöglichkeiten bis hin zur Übernahme der Verwaltung von Institutionen durch die in ihren Wirkungsbereich einbezogenen Bürger geht. Die Schlüsselwörter der heutigen Rebellion der Jugend heißen hier wie auch anderswo *Partizipation* und *Selbstbestimmung*. Herrschafts- und Autoritätsstrukturen, die bisher durch traditionelle Ordnungsvorstellungen oder durch die technische Effizienz, die sie den Institutionen verleihen, legitimiert wurden, werden von der Jugend nicht mehr unbesehen hingenommen, sondern über ihre auf Leistungsfähigkeit bezogene Rationalität hinaus nach ihrer demokratischen Rationalität und Legitimation befragt<sup>90)</sup>.

<sup>88)</sup> Vgl. dazu Rainer Barzel in der Debatte über die Studentenunruhen, in „Das Parlament“ v. 8. 5. 1968, Nr. 19, S. 10 f.

<sup>90)</sup> Daß die radikaldemokratische Bewegung bereits traditionell rechts stehende Jugendorganisationen erreicht hat, zeigt ein Brief des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend an Dr. Barzel: „Den jungen Menschen fehlen weitgehend die Möglichkeiten, sich im Rahmen ihrer Fähigkeiten an der Mitgestaltung von Gesellschaft, Staat und Kirche zu beteiligen. Viele sehen in dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem überhaupt keinen Ansatz mehr, mit den herkömmlichen Mitteln etwas zu erreichen. Sie wollen deshalb die Revolution.“ Abgedr. in „Das Parlament“ v. 8. 5. 1968, Nr. 19, S. 10.

<sup>88)</sup> Abgedr. bei Karl Heinz Bohrer, Auf der Suche nach Isolation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 2. 1968, S. 18.

In diesen Zusammenhang der demokratischen Rationalität gehört auch die zuerst vom Berliner SDS in die Debatte geworfene Forderung nach einer Umwandlung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen in ein Rätssystem. Diese Forderung hat in der Öffentlichkeit entrüstete Ablehnung gefunden, da man den Begriff der Räte mit den politischen Verhältnissen in den kommunistischen Ländern in Zusammenhang bringt. Auf Grund dieses Zieles hält es der Bundesminister des Innern für erwiesen, daß der SDS eine verfassungsfeindliche Organisation darstellt<sup>91)</sup>. Man sollte jedoch den genuin demokratischen Gehalt dieser Forderung nach einem Rätssystem nicht übersehen. Die amerikanische Soziologin Hannah Arendt hat in einer bemerkenswerten Arbeit gezeigt, daß alle demokratischen Umwälzungen von der amerikanischen Revolution bis zur ungarischen von 1956 spontan räteartige Gebilde hervorgebracht haben, welche an die Erkenntnis der klassischen griechischen Politik erinnerten, „daß keiner ‚glücklich‘ genannt werden kann, der nicht an öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, daß niemand frei ist, der nicht aus Erfahrung weiß, was öffentliche Freiheit ist, und daß niemand frei oder glücklich ist, der keine Macht hat, nämlich keinen Anteil an öffentlicher Macht.“<sup>92)</sup> Die modernen Parteiensysteme hätten das alte Verhältnis zwischen einer regierenden Elite und dem Volk aufrechterhalten — die Räte jedoch, die in revolutionären Situationen immer wieder vom Volk geschaffen worden seien, beinhalteten die „wahrhaft revolutionäre Hoffnung der europäischen und schließlich vielleicht aller Völker der Erde auf eine neue Staatsform, die es jedem inmitten der Massengesellschaften doch erlauben könnte, an den öffentlichen Angelegenheiten der Zeit teilzunehmen.“<sup>93)</sup> Es kann sich hier nicht darum handeln, die heute kaum vorstellbare Praktikabilität dieses utopischen Programms zu kritisieren oder seine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz zu prüfen. Es ging nur darum, darzutun, daß das Denken der opponierenden Jugend aus demokratischen Quellen gespeist ist und daß deshalb der legalistische Hinweis auf eine etwaige Verfassungswidrigkeit dem ernststen Inhalt solcher Forderungen nicht gerecht wird.

<sup>91)</sup> „Das Parlament“ v. 8. 5. 1968, Nr. 19, S. 1 f.

<sup>92)</sup> Hanna Arendt, Über die Revolution, München 1963, S. 326 f.

<sup>93)</sup> A. a. O. S. 341.

Das radikaldemokratische Programm eines Teils der jungen Generation hätte in der Öffentlichkeit kaum Widerhall gefunden, hätten die Studenten nicht neue Formen der Demonstration und des Protestes entwickelt, welche das Publikum aufhorchen ließen. Die provokativen Proteste haben Probleme zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht, welche von einer weitgehend entpolitisierten Öffentlichkeit verdrängt oder tabuisiert worden waren, den Vietnamkrieg etwa oder die längst überfällige Universitätsreform. Die überkommenen Autoritäts- und Herrschaftsstrukturen wurden auf ihre Legitimation und Rationalität abgeklopft: „Gerade die neuen provokativen, publizistisch auffälligen und mißverständlichsten Protesttechniken richten sich gegen die Positivität solch abgestorbener Terminologien und rühren den Brei des offiziellen Sprachgebrauchs. Sie erweisen akademischen Ehrensensoren die Ehre, die ihnen gehört, sie begehen Sakrileg an Heiligtümern, die handfest profan geworden sind, sie geben falsches Pathos der Lächerlichkeit preis und nennen Mief, was Mief ist“ (Habermas)<sup>94)</sup>.

Doch diese Strategie der Provokation durch partielles Überschreiten gewisser Legalitätsschranken scheint nunmehr an eine Grenze ihrer Wirksamkeit gekommen zu sein. Sie hatte ihren unbestreitbaren Erfolg darin, daß sie die Öffentlichkeit überhaupt erst dazu gezwungen hat, die Forderungen der Studenten und anderer junger Menschen zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren. Radikale Kreise innerhalb des SDS haben anscheinend aus dieser punktuellen Wirksamkeit provokativer Aktionen den Schluß gezogen, daß mit verstärkten Provokationen, die auch — z. B. im Kampf gegen die Springerpresse — Gewalt gegen Sachen einschließen könnten, das Feld für eine allmähliche Revolutionierung der Gesellschaft bereitet werden könne<sup>95)</sup>.

Die Revolutionäre innerhalb des SDS unterliegen hier einer Selbsttäuschung, die gerade für die linken Studenten gefährliche Folgen haben könnte. Es sind kaum Zweifel daran erlaubt, daß die Staatsgewalt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln staatliche Institutionen und das Privateigentum schützen wird; Studenten, die bei Demonstrationen oder anderen Aktionen, etwa bei Universitätsbesetzungen, gegen bestehende Gesetze verstoßen,

<sup>94)</sup> Abgedr. bei Karl Heinz Bohrer (vgl. Anm. 88).

<sup>95)</sup> Symptomatisch für diese Richtung innerhalb des SDS ist der Artikel über „Gewalt“ in „konkret“ Nr. 6, Juni 1968, S. 25 ff.

wird man schließlich von der Universität weisen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird man bald wieder unbesonnene junge Männer auf Grund von politisch motivierten Straftaten in den Gefängnissen sitzen sehen. Und vermutlich wird die linke Jugendopposition bekämpft werden können, ohne daß sich breitere Kreise der Öffentlichkeit, vor allem unter der Arbeiterschaft, mit ihr solidarisierten.

Steht also nicht zu erwarten, daß die Massen der Arbeiterschaft von den Aktionen der rebellischen Jugend mobilisiert würden, so wird dies aber sehr wohl das autoritär gestimmte Potential der Gesellschaft, das, wie die Sozialpsychologie weiß, zu aggressiver Gewaltanwendung neigt und dabei vor Brutalitäten nicht zurückschreckt. Auf der Berliner Massenkundgebung vom Februar 1968, zu welcher der Senat aufgerufen und die vor allem einen gegen die studentischen Aktionen gerichteten Inhalt hatte, hat es sich gezeigt, wie weit in der Bevölkerung das Ressentiment gegen die Studenten und die Bereitschaft gehen, gegen von der Norm abweichende junge Menschen pogromartige Gewalt anzuwenden<sup>96)</sup>. Kurz, der Aktivismus des Provokationen befürwortenden Flügels des SDS könnte — freilich latent bereits vorhandene — autoritäre Gewalten entfesseln, denen sie letztlich ohnmächtig entgegenstehen.

Für das politische Klima in der Bundesrepublik wäre viel gewonnen, wenn die Repräsentanten

<sup>96)</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Senatsdemonstration v. 21. 2. 1968 von Dettmar Cramer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 23. 2. 1968, S. 2: „Während sich die Demonstranten am Sonntag (d. h. die Teilnehmer an der studentischen Vietnam-Demonstration, W. E.) im wesentlichen diszipliniert verhalten hatten, kam es nach der Kundgebung am Mittwoch zu Ausschreitungen. Erregte Massen verprügelten Bartträger nur deshalb, weil sie einen Bart trugen und damit scheinbar oppositionellen Studenten glichen.“ Vgl. dazu auch den „Der Spiegel“ v. 26. 2. 1968, Nr. 9, S. 23 ff.

des etablierten politischen Systems den Inhalt der von der Jugendopposition erhobenen Forderungen — nämlich das demokratische Prinzip der Partizipation und der Selbstbestimmung — ernst zu nehmen vermöchten und die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen überprüften, inwieweit sie die Verwirklichung dieser Prinzipien zulassen<sup>97)</sup>. Insbesondere die Parteien hätten Anlaß zu einer derartigen Selbstbesinnung. Zwar wird ein solches Überdenken der eigenen Positionen auf beiden Seiten der Barrikaden den Riß nicht heilen können — er ist inzwischen zu tief geworden. Doch könnte es vielleicht zur Herstellung erträglicher Beziehungen zwischen der offiziellen Politik und der rebellierenden Jugend beitragen. Die radikaldemokratische Bewegung der Jugend wird weder heute noch morgen siegen können. Ob sie nun schließlich ermattet oder ob ihr das Rückgrat gebrochen wird — die Frage demokratischer Partizipation und Selbstbestimmung wird in West und Ost auf der politischen Tagesordnung bleiben. Die Angehörigen der älteren Generation aber mögen in ihrem Zorn über die Rebellion der Jugend und deren provokativen Methoden einmal bedenken, ob das Ringen um demokratischere, wenn vielleicht auch utopische Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens mit allen damit verbundenen Unruhen und Spannungen dem deutschen Ansehen nicht förderlicher ist als eine Jugend, die unter irrationalen faschistischen Symbolen geeint im Gleichschritt marschiert.

<sup>97)</sup> Zu jenen, die gegenüber der jungen Generation zur Selbstbesinnung aufrufen, gehört insbesondere Bundeskanzler Kiesinger. Er warnte ausdrücklich vor „selbstgefälligem und selbstgerechtem Verhalten gegenüber den studentischen Unruhen“ und rief die ältere Generation dazu auf, herauszufinden, „ob sie in der Vergangenheit versagt und welche Fehler sie gemacht habe“. Die Unruhe unter der Jugend sitze tiefer, als manche Beobachter meinten. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 4. 6. 1968, S. 4.